RheinlandPfalz
STATISTISCHES LANDESAMT

04 2021

STATISTISCHE MONATSHEFTE

Statistik nutzen

Aus dem Inhalt:

Preise 2020
Kindertagesbetreuung 2020
Zensus 2022

Fotonachweis

T i t e l f o t o : © Funtap – stock.adobe.com

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex lag 2020 im Jahresdurchschnitt 0,6 Prozent über dem Niveau des Vorjahres. Damit war die Teuerung deutlich schwächer als im langjährigen Durchschnitt. Lag der Verbraucherpreisindex am Anfang des Jahres noch knapp unter der für die Geldpolitik bedeutsamen Zwei-Prozent-Marke, ließ der Preisdruck im Jahresverlauf deutlich nach.

B e i l a g e : Faltblatt „Preisentwicklung in Rheinland-Pfalz“

04 2021

STATISTISCHE MONATSHEFTE

74. Jahrgang

kurz + aktuell 207

Industrie ■ Baugewerbe ■ Wohnungswesen ■ Bruttoinlandsprodukt ■ Außenhandel ■ Erwerbstätigkeit ■ Arbeitsvolumen Gewerbeanzeigen ■ Insolvenzen ■ Handel ■ Gastgewerbe Tourismus ■ Handwerk ■ Landwirtschaft ■ Einkommen Bildung ■ Verkehr

Aus der amtlichen Statistik 231

Konjunktur aktuell 233

Verbraucherpreise 235

Rheinland-Pfalz in Karten: Landwirtschaftliche Fläche 2019 236

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2020 – Verbraucherpreisindex im Jahresdurchschnitt bei +0,6 Prozent 237

Kindertagesbetreuung 2020 – Ausgewählte aktuelle und langfristige Entwicklungen in Rheinland-Pfalz 244

Zensus 2022 – Gesetzliche Grundlagen für die abschließende Vorbereitung und die Durchführung in Rheinland-Pfalz 259

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz 265

Neuerscheinungen 281

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
( )	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100" die Darstellungsform „50 – 100" verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2021

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

kurz + aktuell

Industrieproduktion steigt im Januar

Die rheinland-pfälzische Industrieproduktion ist im Januar 2021 gestiegen. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Daten war der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex 1,3 Prozent höher als im Dezember 2020. Zugleich war die Ausbringung erstmals seit dem Ausbruch der Corona-Krise höher als im jeweiligen Vorjahresmonat.

Der Anstieg des Güterausstoßes gegenüber dem Vormonat ist auf die kräftige Steigerung der bereinigten Produktion in der Investitionsgüterindustrie zurückzuführen (+8,8 Prozent). Der Output der Vorleistungsgüterhersteller fiel hingegen etwas geringer aus als im Dezember 2020 (–0,6 Prozent). Die Hersteller von Konsumgütern drosselten ihre Produktion um 3,7 Prozent.

Zum deutlichen Anstieg der Ausbringung in der Investitionsgüterindustrie trugen sowohl der Maschinenbau als auch die Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie bei. Im Maschinenbau, der zur Investitionsgüterindustrie gehört und gemessen am Umsatz unter den Industriebranchen an dritter Stelle steht, war der Güterausstoß im Januar um 9,8 Prozent höher als im Monat zuvor. Der Output der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie, die ebenfalls zur Investitionsgüterindustrie zählt und die zweitgrößte Branche ist, stieg ebenfalls kräftig (+7,8 Prozent). In der Chemieindustrie, die die umsatzstärkste Branche des Verarbeitenden Gewerbes ist, lag die Ausbringung im Januar um 2,7 Prozent unter dem Niveau des Vormonats.

Im Januar 2021 lag die bereinigte Industrieproduktion erstmals seit dem Ausbruch der Corona-Krise wieder über dem Niveau des Vorjahresmonats: Der Output war um 0,3 Prozent höher als im Januar 2020. Die Hersteller von Investitionsgütern

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Jan 2021 Veränderung des Indexwertes[1] zu Dez 2020	Jan 2021 Veränderung des Indexwertes[1] zu Jan 2020
Entwicklung der Produktion		
Industrie	1,3 % ↗	0,3 % ↗
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	-0,6 % ↘	1,8 % ↗
Investitionsgüterproduzenten	8,8 % ↑	7,6 % ↑
Konsumgüterproduzenten	-3,7 % ↓	-13,0 % ↓
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	-2,7 % ↓	5,5 % ↑
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	7,8 % ↑	12,5 % ↑
Maschinenbau	9,8 % ↑	6,0 % ↑
Entwicklung der Auftragseingänge		
Industrie	2,0 % ↑	9,7 % ↑
Inland	5,3 % ↑	11,5 % ↑
Ausland	0,2 % ↗	8,8 % ↑
Vorleistungsgüterproduzenten[2]	0,7 % ↗	10,0 % ↑
Investitionsgüterproduzenten	4,3 % ↑	11,3 % ↑
Konsumgüterproduzenten	0,0 % →	3,8 % ↑
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2,0 % ↑	10,8 % ↑
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	10,1 % ↑	17,4 % ↑
Maschinenbau	-0,9 % ↘	6,1 % ↑

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt auf Basis vorläufiger Werte. – 2 Einschließlich Energie.

Konjunktur aktuell

Weitere Informationen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Rheinland-Pfalz und aktuelle Konjunkturdaten finden Sie hier:

verbuchten eine kräftige Produktionssteigerung (+7,6 Prozent). Auch in der Vorleistungsgüterindustrie war der Güterausstoß höher als ein Jahr zuvor (+1,8 Prozent). Starke Einbußen musste hingegen die Konsumgüterindustrie hinnehmen, deren Ausbringung im Januar um 13 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats lag. Unter den drei umsatzstärksten Branchen verzeichnete die Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie die stärkste Produktionssteigerung (+13 Prozent), aber auch in den anderen beiden Branchen gab es Zuwächse.

Zum Jahresauftakt mehr Aufträge für die Industrie

Die rheinland-pfälzische Industrie ist mit einem Anstieg der Auftragseingänge in das Jahr 2021 gestartet. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragseingangsindex im Januar 2021 um zwei Prozent über dem Niveau des Vormonats. Der Grund dafür ist die günstige Entwicklung des Inlandsgeschäfts (+5,3 Prozent); die Bestellungen aus dem Ausland blieben nahezu unverändert (+0,2 Prozent).

Die Nachfrage nach Investitionsgütern zog kräftig an. Das Ordervolumen war 4,3 Prozent höher als im Dezember 2020. Bei den Herstellern von Vorleistungsgütern gingen im Januar 0,7 Prozent mehr Aufträge ein als im Vormonat. In der Konsumgüterindustrie blieben die Bestellungen unverändert.

Der Zuwachs in der Investitionsgüterindustrie ist auf den Anstieg der Nachfrage nach Kraftwagen und Kraftwagenteilen zurückzuführen. In der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie erhöhten sich die bereinigten Auftragseingänge im Januar um zehn Prozent. Im Maschinenbau war das Ordervolumen hingegen etwas geringer als im Dezember (–0,9 Prozent). In der Chemieindustrie gingen zwei Prozent mehr Bestellungen ein als im Vormonat.

Aber auch im Vergleich zum Vorjahresmonat Januar 2020, in dem die Corona-Pandemie noch keine nennenswerten Auswirkungen auf die Industrie in Rheinland-Pfalz hatte, fällt die Bilanz günstig aus: Die bereinigten Auftragseingänge lagen im Januar 2021 um 9,7 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. In- und Auslandsgeschäft liefen wesentlich besser als ein Jahr zuvor. In der Konsumgüterindustrie gingen 3,8 Prozent mehr Bestellungen ein; in der Investitions- und in der Vorleistungsgüterindustrie waren die Zuwächse sogar zweistellig. Unter den drei größten Branchen verzeichnete die Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie den stärksten Nachfrageanstieg (+17 Prozent); allerdings befand sich die Branche in den Monaten vor dem Ausbruch der Corona-Krise bereits in einer Schwächephase. In der Chemieindustrie lag das Ordervolumen um elf Prozent und im Maschinenbau um 6,1 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats.

Umsatz- und Beschäftigungsrückgang in der Industrie im Januar

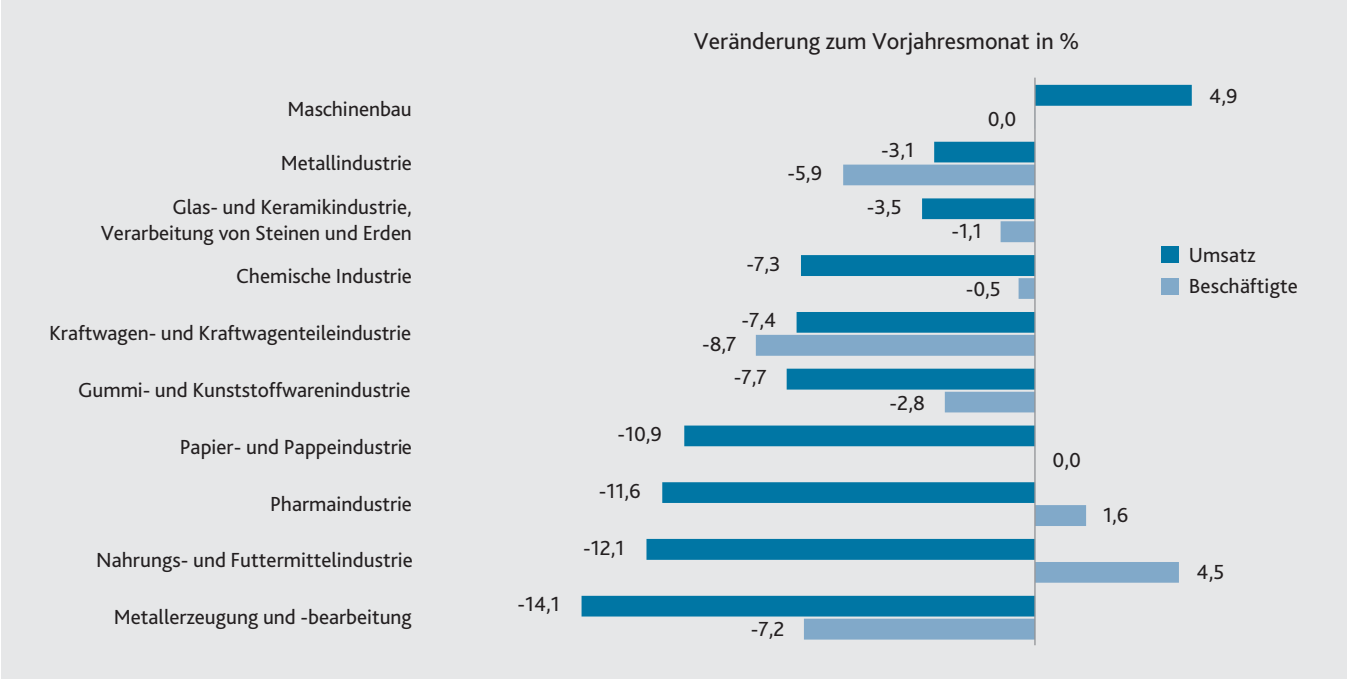
Die Umsätze in der rheinland-pfälzischen Industrie gingen im Januar 2021 erneut zurück. Die Erlöse lagen 7,3 Prozent niedriger als im Januar 2020 (Deutschland: –9,5 Prozent). Die Zahl der Beschäftigten in der Industrie reduzierte sich um 2,6 Prozent gegenüber dem Jahr zuvor (Deutschland: –2,9 Prozent).

Die Industrie erwirtschaftete im Januar 2020 insgesamt 6,7 Milliarden Euro. Die inländischen Umsätze verzeichneten dabei mit –7,7 Prozent einen etwas stärkeren Rückgang als das Auslandsgeschäft mit –7 Prozent (Deutschland: –11,4 und –7,5 Prozent). Demzufolge erhöhte sich die Exportquote gegenüber dem Vorjahreswert um 0,2 Prozentpunkte auf 57,4 Prozent.

Der Maschinenbau verbuchte als einzige Branche Umsatzzuwächse (+4,9 Prozent). In allen anderen der zehn umsatzstärksten Industriebranchen gingen die Erlöse zurück. Negative Veränderungsraten im zweistelligen Bereich mussten die Metallerzeuger und -bearbeiter, die Nahrungsmittelhersteller, die Pharma- sowie die Papierindustrie hinnehmen.

Im Januar 2021 waren in der rheinland-pfälzischen Industrie rund 253 500 Personen tätig; das waren knapp 6 700 weniger als ein Jahr zuvor. Zwei der zehn bedeutendsten Industriezweige – gemessen am Umsatz – wiesen eine positive Ent-

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie im Januar 2021 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



wicklung der Beschäftigtenzahlen auf. Den größten Zuwachs erreichten die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln (+4,5 Prozent), dahinter folgte die Pharmaindustrie (+1,6 Prozent). Die größten Rückgänge in der Belegschaft gab es bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (–8,7 Prozent), den Metallerzeugern (–7,2 Prozent) sowie bei den Herstellern von Metallerzeugnissen (–5,9 Prozent).

Aufträge und Umsätze im Bauhauptgewerbe im Januar niedriger als im Vormonat

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verzeichnete im Januar 2021 weniger Aufträge und niedrigere Umsätze als im Vormonat. Die Auftragseingänge gingen im Vergleich zum Dezember 2020 kalender- und saisonbereinigt um 8,2 Prozent zurück. Der baugewerbliche Umsatz war 15 Prozent niedriger als im Vormonat. Im Vergleich zum Januar 2020 verringerte sich das Ordervolumen um 4,9 Prozent, der Umsatz ging gegenüber dem Vorjahresmonat um 2,7 Prozent zurück.

Im Vergleich zum Dezember 2020 verringerten sich die bereinigten Auftragseingänge im Tiefbau um 16 Prozent. Der Hochbau verzeichnete dagegen einen Anstieg um 2,1 Prozent. Die stärksten Rückgänge errechnen sich für den öffentlichen Hochbau sowie den Straßenbau (–27 bzw. –24 Prozent). Im gewerblichen Hochbau sowie im Wohnungsbau zog das Ordervolumen an (+16 bzw. +6,4 Prozent). Gegenüber Januar 2020 wurde im Tiefbau ein deutlicher Nachfragerückgang registriert (–11 Prozent). Im Hochbau erhöhten sich die Auftragseingänge dagegen um 2,7 Prozent.

Im Vergleich zum Dezember 2020 gab es im Hochbau einen kräftigen Rückgang der bereinigten Erlöse (–23 Prozent). Im Tiefbau blieb der Umsatz 4,2 Prozent hinter dem Vormonatsergebnis zurück. Die negative Entwicklung im Hochbau wird durch die Umsatzeinbußen im Wohnungsbau verursacht (–49,5 Prozent). Hier hatte es zum Jahresende allerdings ein außergewöhnlich hohes Umsatzniveau gegeben. Im sonstigen öffentlichen Tiefbau kam es ebenfalls zu deutlich sinkenden Erlösen (–13 Prozent). Höhere Umsätze wurden lediglich im gewerblichen Hochbau sowie im Straßenbau registriert (+4,2 bzw. +1,7 Prozent). Gegenüber Januar 2020 gaben die bau-

Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

Indikator	Jan 2021 Veränderung des Indexwertes[1] zu Dez 2020	Jan 2021 Veränderung des Indexwertes[1] zu Jan 2020
Auftragseingang	-8,2 % ↓	-4,9 % ↓
Hochbau insgesamt	2,1 % ↑	2,7 % ↑
Wohnungsbau	6,4 % ↑	51,0 % ↑
gewerblicher Hochbau	16,0 % ↑	-23,0 % ↓
öffentlicher Hochbau	-27,2 % ↓	-11,8 % ↓
Tiefbau insgesamt	-16,1 % ↓	-11,0 % ↓
gewerblicher Tiefbau	-6,4 % ↓	6,8 % ↑
Straßenbau	-24,1 % ↓	-16,9 % ↓
sonstiger öffentlicher Tiefbau	-4,3 % ↓	-13,0 % ↓
Baugewerblicher Umsatz	-14,7 % ↓	-2,7 % ↓
Hochbau insgesamt	-23,4 % ↓	-1,6 % ↘
Wohnungsbau	-49,5 % ↓	-10,3 % ↓
gewerblicher Hochbau	4,2 % ↑	13,4 % ↑
öffentlicher Hochbau	-1,0 % ↘	-21,7 % ↓
Tiefbau insgesamt	-4,2 % ↓	-3,6 % ↓
gewerblicher Tiefbau	-2,1 % ↓	2,4 % ↑
Straßenbau	1,7 % ↗	-6,6 % ↓
sonstiger öffentlicher Tiefbau	-13,3 % ↓	-4,0 % ↓

1 Endgültige nominale kalender- und saisonbereinigte Werte.

gewerblichen Umsätze sowohl im Tiefbau als auch im Hochbau nach (–3,6 bzw. –1,6 Prozent).

Mehr Baugenehmigungen für neue Wohngebäude im Corona-Jahr 2020

Im Jahr 2020 wurden in Rheinland-Pfalz trotz der Corona-Pandemie mehr Genehmigungen für Neubauwohnungen erteilt. Die Bauaufsichtsbehörden bewilligten den Neubau von 6 643 Wohngebäuden mit insgesamt 14 070 Wohnungen. Das waren 7,5 Prozent mehr Wohngebäude und 4,8 Prozent mehr Wohnungen als im Jahr zuvor.

Die Zahl der genehmigten Einfamilienhäuser stieg um 7,5 Prozent auf 5 081. Bei den Zweifamilienhäusern war der Zuwachs mit +11 Prozent noch stärker; die Behörden genehmigten 790 Gebäude bzw. 1 580 Wohnungen. Die Zahl der Mehrfamilienhäuser lag mit 772 um 4,3 Prozent über dem Vorjahreswert, wobei die Anzahl der Wohnungen nur um 1,8 Prozent auf 7 409 zulegte.

Für die geplanten Baumaßnahmen wurden Kosten von rund 3,03 Milliarden Euro veranschlagt, was einer Zunahme gegenüber dem Jahr 2019 um 6,7 Prozent entspricht.

Landesweit kamen auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner rechnerisch rund 34 Wohnungen in genehmigten neuen Wohngebäuden. Die höchsten Werte sind in den kreisfreien Städten Landau in der Pfalz (69), Speyer (52) und Mainz (51) sowie dem Rhein-Hunsrück-Kreis (ebenfalls 51) zu verzeichnen. Die niedrigsten Werte gab es in den kreisfreien Städten Frankenthal (Pfalz) (acht), Ludwigshafen am Rhein (14) und Worms (16) sowie im Donnersbergkreis (22).

Historisch niedrige Anzahl an Baugenehmigungen im Nichtwohnbau

Die Anzahl der erteilten Baugenehmigungen im Nichtwohnbau ging im Jahr 2020 das vierte Jahr in Folge zurück. Die Bauaufsichtsbehörden bewilligten den Bau von 1 247 neuen Nichtwohngebäuden. Dies entspricht einem Rückgang um acht Prozent gegenüber dem Vorjahr. Damit wurde der bis dahin niedrigste Wert des Jahres 2009 von 1 276 Baugenehmigungen unterschritten. Aufgrund der generell rückläufigen Tendenz der vergangenen Jahre dürfte die Corona-Pandemie zumindest nicht die einzige Erklärung dafür sein.

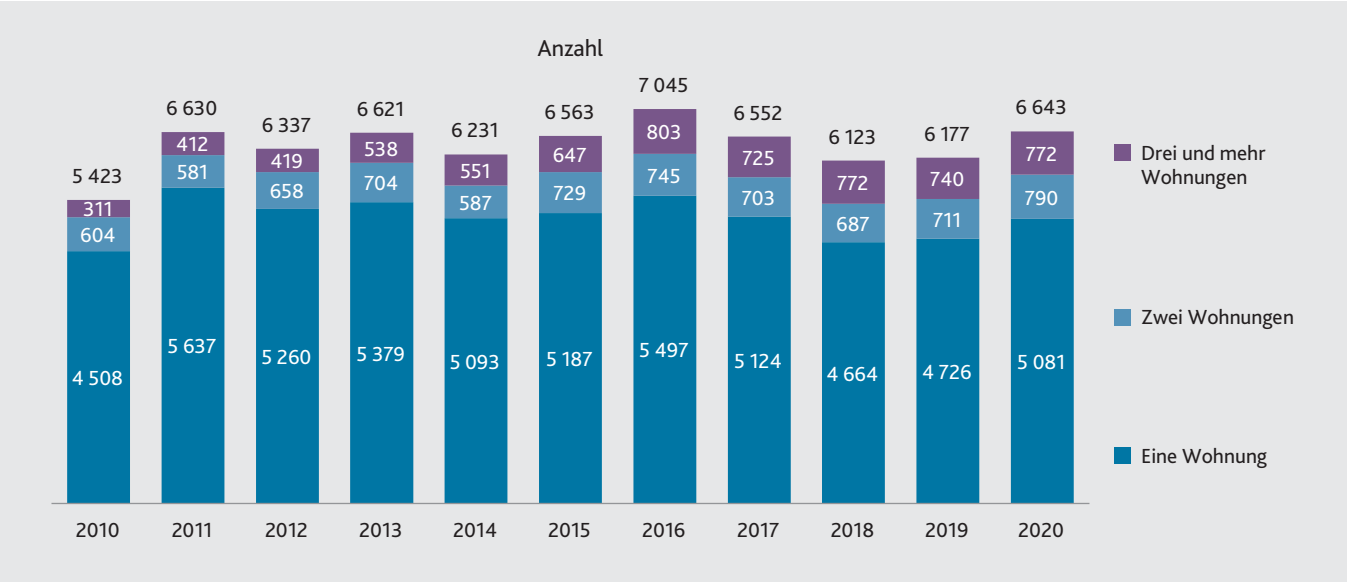
Die veranschlagten Baukosten je Bauvorhaben stiegen hingegen um gut 20 Prozent auf rund 1 151 000 Euro, die Summe der Baukosten aller Bauvorhaben wuchs um zehn Prozent auf gut 1,4 Milliarden Euro. Der umbaute Raum und die Nutzfläche verminderten sich um 5,9 bzw. zwölf Prozent.

Knapp 61 Prozent der genehmigten neuen Gebäude waren nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude. Hierunter fallen zum größten Teil Handels- und Lagergebäude, aber auch

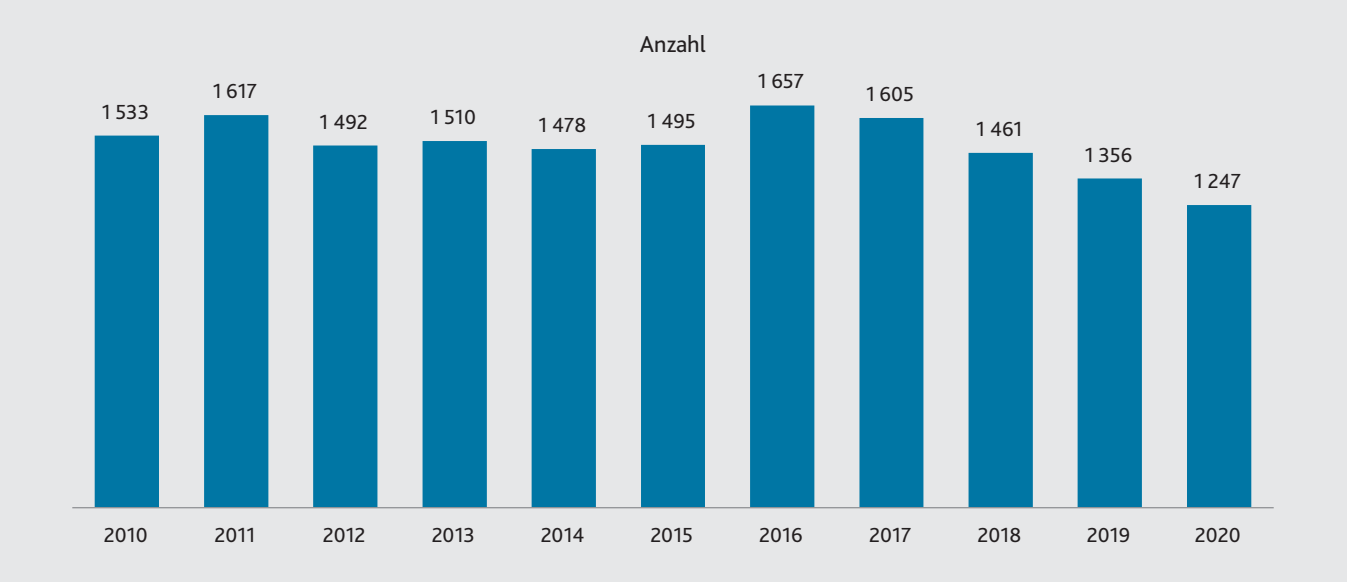
Fabrik- und Werkstattgebäude sowie Hotels und Gaststätten. Die Anzahl der Genehmigungen für nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude sank gegenüber dem Vorjahr um zwölf Prozent auf 757. Die übrigen Gebäude verteilen sich auf landwirtschaftliche Betriebsgebäude (202), Büro- und Verwaltungsgebäude (108) sowie Anstaltsgebäude (zwölf).

Gut 65 Prozent der Bauherren waren Unternehmen. Die Anzahl der Baugenehmigungen für neue Nichtwohngebäude dieser Bauherren ging um elf Prozent auf 816 zurück. Die zweitstärkste Gruppe der Bauherren bildeten mit 22 Prozent die privaten Haushalte.

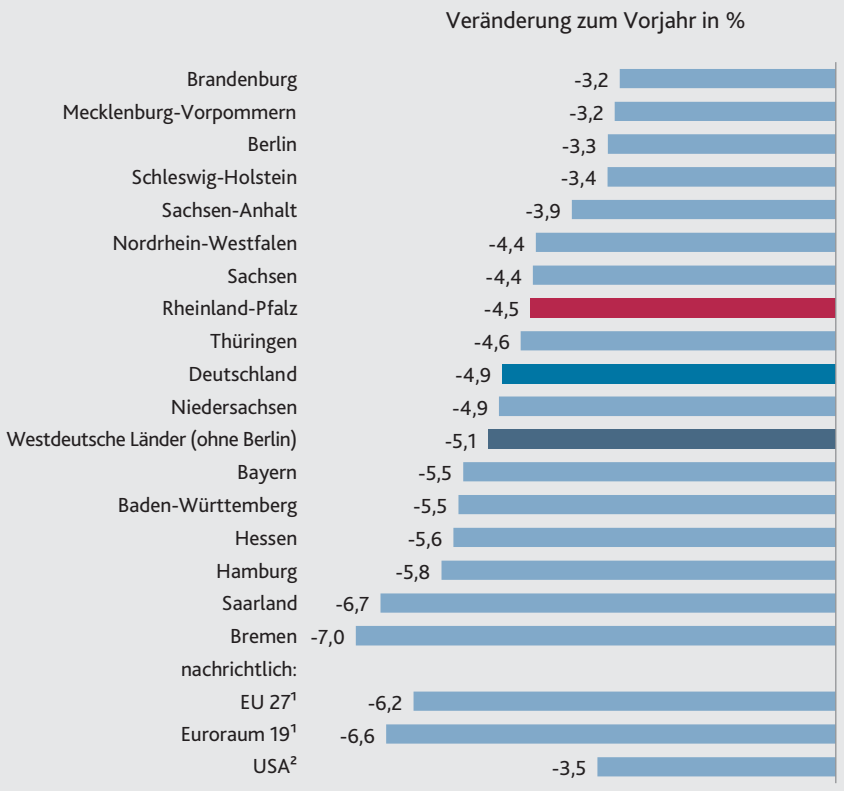
Genehmigte Wohngebäude (Neubau) 2010–2020 nach Anzahl der Wohnungen im Gebäude



Genehmigte Nichtwohngebäude (Neubau) 2010–2020



Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt 2020 nach Bundesländern



1 Quelle: OECD. – 2 Quelle: Bureau of Economic Analysis.

Wirtschaft schrumpft um 4,5 Prozent

Die Corona-Pandemie hat 2020 tiefe Spuren in der rheinland-pfälzischen Wirtschaft hinterlassen. Preisbereinigt nahm das Bruttoinlandsprodukt um 4,5 Prozent ab. Die Pandemie und die Schutzmaßnahmen zu ihrer Eindämmung führten zu dem zweitgrößten Einbruch der Wirtschaftsleistung in der Nachkriegsgeschichte. Nur im Jahr 2009 – dem Höhepunkt der Finanz- und Weltwirtschaftskrise – sank das Bruttoinlandsprodukt stärker (Rheinland-Pfalz –5 Prozent, Deutschland: –5,7 Prozent). Der Rückgang der Wirtschaftsleistung fiel schwächer aus als in Deutschland (–4,9 Prozent) und in den westdeutschen Bundesländern ohne Berlin (–5,1 Prozent).

In jeweiligen Preisen belief sich das Bruttoinlandsprodukt 2020 auf 142 Milliarden Euro (–4,5 Milliarden Euro bzw. –3 Prozent gegenüber 2019). Der Anteil von Rheinland-Pfalz am deutschen Bruttoinlandsprodukt beläuft sich damit auf 4,3 Prozent.

Besonders stark ist die Industrie von der Pandemie betroffen. Verglichen mit dem Vorjahr ging die Wirtschaftsleistung des Verarbeitenden Gewerbes preisbereinigt um fast elf Prozent zurück (Deutschland: –10,5 Prozent). Aufgrund des hohen Anteils an der gesamten Wirtschaftsleistung (22 Prozent) belief sich der Beitrag der Industrie zum Rückgang der rheinland-pfälzischen Wirtschaft auf 2,6 Prozentpunkte. Die Wirtschaftsleistung ging in fast allen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes zurück. In den vier bedeutendsten Industriebranchen (Chemieindustrie, Herstellung von Kraftwagen- und Kraftwagenteilen, Maschinenbau sowie Metallerzeugung und -bearbeitung) lag der prozentuale Rückgang der preisbereinigten Bruttowertschöpfung im zweistelligen Bereich. Die rheinland-pfälzische Industrie belastete besonders die Unterbrechung von Lieferketten sowie der massive Rückgang der in- und ausländischen Nachfrage während der ersten Infektionswelle im zweiten Quartal 2020.

Auch die Dienstleistungsbereiche waren von der Pandemie stark betroffen, und zwar insbesondere die kontaktintensiven Dienstleistungsbereiche (z. B. das Gastgewerbe), die im Frühjahr und am Jahresende vom Lockdown betroffen waren. Die Bruttowertschöpfung der Dienstleistungsbereiche, die einen Anteil von 66 Prozent an der gesamten Wertschöpfung haben, schrumpfte preisbereinigt um vier Prozent (Deutschland: –4,3 Prozent). Bedingt durch den hohen Wertschöpfungsanteil trugen die Dienstleistungsbereiche mit –2,6 Prozentpunkten genauso stark zum Rückgang der rheinland-

pfälzischen Bruttowertschöpfung bei wie die Industrie.

Den größten Einbruch der Dienstleistungsbereiche verzeichnete der Teilsektor „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation". Im Berichtsjahr verringerte sich die Wertschöpfung preisbereinigt um 4,1 Prozent (Deutschland: –4,9 Prozent). Besonders im Gastgewerbe kam es zu einem deutlichen Einbruch der Wirtschaftsleistung. Auch im Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit" ging die Wertschöpfung mit einem Minus von 4,6 Prozent merklich zurück (Deutschland: –4,4 Prozent). Im Teilsektor „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister; Grundstücks- und Wohnungswesen" fiel der Rückgang der Wirtschaftsleistung etwas schwächer aus (–3,1 Prozent; Deutschland: –3,8 Prozent). Innerhalb dieses Teilbereichs schrumpfte der Bereich „Unternehmensdienstleister" mit einem Minus von 7,8 Prozent am kräftigsten (Deutschland: –8,1 Prozent).

Das Baugewerbe wurde von der Pandemie und den Maßnahmen zur Eindämmung kaum getroffen. Verglichen mit dem Vorjahr wuchs die Wirtschaftsleistung sogar preisbereinigt um 5,5 Prozent (Deutschland: +2,8 Prozent). Das war der kräftigste Anstieg der Bruttowertschöpfung des Baugewerbes seit zehn Jahren. Wegen des vergleichsweise geringen Anteils an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung (6,7 Prozent; Deutschland: 6,1 Prozent) bremste das gute Ergebnis des Baugewerbes den Rückgang der rheinland-pfälzischen Wirtschaftsleistung aber nur wenig ab (+0,3 Prozentpunkte).

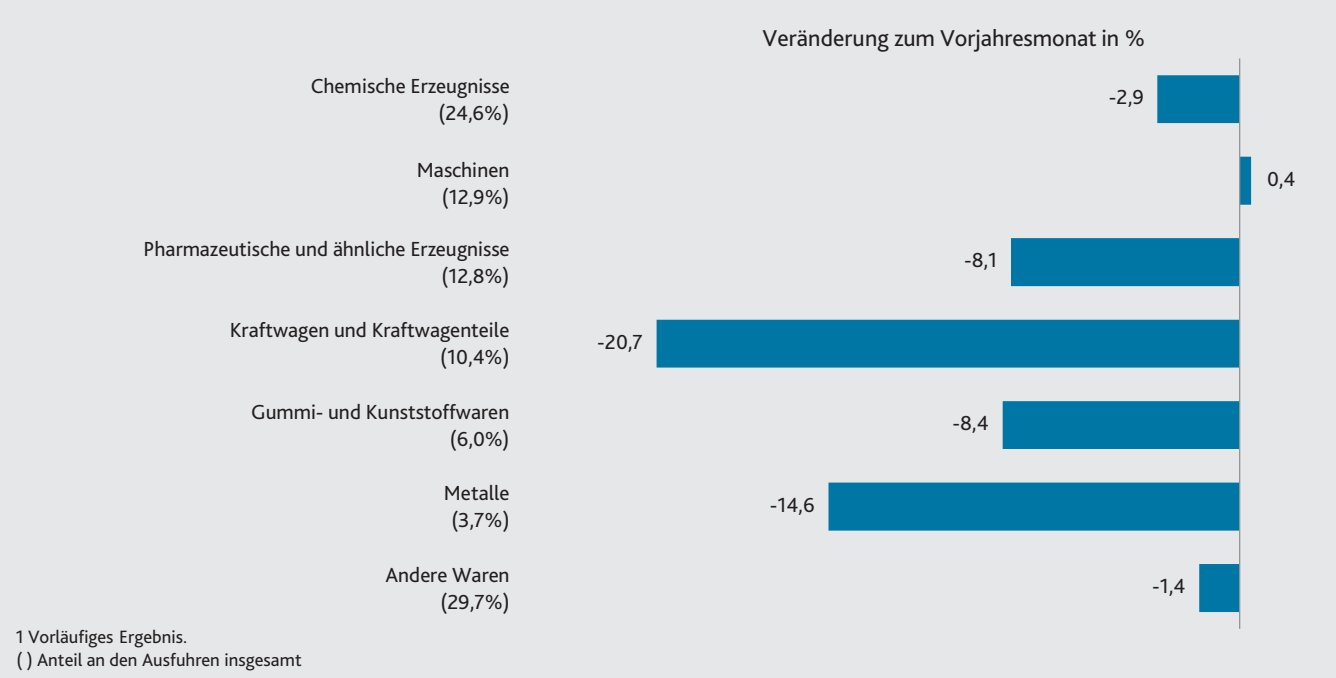
Nach dem kräftigen Rückgang der preisbereinigten Wirtschaftsleistung 2019 um 16 Prozent konnte der Bereich „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei" 2020 ein leichtes Plus verbuchen. Verglichen mit dem Vorjahr stieg die Wirtschaftsleistung des primären Sektors preisbereinigt um 2,1 Prozent (Deutschland: –0,7 Prozent). In jeweiligen Preisen sank die Wirtschaftsleistung um 6,6 Prozent (Deutschland: –11 Prozent). Ein deutlicher Rückgang der Güterpreise des primären Sektors zum Vorjahr ist Ursache für diese große Diskrepanz der realen und der nominalen Entwicklung.

Die Zahl der Erwerbstätigen erreichte in den vergangenen Jahren neue Höchststände. Im Jahr 2019 arbeiteten durchschnittlich 2,05 Millionen Erwerbstätige in Rheinland-Pfalz. Aufgrund des starken pandemiebedingten Einbruchs schrumpfte die Zahl der Erwerbstätigen 2020 erstmals seit zehn Jahren und lag im Jahresdurchschnitt bei 2,02 Millionen. Verglichen mit dem Vorjahr hatten 2020 etwa 28 800 Personen weniger ihren Arbeitsort in Rheinland-Pfalz (–1,4 Prozent; Deutschland –1,1 Prozent). In der Finanz- und Weltwirtschaftskrise 2009 ging die Erwerbstätigkeit nur um 0,1 Prozent zurück. Von dem pandemiebedingten Einbruch ist – anders als in der Krise 2009 – auch der Dienstleistungssektor in starkem Maße betroffen. Im rheinland-pfälzischen Dienstleistungssektor arbeiten fast 73 Prozent aller Erwerbstätigen.

Ein noch stärkerer Einbruch der Erwerbstätigkeit konnte wohl durch die massive Ausweitung der Kurzarbeit verhindert werden. Diese besonders in der Industrie und den Dienstleistungsbereichen eingesetzte arbeitsmarktpolitische Maßnahme sowie Ausfallzeiten durch Geschäftsschließungen im Zuge der Lockdowns und krankheits- oder quarantänebedingte Arbeitsausfälle sorgten für einen historischen Rückgang des Arbeitsvolumens. Das Arbeitsvolumen, also die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden aller Erwerbstätigen, schrumpfte 2020 um 4,6 Prozent auf knapp 2,64 Milliarden Arbeitsstunden (Deutschland: –4,7 Prozent). Je Erwerbstätige bzw. Erwerbstätigen wurden durchschnittlich nur noch 1 307 Stunden geleistet (–3,3 Prozent); in Deutschland waren es mit 1 332 Stunden 25 Stunden mehr. Im Ländervergleich ist allerdings zu beachten, dass Rheinland-Pfalz den höchsten Anteil an marginal Beschäftigten aufweist. Auch die Teilzeitquote der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten liegt über dem Bundesdurchschnitt.

Da das Arbeitsvolumen in Rheinland-Pfalz etwas stärker schrumpfte als das reale Bruttoinlandsprodukt, nahm die Arbeitsproduktivität, gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde, im Berichtsjahr leicht zu, und zwar um 0,2 Prozent (Deutschland: –0,2 Prozent).

Ausfuhren im Januar 2021[1] nach Güterabteilungen



1 Vorläufiges Ergebnis.
( ) Anteil an den Ausfuhren insgesamt

Je Erwerbstätigenstunde wurden in Rheinland-Pfalz 2020 in jeweiligen Preisen 53,73 Euro erwirtschaftet. In Deutschland war das Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde um 2,15 Euro und in den westdeutschen Bundesländern ohne Berlin um 3,97 Euro höher.

Ex- und Importe zum Jahresbeginn im Minus – Außenhandel mit Großbritannien bricht ein

Der rheinland-pfälzische Außenhandel lag im Januar 2021 deutlich unter den Werten des Vorjahres. Nach vorläufigen Angaben beliefen sich die Ausfuhren auf 4,1 Milliarden Euro; das waren 5,8 Prozent weniger als vor einem Jahr. (Deutschland: –7,9 Prozent). Die Importe erreichten einen Warenwert von drei Milliarden Euro und lagen 8,8 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats (Deutschland: –9,2 Prozent).

Mit wenigen Ausnahmen befand sich das Exportgeschäft größtenteils im Minus. In die EU wurden im Januar 2021 Waren im Wert von 2,3 Milliarden Euro exportiert; das waren 1,8 Prozent weniger wie vor einem Jahr. Das Ausfuhrvolumen in die Euro-Partnerländer lag bei 1,7 Milliarden Euro (–3,7 Prozent). Eine höhere Nachfrage nach Waren aus Rheinland-Pfalz gab es in den EU-Ländern, die nicht der Euro-Zone angehören: Das Plus lag hier bei 4,2 Prozent; das Handelsvolumen betrug 574 Millionen Euro. Hier wirkte sich das positive Außenhandelsgeschäft mit Polen mit einem Plus von 20 Prozent aus. Deutliche Rückgänge mit –21 Prozent gab es im Handel mit den EU-Ländern außerhalb der EU. Dies ist vor allem auf den deutlichen Exportrückgang nach Großbritannien zurückzuführen (–38 Prozent).

Die Ausfuhren auf den amerikanischen Kontinent reduzierten sich um zehn Prozent. Mit –13 Prozent fielen die Rückgänge in die USA sogar noch höher aus. Auch nach Asien wurden weniger Waren exportiert (–1,8 Prozent). Während der Handel mit China ebenfalls mit einem Prozent im Minus lag, nahmen die Ausfuhren nach Japan um deutliche 28 Prozent zu.

In den sechs für den Export besonders bedeutenden Güterabteilungen wurde lediglich im Maschinenbau geringfügig mehr exportiert (+0,4 Prozent). In den anderen Branchen verlief der Handel gegenüber dem Vorjahresmonat schlechter.

Das größte Exportminus gab es mit –21 Prozent in der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. Auch die Metallerzeugung konnte mit –15 Prozent deutlich weniger Waren exportieren. In der Gummi- und Kunststoffwarenindustrie sowie bei den pharmazeutischen Erzeugern lagen die Rückgänge bei 8,4 bzw. 8,1 Prozent.

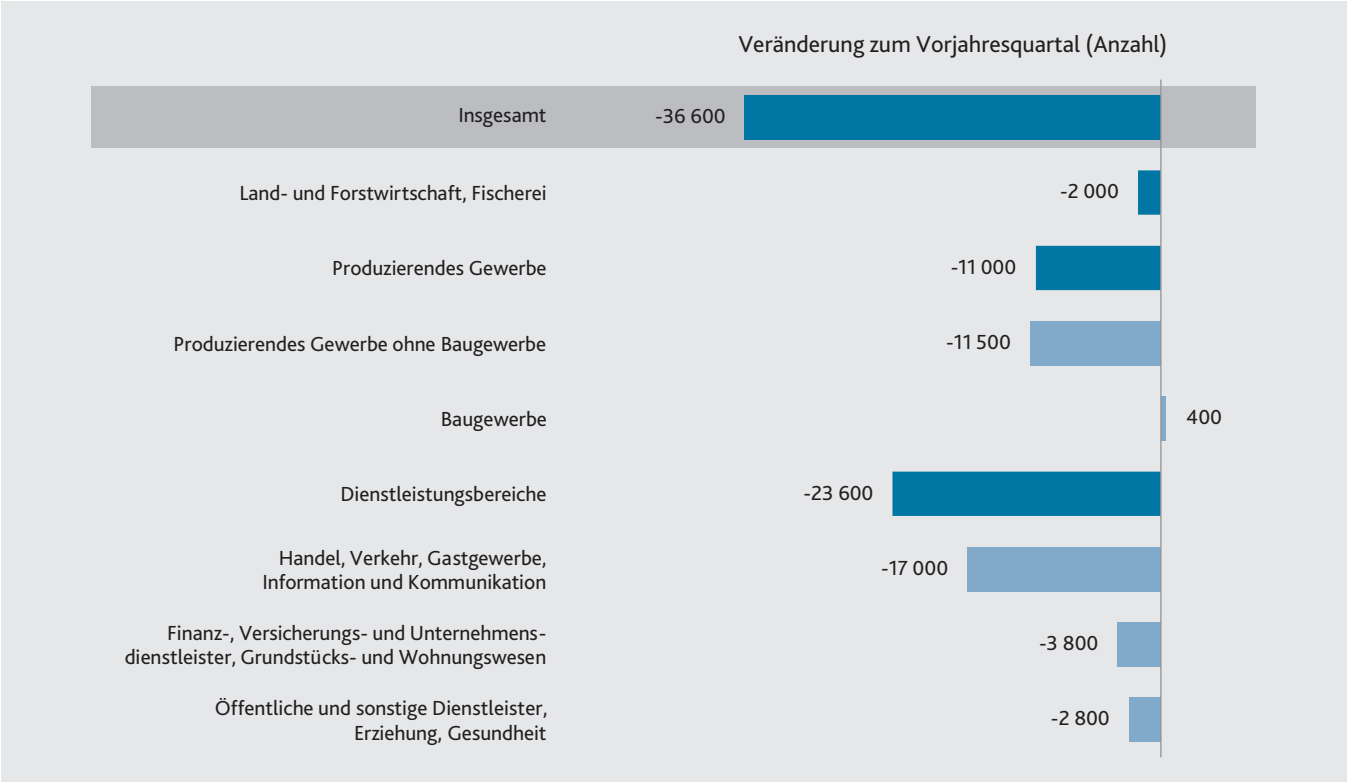
Der Wert der Importwaren betrug im November drei Milliarden Euro und lag damit um 8,8 Prozent unter dem Vorjahresergebnis. Aus den Ländern der EU, dem Hauptimporteur, kamen 9,6 Prozent weniger Einfuhren. Noch größer fielen die Einfuhrrückgänge aus den Ländern der Eurozone aus (–14 Prozent). Der Nachfrageanstieg nach Waren aus Polen (+8,7 Prozent) führte zu einem Plus bei den Ländern, die nicht der Eurozone angehören (+6,1 Prozent). Die Wareneinfuhr aus dem übrigen Europa ging um 8,8 Prozent zurück. Mit knapp zwei Drittel sind die Importe aus Großbritannien massiv eingebrochen (–65 Prozent). Aufgrund der positiven Entwicklungen in China (+3,1 Prozent) und einer Verdreifachung der Importwerte aus Korea (+211 Prozent) schlossen die Einfuhren aus dem asiatischen Kontinent mit 7,1 Prozent im Plus. Um rund ein Fünftel reduzierten sich die Einfuhren aus Amerika; die Importe aus den USA gingen um 17 Prozent zurück.

Zahl der Erwerbstätigen im vierten Quartal 1,8 Prozent unter Vorjahresniveau

Die Zahl der Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz ist im vierten Quartal 2020 verglichen mit dem Vorjahreszeitraum um 1,8 Prozent gesunken. In Deutschland fiel der Rückgang mit –1,6 Prozent etwas schwächer aus. Insgesamt hatten im letzten Vierteljahr 2020 durchschnittlich 2,02 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Rheinland-Pfalz. Das ergaben Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“.

Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie zeigten weiterhin deutliche Auswirkungen auf

Erwerbstätige am Arbeitsort im 4. Quartal 2020 nach Wirtschaftsbereichen



die Erwerbstätigkeit in Rheinland-Pfalz. Wie in den beiden Vorquartalen lag im vierten Quartal 2020 der Rückgang der Erwerbstätigkeit im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bei knapp zwei Prozent. Besonders im Verarbeitenden Gewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe waren deutlich weniger Menschen beschäftigt als im Vorjahr. Der im Vergleich zu Deutschland leicht überdurchschnittliche Rückgang der Erwerbstätigkeit in Rheinland-Pfalz resultiert insbesondere aus der sinkenden Zahl marginal Beschäftigter. Ihr Anteil an allen Erwerbstätigen ist in Rheinland-Pfalz im Bundesvergleich am höchsten.

Im Jahresdurchschnitt schrumpfte die Zahl der Erwerbstätigen 2020 um 1,4 Prozent. In Deutschland und in den westdeutschen Bundesländern (ohne Berlin) lag der Rückgang bei jeweils –1,1 Prozent.

Deutlich unter dem Vorjahresniveau lag die Zahl der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsbereichen: Im vierten Quartal 2020 arbeiteten dort etwa 23 600 Personen weniger als im Vorjahresquartal. Das entspricht einem Rückgang um 1,6 Prozent (Deutschland: –1,5 Prozent). Fast ein Viertel der verlorenen Arbeitsstellen ist dem Teilbereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ zuzuordnen. Dort fiel die Zahl der Erwerbstätigen um 17 000 Personen bzw. 3,3 Prozent (Deutschland: –2,9 Prozent). Mit einem Minus von 3 800 bzw. 1,4 Prozent war der Rückgang im Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ etwas schwächer als im Bundesdurchschnitt (Deutschland: –2,7 Prozent). Auch die Zahl der Erwerbstätigen im Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ lag im vierten Quartal unterhalb des Vorjahresniveaus. Ein Jahr zuvor arbeiteten noch 2 800 Personen mehr in diesem Bereich (Rheinland-Pfalz: –0,4 Prozent, Deutschland: +0,4 Prozent). Von Oktober bis Dezember zählten die Dienstleistungsbereiche in Rheinland-Pfalz durchschnittlich gut 1,47 Millionen Erwerbstätige. Das entspricht einem Anteil an allen Erwerbstätigen von 73 Prozent. In Deutschland ist der Anteil mit knapp drei Vierteln etwas höher.

Die Erwerbstätigkeit im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) lag im vierten Quartal 2020 zum fünften Mal in Folge unter dem Wert des Vorjahreszeitraumes. Von Oktober bis Dezember 2020 arbeiteten 11 500 Personen weniger in dem Bereich als ein Jahr zuvor. Das entspricht einem Minus von 2,9 Prozent (Deutschland: ebenfalls –2,9 Prozent). Am kräftigsten war der Rückgang im Verarbeitenden Gewerbe – dem größten Teilbereich des Produzierenden Gewerbes – mit einem Minus von 11 400 Erwerbstätigen bzw. 3,1 Prozent (Deutschland: ebenfalls –3,1 Prozent). In Summe arbeiteten im vierten Quartal 2020 in Rheinland-Pfalz 383 300 Personen bzw. 19 Prozent aller Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe).

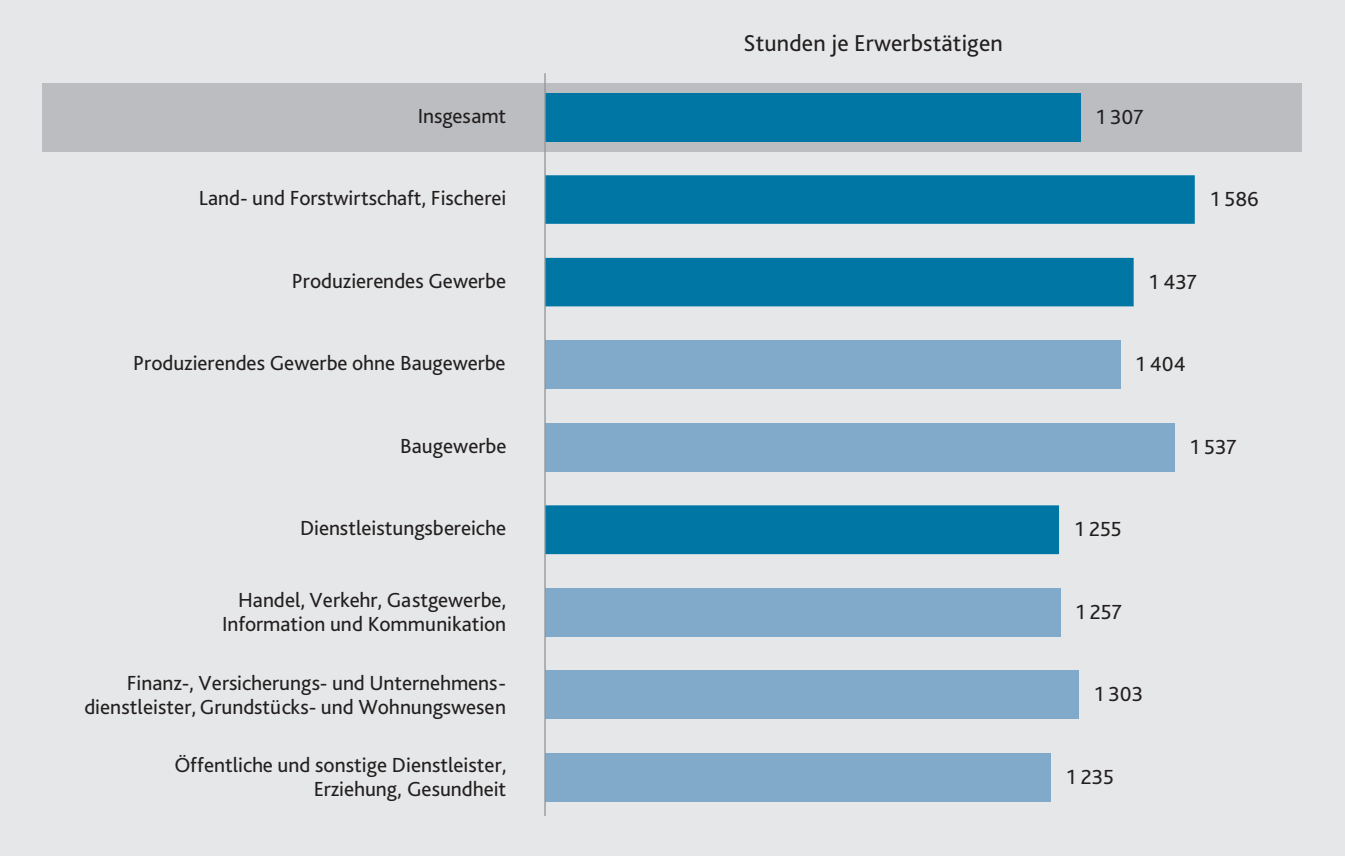
Einen leichten Zuwachs der Erwerbstätigkeit verzeichnete das Baugewerbe. Dort stieg die Zahl der Erwerbstätigen im vierten Vierteljahr 2020 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 400 Personen bzw. 0,4 Prozent (Deutschland: +0,7 Prozent).

In der Landwirtschaft schrumpfte die Zahl der Erwerbstätigen dagegen deutlich: In den letzten drei Monaten des Jahres 2020 arbeiteten 2 000 Personen weniger im primären Sektor als im Vorjahreszeitraum (–5,4 Prozent, Deutschland: –4,7 Prozent).

Durchschnittliche Arbeitszeit der Erwerbstätigen erreicht Rekordtief

Im Jahr 2020 leisteten die gut zwei Millionen Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz 2,64 Milliarden Arbeitsstunden. Nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ bedeutet dies einen Rückgang um 128,7 Millionen Stunden bzw. um 4,6 Prozent gegenüber 2019. Im Bundesdurchschnitt nahm das Arbeitsvolumen mit –4,7 Prozent etwas stärker ab. Der Rückgang in den westdeutschen Ländern ohne Berlin betrug 4,8 Prozent; in den ostdeutschen Ländern ohne Berlin verringerte sich die Zahl der Arbeitsstunden hingegen um 4,5 Prozent. Ausschlaggebend für die negative Entwicklung ist die Corona-Pandemie, die ab März 2020 die rheinland-pfälzische Wirtschaft hart getroffen hat. Die Pandemie ließ die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung und damit auch den Bedarf an Arbeitsleistung in der gesamtwirtschaftlichen Produktion kräftig sinken.

Arbeitsvolumen 2020 nach Wirtschaftsbereichen



Da im Krisenjahr die Zahl der Erwerbstätigen mit –1,4 Prozent deutlich schwächer sank als das Arbeitsvolumen, nahm die Zahl der Arbeitsstunden pro Kopf kräftig ab. Jede erwerbstätige Rheinland-Pfälzerin bzw. jeder erwerbstätige Rheinland-Pfälzer kam 2020 nur noch auf durchschnittlich 1 307 Arbeitsstunden (Deutschland: 1 332 Stunden); das waren 45 Stunden bzw. 3,3 Prozent weniger als 2019 (Deutschland: –51 Stunden bzw. –3,7 Prozent). Damit verzeichnete Rheinland-Pfalz 2020 bei der durchschnittlichen Pro-Kopf-Arbeitszeit der Erwerbstätigen – absolut und relativ – einen historischen Tiefstand. Selbstständige und mithelfende Familienangehörige arbeiteten mit durchschnittlich 1 839 Stunden deutlich mehr als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (1 255 Stunden).

Die durchschnittliche Zahl der Arbeitsstunden je Erwerbstätige bzw. Erwerbstätigen liegt in Rheinland-Pfalz unter dem Bundesdurchschnitt, und im Vergleich der Länder belegt Rheinland-Pfalz den vorletzten Platz. Dabei ist jedoch zu beachten, dass in die Berechnung der Arbeitsstunden die Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten mit ihrer reduzierten Arbeitszeit einfließen, bei der rechnerisch ermittelten Arbeitszeit pro Kopf die Teilzeit- und geringfügig Beschäftigten jedoch wie Vollzeitbeschäftigte behandelt werden. Rheinland-Pfalz weist im Vergleich der Bundesländer einen sehr hohen Anteil an geringfügig Beschäftigten auf, und auch die Teilzeitquote liegt über dem Bundesdurchschnitt. Dadurch erklärt sich das vergleichsweise geringere Arbeitsvolumen je Erwerbstätige bzw. Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz.

Die durchschnittliche Zahl der Arbeitsstunden ist in den Wirtschaftsbereichen sehr unterschiedlich. In der Land- und Forstwirtschaft war die Pro-Kopf-Arbeitszeit 2020 mit 1 586 Stunden am höchsten (Deutschland: 1 700 Stunden); ein Grund dafür

ist der hohe Anteil an Selbstständigen. Gegenüber 2019 sank die durchschnittliche Arbeitszeit in diesem Wirtschaftsbereich um 19 Stunden.

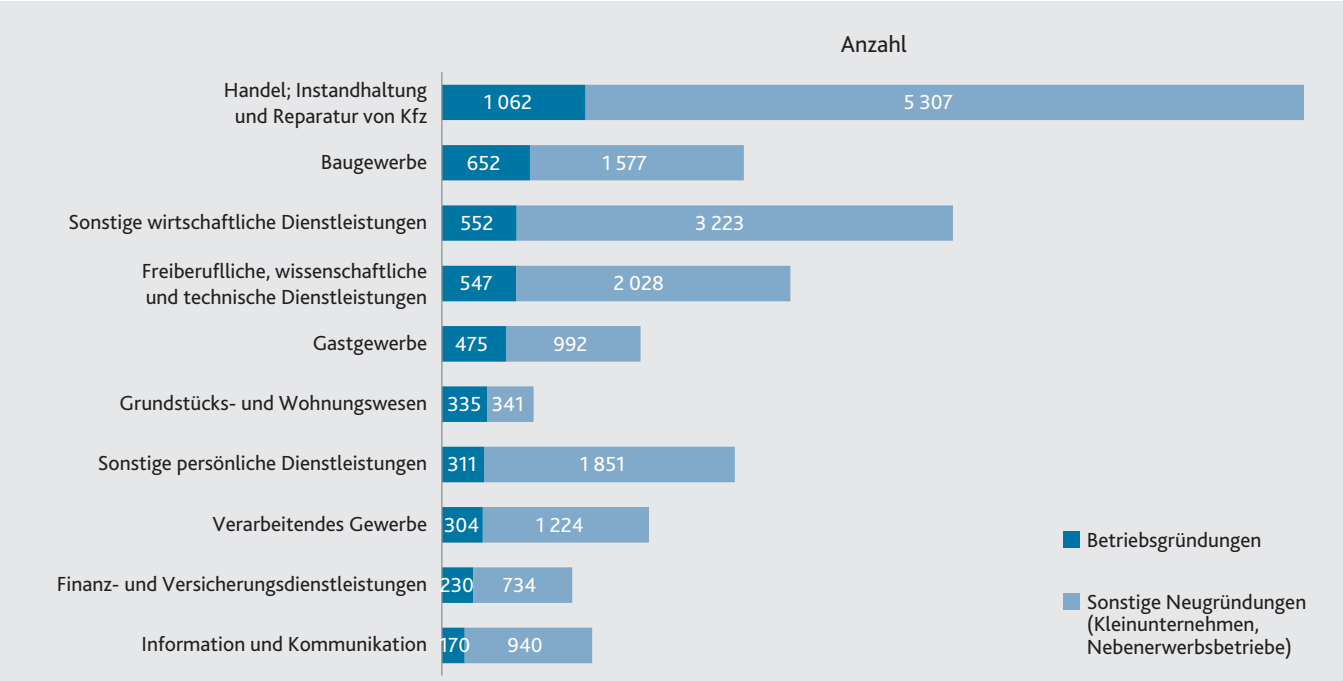
Im Produzierenden Gewerbe leisteten die Erwerbstätigen durchschnittlich 1 437 Stunden pro Kopf (Deutschland: 1 438 Stunden). Dabei lag das Baugewerbe mit 1 537 Stunden (Deutschland: 1 554 Stunden) deutlich vor dem Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe mit 1 404 Stunden (Deutschland: 1 402 Stunden). Auch im Baugewerbe ist ein vergleichsweise hoher Anteil der Erwerbstätigen selbstständig. Gegenüber 2019 sank das Arbeitsvolumen pro Kopf im Baugewerbe um 32 Stunden, im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe sogar um 40 Stunden.

Im Dienstleistungssektor erbrachten die Erwerbstätigen 2020 mit 1 255 Arbeitsstunden deutlich weniger Stunden als im Produzierenden Gewerbe (Deutschland: 1 291 Stunden). In den Dienstleistungsbereichen ist der Anteil der geringfügig und Teilzeitbeschäftigten besonders hoch. Erwerbstätige im Bereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ arbeiteten 1 257 Stunden (Deutschland: 1 297 Stunden). Dieser Teilbereich verzeichnete mit –67 Stunden 2020 den stärksten Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit (Deutschland: –71 Stunden). Im Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ wurden 1 303 Arbeitsstunden geleistet (Deutschland: 1 319 Stunden). Dies bedeutete einen Rückgang um 58 Stunden im Vergleich zum Vorjahr (Deutschland: –60 Stunden). Mit 1 235 Stunden ist die durchschnittliche Arbeitszeit im Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“, wie schon im vergangenen Jahr, mit Abstand am geringsten (Deutschland: 1 272 Stunden). Hier ist die Teilzeitquote besonders hoch. In diesem Abschnitt sank die Pro-Kopf-Arbeitszeit um 28 Stunden.

Weniger Betriebsgründungen und -aufgaben, aber mehr Gründungen im Nebenerwerb

In Rheinland-Pfalz wurden im Jahr 2020 insgesamt 31 331 Gewerbe angemeldet. Dieser Wert liegt prak-

Betriebsgründungen[1] und sonstige Neugründungen 2020 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



1 Kapital- bzw. Personengesellschaft oder Einzelunternehmen mit Handelsregistereintrag, Handwerkskarte oder mindestens einem/einer sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

tisch auf dem Niveau des Jahres 2019, für das 31 373 Gewerbeanmeldungen verzeichnet wurden. Die Zahl der Gewerbeabmeldungen lag um 9,2 Prozent unter dem Vorjahreswert.

Insgesamt 5 141 Gewerbeanmeldungen waren sogenannte Betriebsgründungen. Dies sind 8,3 Prozent weniger als im Jahr 2019. Der Rückgang könnte mit dem ersten Lockdown aufgrund der Corona-Pandemie begründet werden. Die Betriebsgründungen hatten im April ihren Tiefstwert erreicht. Dazu zählen alle Neugründungen von Kapital- und Personengesellschaften sowie alle Neugründungen von Einzelunternehmen, bei denen ein Handelsregistereintrag oder eine Handwerkskarte vorliegt oder die mindestens eine bzw. einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben.

Den höchsten Anteil an den Betriebsgründungen hatte mit fast 21 Prozent der Wirtschaftsabschnitt „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen". Den zweithöchsten Anteil stellte mit rund 13 Prozent der Wirtschaftsabschnitt „Baugewerbe".

Die Betriebsgründungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner erreichten den höchsten Wert mit 23,7 in der kreisfreien Stadt Zweibrücken. Der niedrigste Wert war mit 5,6 im Landkreis Trier-Saarburg zu verzeichnen. Der Rückgang der Betriebsgründungen gegenüber dem Jahr 2019 verlief bei den kreisfreien Städten deutlich stärker als bei den Landkreisen. Je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner gab es in den kreisfreien Städten 3,3 Betriebsgründungen weniger, in den Landkreisen hingegen nur 0,5 weniger als im Jahr 2019.

Über die Betriebsgründungen hinaus gab es im Jahr 2020 insgesamt 20 701 sogenannte sonstige Neugründungen. Gegenüber dem Jahr 2019 stieg deren Anzahl um 1,3 Prozent. Zu den sonstigen Neugründungen gehören die Gründung von Kleinunternehmen, die nicht im Handelsregister eingetragen sind, keine Handwerkskarte besitzen und über keine sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verfügen, sowie die Gründung von Nebenerwerbsbetrieben. Von den sonstigen Neugründungen erfolgten 14 519 im Nebenerwerb. Hier ist im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung von 27 Prozent zu verzeichnen.

Neben den Betriebsgründungen und sonstigen Neugründungen waren im Jahr 2020 noch 5 489 weitere Gewerbeanmeldungen zu verzeichnen. Hierunter fallen Umwandlungen sowie Zuzüge und Übernahmen.

Im Jahr 2020 wurden 27 181 Gewerbe abgemeldet. Die Zahl der Betriebsaufgaben – sie sind das Pendant zu den Betriebsgründungen – sank um 7,4 Prozent auf 4 244. Die sonstigen Stilllegungen lagen mit 17 453 um zwölf Prozent unter dem Wert des Jahres 2019.

Weniger Insolvenzanträge im Jahr 2020

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist in Rheinland-Pfalz 2020 gegenüber dem Vorjahr gesunken. Es stellten 622 Unternehmen einen Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens. Das waren elf Prozent weniger als im Jahr 2019. Die Zahl der Anträge von Verbraucherinnen und Verbrauchern lag mit 1 753 um 36 Prozent unter dem Wert des Vorjahres.

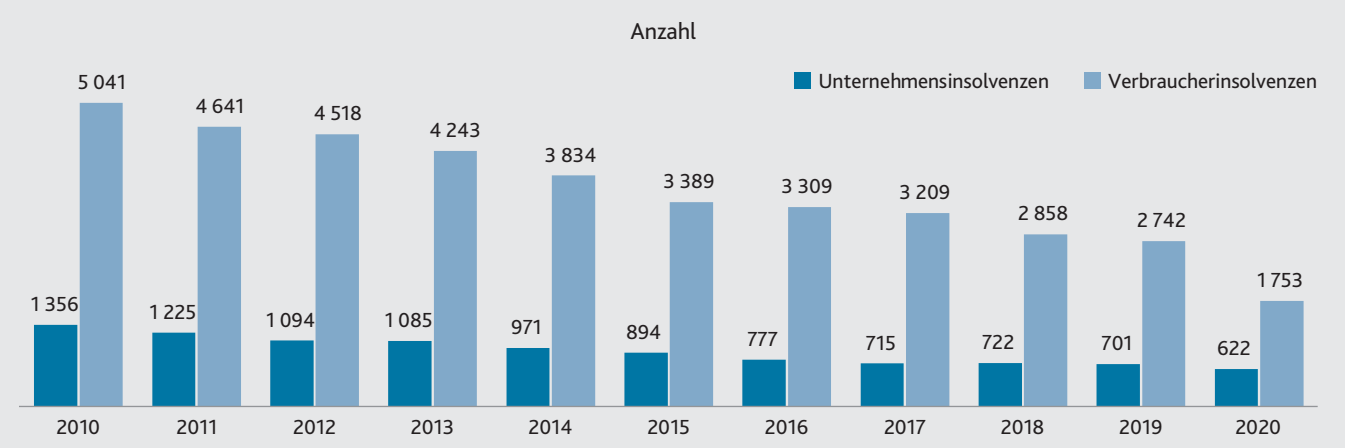
Die Folgen der Beschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie, die Mitte März begannen, schlagen sich in den Zahlen somit (noch) nicht nieder. Dabei dürfte eine Rolle spielen, dass die Insolvenzantragspflicht bereits kurz nach Beginn der Krise ausgesetzt wurde. Seit März 2020 wurden 504 neue Unternehmensinsolvenzen registriert; von März bis Dezember 2019 waren es 571.

Durch die beantragten Unternehmensinsolvenzen gerieten im Jahr 2020 insgesamt 4 486 Arbeitsplätze in Gefahr. Das Volumen der voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger belief sich auf rund 506 Millionen Euro. Durchschnittlich hatte damit jedes insolvent gewordene Unternehmen knapp 812 900 Euro Schulden.

Die meisten Insolvenzanträge stellten – wie im Vorjahr – Unternehmen, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt den Wirtschaftsabschnitten „Baugewerbe" (131 Anträge) und „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen" (91 Anträge) zuzurechnen ist.

Die Insolvenzhäufigkeit, also die Insolvenzen je 1 000 aktive Unternehmen, lag im Durchschnitt in den kreisfreien Städten höher als in den

Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen 2010–2020



Landkreisen. Den mit sieben Insolvenzen höchsten Wert verzeichnete die kreisfreie Stadt Ludwigshafen am Rhein. Unter den Landkreisen ergab sich der höchste Wert mit 6,1 für Alzey-Worms. Am niedrigsten war die Insolvenzhäufigkeit im Landkreis Kusel mit einem Wert von 1,1.

Bei den Verbraucherinsolvenzen beliefen sich die voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger auf knapp 80 Millionen Euro. Die betroffenen Verbraucherinnen und Verbraucher waren damit im Durchschnitt mit rund 45 600 Euro verschuldet.

Mit 20,6 Verbraucherinsolvenzen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner wurde in Pirmasens der höchste Wert verzeichnet. Die niedrigste Insolvenzhäufigkeit weist der Landkreis Südliche Weinstraße mit einem Wert von 1,7 auf.

Geringere Umsätze im Kfz-Handel im „Corona-Jahr" 2020

Trotz vereinzelter monatlicher Umsatzzuwächse ist die Jahresbilanz 2020 im Kfz-Handel (einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kfz) negativ. Nach vorläufigen Berechnungen lagen die Umsätze real, also um Preisveränderungen bereinigt, um 4,4 Prozent unter denen des Vorjahres. Nominal, also bewertet zu jeweiligen Preisen, betrugen die Verluste 2,9 Prozent.

Die höchsten realen Verluste musste in 2020 der umsatzstarke Handel mit Kraftfahrzeugen hinnehmen (–7,9 Prozent). Auch die Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen lag mit einem Minus von sechs Prozent deutlich unter dem Vorjahresergebnis. Mehr Geschäfte konnte der Handel mit Kraftwagenteilen und Kraftwagenzubehör generieren; der Umsatzzuwachs betrug hier 4,5 Prozent.

Mit –0,2 Prozent lag die Zahl der Beschäftigten 2020 etwas unter dem Niveau des Vorjahres. Während die Zahl der Vollzeitkräfte in etwa unverändert blieb, nahm die Belegschaft der Teilzeitkräfte um 0,6 Prozent ab.

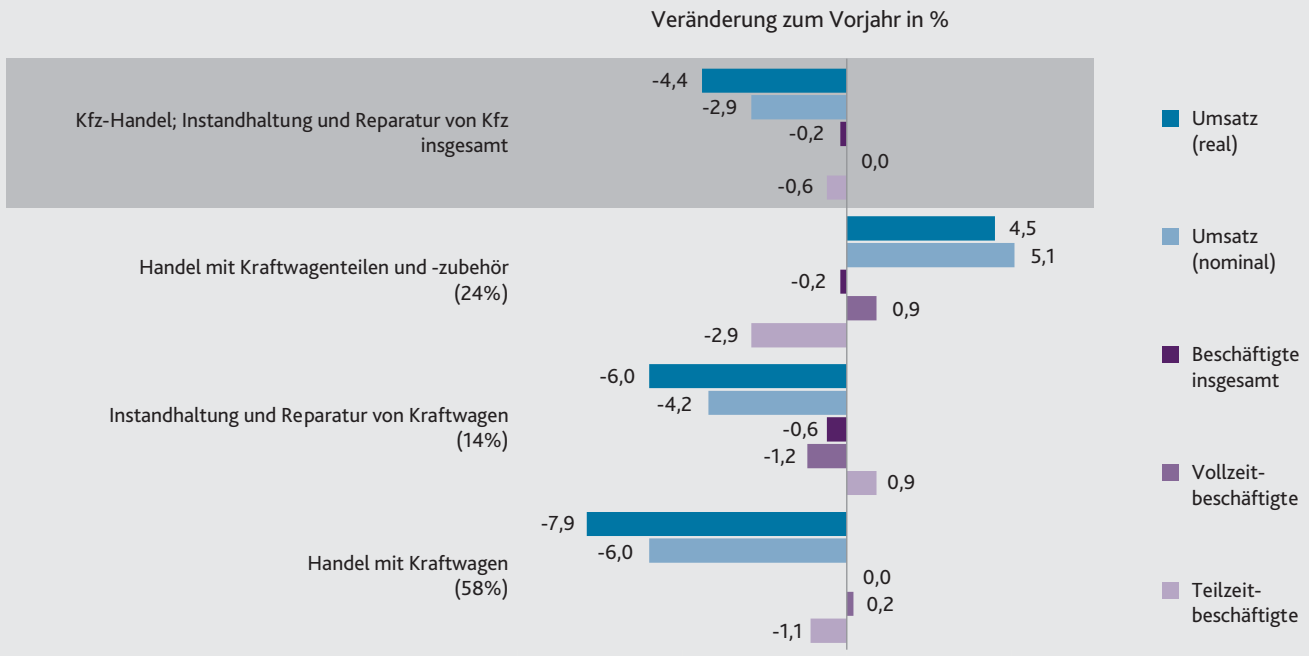
Zum Jahresende konnte der Kfz-Handel mit +14 Prozent die höchsten monatlichen realen Umsatzzuwächse verbuchen (nominal: +16 Prozent). Besonders dynamisch lief im Dezember 2020 der Handel mit Kraftwagen (Umsatz real: +16 Prozent). Auch bei der Instandhaltung und Reparatur von Kraftwagen sowie im Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör florierten die Geschäfte (Umsatz real: +8,3 bzw. +6,1 Prozent).

Trotz guter Umsatzlage wurde der Beschäftigtenstand um zwei Prozent reduziert. Vollzeit- und Teilzeitkräfte nahmen in ähnlicher Größenordnung ab (–2 bzw. –1,9 Prozent).

Einzelhandelsumsätze im Januar mit deutlichem Minus

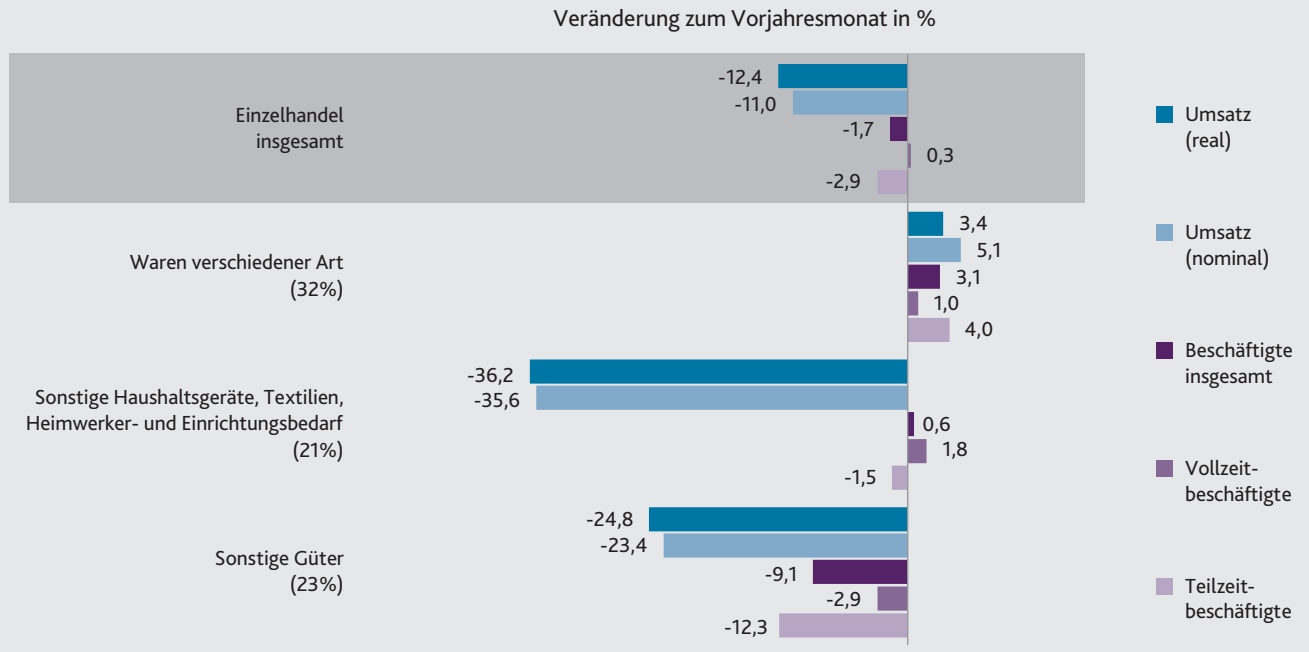
Die Lockdown-Maßnahmen prägten die Umsatzentwicklungen im Einzelhandel. Dieser startete mit deutlichen Rückgängen in das Jahr 2021. Nach vorläufigen Berechnungen lagen im Januar die Einzelhandelsumsätze real, also um Preisverände-

Umsatz und Beschäftigte ausgewählter Wirtschaftszweige des Kraftfahrzeughandels 2020[1]



( ) Anteil am Gesamtumsatz
1 Vorläufiges Ergebnis.

Umsatz und Beschäftigte ausgewählter Wirtschaftszweige des Einzelhandels im Januar 2021[1]



( ) Anteil am Gesamtumsatz
1 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen. Vorläufiges Ergebnis.

rungen bereinigt, um zwölf Prozent unter denen des Vorjahresmonats. Nominal, also bewertet zu jeweiligen Preisen, betrugen die Abnahmen elf Prozent. In Deutschland reduzierte sich der Umsatz real um 9,3 Prozent (nominal: –7,9 Prozent).

Der Einzelhandel mit Lebensmitteln und im Non-Food-Bereich entwickelte sich unterschiedlich: Die Umsätze mit Nahrungsmitteln legten um 5,8 Prozent zu. Aufgrund gestiegener Preise lag hier der Umsatzanstieg nominal bei 7,5 Prozent. Der Handel mit Nicht-Lebensmitteln büßte real und nominal rund ein Viertel seiner Umsätze im Vergleich zum Januar 2020 ein (–26 bzw. –25 Prozent).

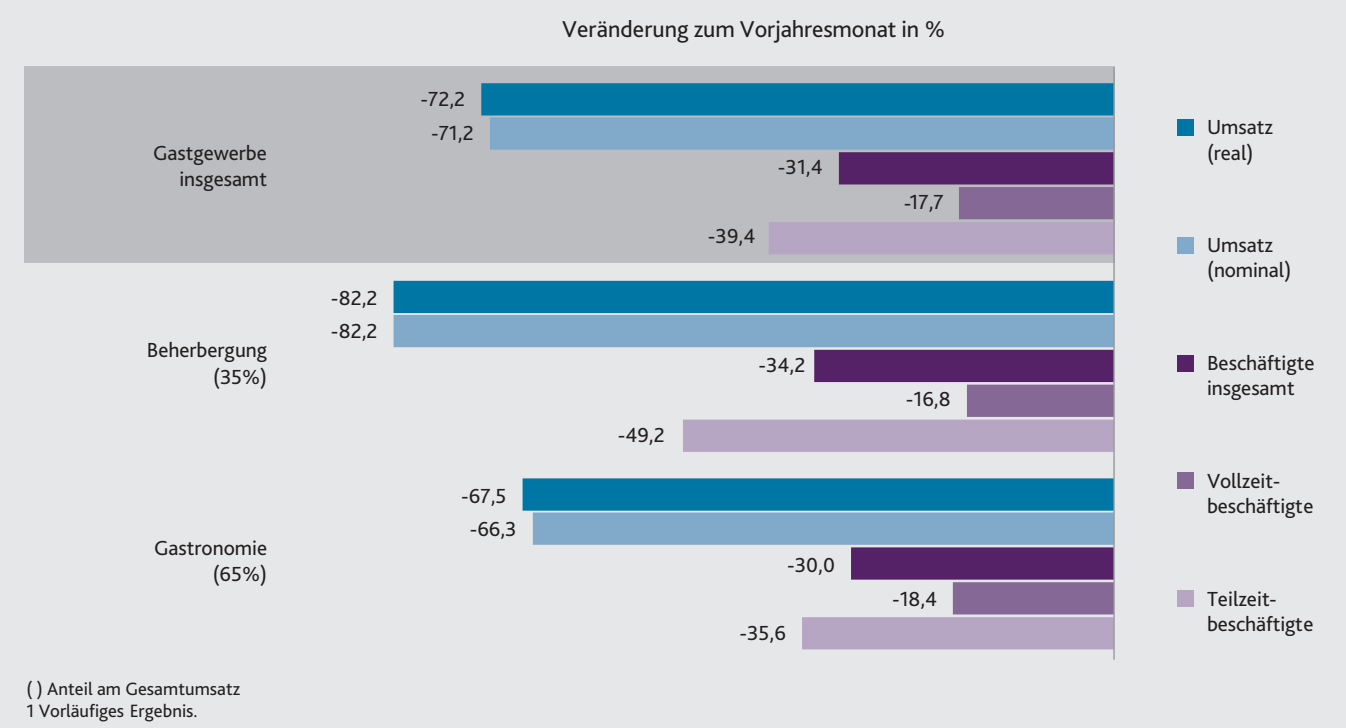
Positive Entwicklungen zum Jahresbeginn gab es nur im umsatzstärksten Segment, dem Einzelhandel mit Waren verschiedener Art in Verkaufsräumen (einschließlich Lebensmittel) (real: +3,4 Prozent). In den Bereichen „Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf“ sowie „Sonstige Güter“, zu denen beispielsweise Bekleidung, Schuhe und Lederwaren usw. zählen, brachen die realen Erlöse um 36 bzw. 25 Prozent ein. Der Umsatz mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren sowie mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik reduzierte sich gegenüber dem Vorjahresmonat fast um die Hälfte (–47 bzw. –46 Prozent).

Im Vergleich zum Januar 2020 wurden im rheinland-pfälzischen Einzelhandel weniger Beschäftigte registriert (–1,7 Prozent; Deutschland: –0,1 Prozent). Die Zahl der Vollzeit- und Teilzeitstellen entwickelte sich unterschiedlich: Während die Zahl der Vollzeitkräfte geringfügig um 0,3 Prozent stieg, ging die der Teilzeitbeschäftigten um 2,9 Prozent zurück.

Beschäftigungs- und Umsatzrückgang im Gastgewerbe hält an

Der Jahresauftakt verlief im rheinland-pfälzischen Gastgewerbe mit einem deutlichen Minus: Nach vorläufigen Berechnungen lagen die Umsätze real, also um Preisveränderungen bereinigt, im Januar 2021 um 72 Prozent unter denen des Vorjahres. Nominal bzw. bewertet in jeweiligen Preisen, beliefen sich die

Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe[1] im Januar 2021



( ) Anteil am Gesamtumsatz
1 Vorläufiges Ergebnis.

Verluste auf 71 Prozent. Deutschlandweit betrugen die Umsatzrückgänge real 70 Prozent und nominal 69 Prozent. Deutliche Einbrüche gab es auch bei der Beschäftigtenzahl; diese lag 31 Prozent unter dem Stand vom Januar 2020 (Deutschland: –28 Prozent).

Besonders deutlich sind die Einschnitte in der Beherbergung ausgefallen: Die Betriebe erzielten im Vergleich zum Januar 2020 weniger als 20 Prozent der Umsätze (Rückgang real: –82 Prozent). Die Gastronomen, auf die zwei Drittel der Gastgewerbeumsätze entfallen, verzeichneten Einbußen in Höhe von 68 Prozent. Hier waren mit Rückgängen von 69 Prozent vor allem Restaurants, Cafés, Eissalons und Imbissstuben von den Lockdown-Maßnahmen betroffen. Bei den Caterern und Erbringern von sonstigen Verpflegungsdienstleistungen lag das Umsatzminus bei 46 Prozent.

Der Beschäftigungsrückgang beläuft sich auf 31 Prozent, das heißt, fast jede dritte Stelle im Gastgewerbe ist weggefallen. Besonders betroffen waren die Teilzeitkräfte; deren Zahl reduzierte sich um 39 Prozent, bei den in Vollzeit Beschäftigten lag der Rückgang gegenüber Januar 2020 bei 18 Prozent.

Die Rückgänge im ersten Lockdown fielen noch gravierender aus. Real lagen die Umsätze im April 2020 gegenüber dem April 2019 um 78 Prozent niedriger. Der Beschäftigungseinbruch belief sich auf 39 Prozent. In der Beherbergung brachen 90 Prozent der Umsätze weg und in der Gastronomie waren es 70 Prozent.

Tourismus Januar 2021 – Start ins Jahr mit hohen Einbrüchen

Die Tourismuszahlen stehen in Rheinland-Pfalz auch zu Beginn des Jahres 2021 unter dem Einfluss der Corona-Pandemie. Nach ersten vorläufigen Berechnungen wurden im Januar 2021 nur rund 56 000 Gäste gezählt. Gegenüber dem Vorjahresergebnis 2020 bedeutet dies einen Rückgang von 86 Prozent. Mit einem Minus von 73 Prozent sank das Übernachtungsaufkommen auf 262 000.

Zum Vergleich: Im April 2020, dem Monat mit dem geringsten Gäste- und Übernachtungsaufkommen im vergangenen Jahr, lag die Zahl der Gäste bei 42 000 und die der Übernachtungen bei 219 000.

Handwerk 2020: Weniger Beschäftigte trotz Umsatzplus

Nach den coronabedingten Umsatzeinbußen im zweiten Quartal entwickelten sich die Erlöse im rheinland-pfälzischen zulassungspflichtigen Handwerk im weiteren Jahresverlauf positiv, sodass das Jahr mit einem Plus abschloss. Nach vorläufigen Berechnungen waren die Erlöse um 1,8 Prozent höher als 2019 (Deutschland: +1,4 Prozent).

Die Umsatzentwicklung verlief in den einzelnen Gewerbegruppen sehr unterschiedlich. Aufgrund der besonders starken Umsatzeinbrüche im zweiten Quartal 2020 erzielten die Handwerke für den privaten Bedarf (–4,9 Prozent), das Lebensmittelgewerbe (–4,6 Prozent), das Gesundheitsgewerbe (–3,7 Prozent) und das Kraftfahrzeuggewerbe (–1,7 Prozent) weniger Umsätze als im Vorjahr. Dagegen konnte das Baugewerbe deutliche Umsatzzuwächse erzielen: Im Bauhauptgewerbe lag das Plus bei 6,1 Prozent und im Ausbaugewerbe bei 3,9 Prozent. Mit einem Plus von 5,2 Prozent setzten auch die Handwerke für den gewerblichen Bedarf mehr um.

Die Beschäftigung im zulassungspflichtigen Handwerk reduzierte sich gegenüber 2019 um 1,5 Prozent. (Deutschland: –1,3 Prozent). Deutliche Einbußen gab es in den von der Corona-Pandemie besonders betroffenen Gewerbegruppen „Lebensmittelgewerbe“ (–5,1 Prozent) sowie „Handwerke für den privaten Bedarf“ (–4,4 Prozent). Mit Ausnahme des Kfz-Gewerbes sowie des Gesundheitsgewerbes, in denen es ein leichtes Plus von 0,2 bzw. 0,1 Prozent gab, nahm die Zahl der Lohnempfängerinnen und Lohnempfänger in den anderen Gewerbegruppen ab.

Das zulassungspflichtige Handwerk beendete das Jahr 2020 mit einem umsatzstarken vierten Quartal: Die Umsätze lagen um zehn Prozent über dem Vorjahreszeitraum. Mit einem Umsatzplus von 14 Prozent verzeichnete das Kfz-Gewerbe die höchsten Zuwächse. Auch im Bauhaupt- und Ausbaugewerbe (+12 bzw. +11 Prozent) sowie bei den Handwerken für den gewerblichen Bedarf (+11 Prozent) liefen die Geschäfte sehr gut.

Einen geringeren Umsatz im Vergleich zum Vorjahresquartal gab es bei den Handwerken für den privaten Bedarf und dem Lebensmittelgewerbe (–2,7 bzw. –2,4 Prozent).

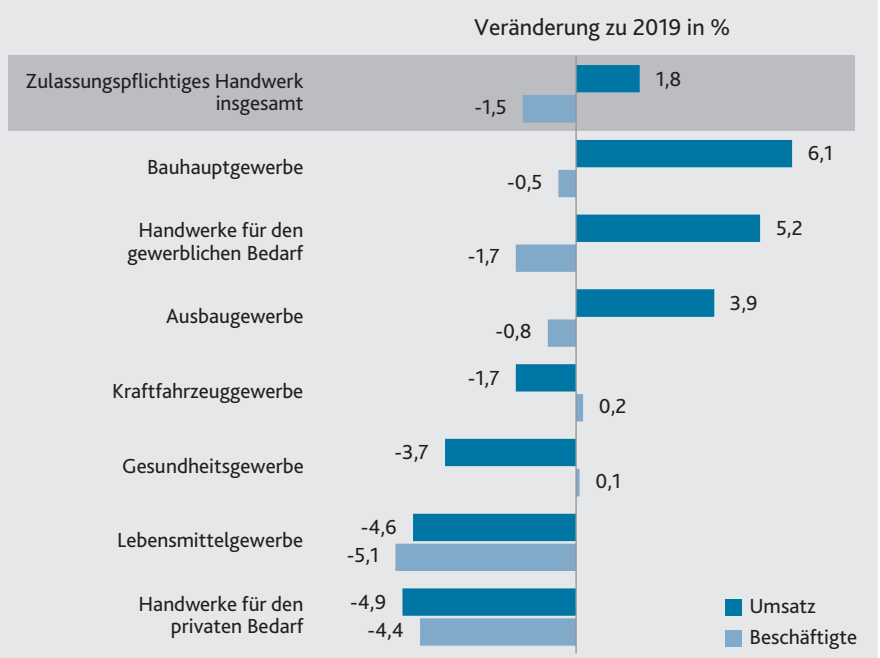
592 200 Tonnen Freilandgemüse

Im Jahr 2020 haben in Rheinland-Pfalz 355 Betriebe 592 200 Tonnen Freilandgemüse erzeugt. Damit lag die Ernte leicht unter dem Aufkommen des Vorjahres von rund 604 600 Tonnen (–2 Prozent). Auch die Anbaufläche war im Vergleich zu 2019 mit 18 500 Hektar um etwa 700 Hektar kleiner. Rheinland-Pfalz hat einen Anteil von knapp 15 Prozent an der Gemüseanbaufläche Deutschlands.

Gut 100 Betriebe ernteten auf einer Fläche von 470 Hektar Erdbeeren, wovon 390 Hektar auf Freilandflächen und knapp 80 Hektar auf Flächen unter hohen begehbaren Schutzabdeckungen und in Gewächshäusern entfielen. Insgesamt wurde eine Erntemenge von 5 600 Tonnen eingefahren.

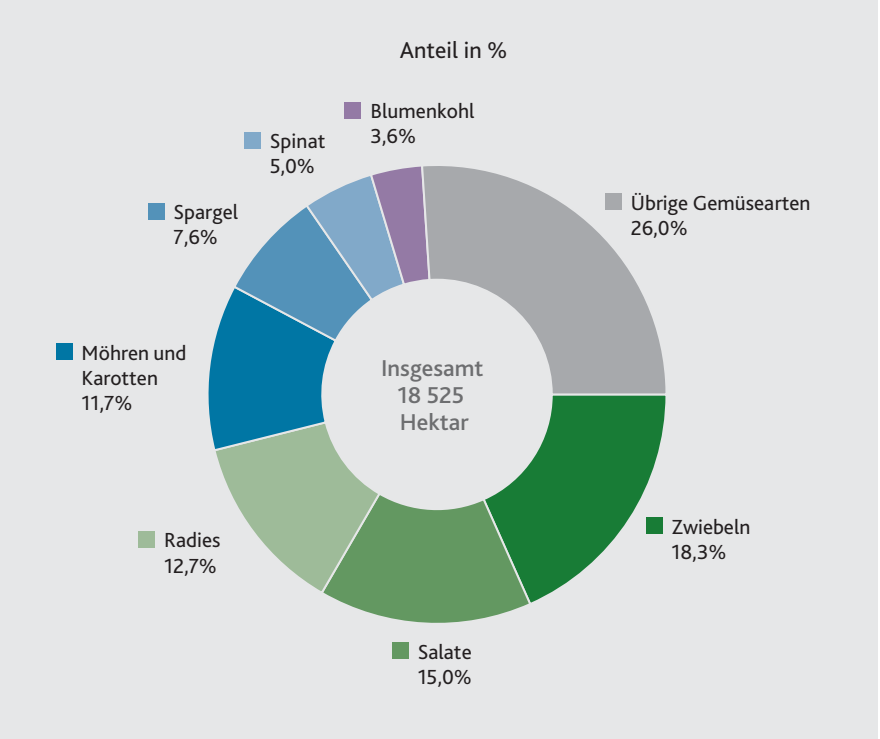
In Rheinland-Pfalz, wie in ganz Deutschland, wird Gemüse hauptsächlich im Freiland angebaut. Insgesamt knapp 50 Betriebe verfügen jedoch über so genannte hohe begehbare Schutzabdeckungen, zu denen auch Gewächshäuser zählen. Die Grundfläche solcher Anlagen in Rheinland-Pfalz beträgt gut 30 Hektar, die Anbaufläche knapp 60 Hektar (Mehrfachnutzung einer Fläche durch Vor-, Zwischen- und Nachkultur möglich).

Umsatz und Beschäftigte im zulassungspflichtigen Handwerk 2020[1] nach Gewerbegruppen



1 Vorläufiges Ergebnis.

Anbaufläche von Gemüse im Freiland 2020



Die Freilanderzeugung findet aufgrund der hohen Mechanisierungskosten schwerpunktmäßig in größeren Betrieben mit Anbauflächen für den Gemüsebau von 20 Hektar und mehr statt. 2020 machten diese Betriebe 39 Prozent der Erzeuger aus. Sie bewirtschafteten rund 93 Prozent der Fläche. Die rund 60 Betriebe mit einer Anbaufläche von 50 und mehr Hektar bewirtschafteten mit 15 000 Hektar 81 Prozent der Fläche. Jeder dieser Betriebe erzeugte im Durchschnitt auf 246 Hektar Gemüse. Dies entspricht im Vergleich zum Vorjahr einem durchschnittlichen Flächenzuwachs von knapp drei Hektar je Betrieb in dieser Größenklasse.

Knapp zwölf Prozent der Anbaufläche wird ökologisch bewirtschaftet; dabei gab es im Jahr 2020 einen deutlichen Zuwachs um 60 Prozent auf 2 100 Hektar. Es wurden 56 400 Tonnen ökologisch erzeugtes Gemüse geerntet (+71 Prozent). Die Zahl der Betriebe mit ökologischem Feldgemüsebau hat in den vergangenen Jahren tendenziell abgenommen. 2020 wurden gut 50 Betriebe registriert, die vollständig auf ökologische Bewirtschaftung umgestellt haben; im Jahr zuvor waren es noch 60.

Radies wachsen in Rheinland-Pfalz auf 2 400 Hektar bzw. 13 Prozent der Anbaufläche. Knapp drei Viertel der deutschen Radiesproduktion stammen aus Rheinland-Pfalz. Möhren und Karotten rangieren mit knapp 2 200 Hektar an zweiter, Bund- bzw. Frühlingszwiebeln mit 1 900 Hektar an dritter Stelle. Trockenzwiebeln und Spargel wurden jeweils auf acht Prozent der Fläche angebaut. Mit knapp 700 Hektar Anbaufläche stellt Feldsalat 2020 wieder die flächenmäßig bedeutendste Salatart dar, nachdem im vergangenen Jahr Rucola den größten Anbauumfang aufwies. Zusammen mit den anderen angebauten Arten entfallen 15 Prozent der Anbaufläche auf Salate.

Langfristig betrachtet setzt sich der Anbautrend weg vom Kohlgemüseanbau hin zu Wurzel- und Knollengemüse und Fruchtgemüse fort. Im Jahr 2008 wurden noch auf 2 500 Hektar Kohlgemüsearten angebaut, zu denen z. B. Kohlrabi, Rosenkohl und Blumenkohl gehören; 2020 waren es noch knapp 1 800 Hektar (–28 Prozent). Demgegenüber wurde seit 2008 die Anbaufläche von Wurzel- und Knollengemüse (z. B. Knollensellerie, Möhren, Kohlrabi, Rettich) von 7 400 Hektar auf 8 600 Hektar 2020 ausgedehnt (+16 Prozent). Fruchtgemüse (z. B. Tomaten, Gurken, Paprika) wurden 2008 auf knapp 900 Hektar, 2020 auf 1 100 Hektar angebaut (+25 Prozent). Der Spargel als „König aller Gemüse" wurde 2020 von gut 100 Betrieben auf einer Fläche von rund 1 200 Hektar geerntet (–6,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr). Insgesamt wurde eine Erntemenge von 5 300 Tonnen eingefahren (–22 Prozent).

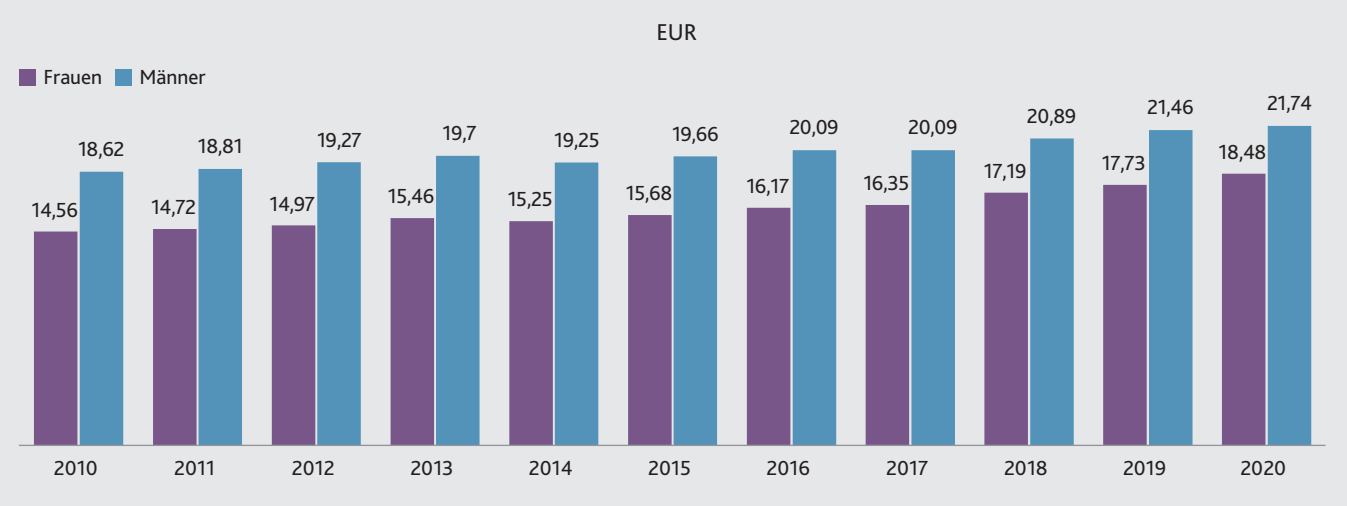
Der rheinland-pfälzische Gemüseanbau ist klimatisch bedingt mit 18 300 Hektar (99 Prozent der Anbaufläche im Freiland) schwerpunktmäßig in der Region Rheinhessen-Pfalz angesiedelt. Die Pfalz ist laut eigenen Angaben das größte geschlossene Anbaugebiet für Freilandgemüse Deutschlands. Die im Rhein-Pfalz-Kreis ansässigen Betriebe produzieren auf 10 600 Hektar Freilandgemüse. Der Landkreis ist damit Spitzenreiter, gefolgt vom Kreis Germersheim mit 3 600 Hektar und der kreisfreien Stadt Frankenthal mit 1 100 Hektar Anbaufläche. Speziell im Sommerhalbjahr können Verbraucherinnen und Verbraucher mit einem breiten Spektrum regionalen Gemüses versorgt werden.

Gender Pay Gap 2020: Frauen verdienen durchschnittlich 15 Prozent weniger als Männer

Der prozentuale Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern, der sogenannte Gender Pay Gap, ist 2020 im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Der geschlechtsspezifische Verdienstunterschied lag in Rheinland-Pfalz bei 15 Prozent. Das sind sieben Prozentpunkte weniger als vor zehn Jahren und drei Prozentpunkte weniger als im bundesweiten Durchschnitt (18 Prozent).

Von den westdeutschen Bundesländern (ohne Berlin) kann nur Schleswig-Holstein einen geringeren Verdienstabstand zwischen den Geschlechtern vorweisen (13 Prozent). Am höchsten ist das Verdienstgefälle mit 23 Prozent in Baden-Württemberg. Deutlich niedriger fällt der Gender Pay Gap in den ostdeutschen Bundesländern aus. Den geringsten Verdienstunterschied zwi-

Durchschnittliche Bruttostundenverdienste 2010–2020 nach Geschlecht

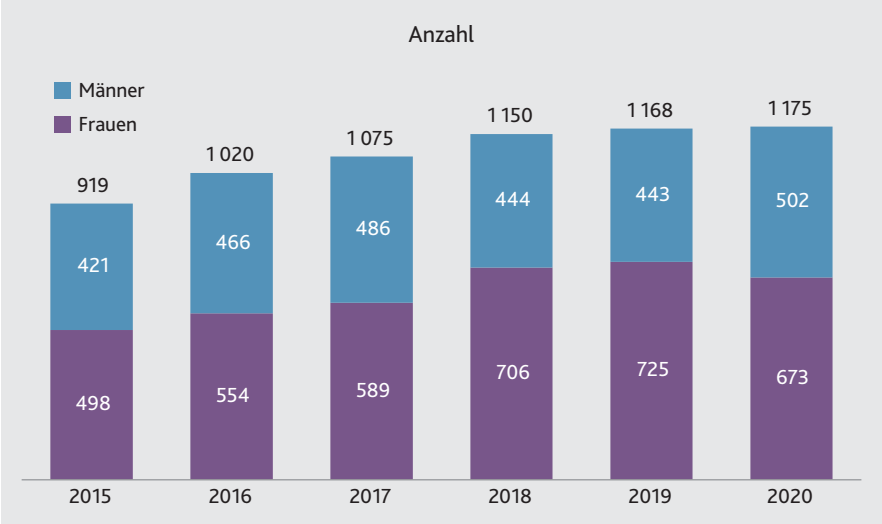


schen Frauen und Männern gab es in Thüringen (fünf Prozent).

Der sogenannte unbereinigte Gender Pay Gap, der hier abgebildet wird, berücksichtigt nicht die strukturellen Unterschiede zwischen den Geschlechtern. So unterscheiden sich Frauen und Männer zum Beispiel in der Wahl der Berufe und der Branchen, in denen sie tätig sind, sowie in der Erwerbsbiografie.

Im Vergleich zu 2010 hat sich der Verdienstabstand zwischen den Geschlechtern in Rheinland-Pfalz verringert (–7 Prozentpunkte). Die Abnahme ist auf die Entwicklung der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der beiden Geschlechter zurückzuführen. Unter den Frauen sind sie seit 2010 stärker gestiegen als unter den Männern: Frauen erzielten 2020 einen durchschnittlichen Bruttostundenlohn in Höhe von 18,48 Euro. Gegenüber 2010 entspricht das einem Plus von 27 Prozent. Das Arbeitsentgelt von Männern stieg dagegen um 17 Prozent und belief sich 2020 auf 21,74 Euro.

Stipendiatinnen und Stipendiaten 2015–2020



Frauen werden häufiger mit einem Deutschlandstipendium gefördert als Männer

Im Jahr 2020 wurden in Rheinland-Pfalz knapp 1 200 Studierende, darunter rund 670 Frauen, mit einem Deutschlandstipendium nach dem Stipendienprogrammgesetz gefördert. Damit erhielt etwa jede 96. Studentin und jeder 118. Student ein Deutschlandstipendium.

Im Rahmen des Deutschlandstipendiums werden besonders leistungsstarke und engagierte Studierende für mindestens zwei Semester mit monatlich 300 Euro unterstützt. Das Bundesmi-

nisterium für Bildung und Forschung hat das Ziel ausgegeben, zwei Prozent aller Studierenden im Rahmen des Stipendienprogrammgesetzes zu fördern. In Rheinland-Pfalz haben 2020 rund 0,9 Prozent aller Studierenden ein Deutschlandstipendium erhalten. Bei den Frauen lag der Förderanteil mit einem Prozent etwas höher als bei den Männern (0,8 Prozent).

Mit 529 Studierenden war 2020 beinahe die Hälfte (45 Prozent) der geförderten Stipendiatinnen und Stipendiaten in einem MINT-Studiengang eingeschrieben, also einem mathematischen, natur- oder ingenieurswissenschaftlichen Studienfach; das waren 19 Studierende weniger als im Vorjahr. Weitere 32 Prozent der nach dem Stipendienprogrammgesetz geförderten Studierenden kommen aus den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.

Der Ausländeranteil unter den Stipendiatinnen und Stipendiaten lag 2020 bei rund zehn Prozent. Damit lag er drei Prozentpunkte unter dem Anteil aller nicht deutschen Studierenden. Gegenüber 2015 stieg der Anteil der ausländischen Studierenden, die ein Deutschlandstipendium erhielten, um knapp vier Prozentpunkte.

Da das Deutschlandstipendium jeweils hälftig vom Bund und von privaten Stiftern finanziert wird, kommen regionale und institutionelle Unterschiede durch die Fächerangebote der Hochschulen, die Ressourcen der Hochschulen zur Akquise der Förderer, die regionale Anzahl fördernder Betriebe, Institutionen und Privatpersonen sowie durch die finanziellen Fördermöglichkeiten bisheriger Stifterinnen und Stifter zustande.

Die meisten Stipendiatinnen und Stipendiaten waren an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (424) und der Technischen Universität Kaiserslautern (196) eingeschrieben. Den höchsten Anteil an Deutschlandstipendiatinnen und -stipendiaten unter den Studierenden hatten die Hochschule Mainz (1,8 Prozent) und die Cusanus Hochschule in Bernkastel-Kues (1,7 Prozent). Damit erreichte keine rheinland-pfälzische Hochschule das Zwei-Prozent-Ziel des Bundesministeriums.

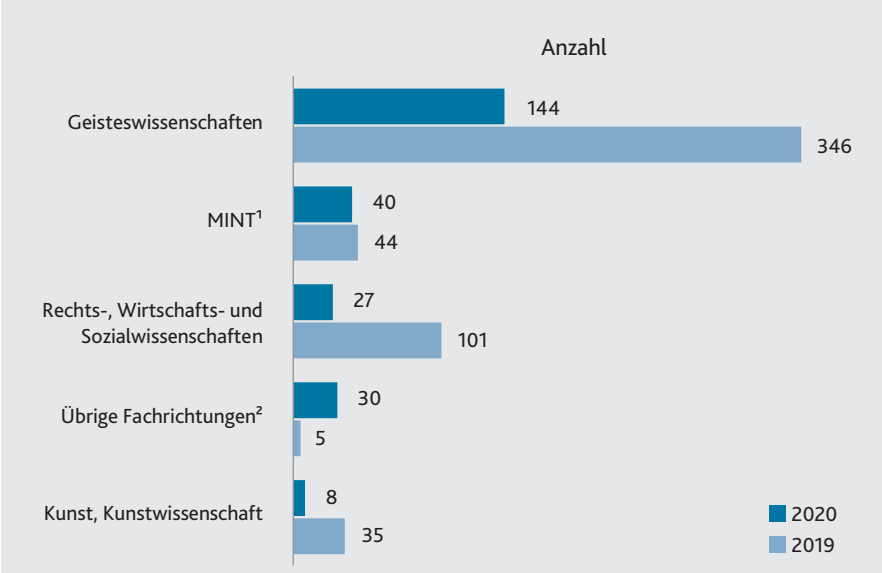
Gasthörerzahl an Hochschulen bricht coronabedingt ein

An den rheinland-pfälzischen Hochschulen waren im Jahr 2020 insgesamt 249 Gasthörerinnen und Gasthörer eingeschrieben. Damit hat sich die Zahl der Gasthörenden gegenüber dem Vorjahr halbiert (–53 Prozent).

Der deutliche Rückgang ist im Wesentlichen auf die Einschränkungen und Digitalisierung des Lehrbetriebs im Kontext der Corona-Maßnahmen zurückzuführen. Dadurch sank insbesondere die Zahl der Gasthörerinnen und Gasthörer im Alter von 60 und mehr Jahren (–59 Prozent). In jüngeren Altersgruppen fiel der Rückgang geringer aus.

Am stärksten verringert sich die Zahl der Gasthörerinnen und Gasthörer in den Kunstwissenschaften (–77 Prozent), den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (–73 Prozent) und den Geisteswissenschaften (–58 Prozent). Die ohnehin geringe

Gasthörer/-innen an Hochschulen 2019 und 2020 nach Fächergruppen



1 Mathematik, Naturwissenschaften, Ingenieurwissenschaften. – 2 Humanmedizin/Gesundheitswissenschaft, Sport, sonstige Fachrichtungen.

Zahl der Gasthörenden in den sogenannten MINT-Fächern, also in den Fächergruppen Mathematik, Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften, blieb mit 40 Personen nur knapp unter dem Vorjahresniveau.

Interessierte Bürgerinnen und Bürger haben in Rheinland-Pfalz die Möglichkeit, an einer Hochschule als Gasthörerin oder Gasthörer tertiäre Bildungsangebote im Kontext des lebenslangen Lernens wahrzunehmen. Dabei können die Gasthörerinnen und Gasthörer weder an Prüfungen teilnehmen noch erhalten sie ein Zertifikat oder einen anderen Leistungsnachweis.

Corona-Krise verstärkt den Rückgang bei neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen

In Rheinland-Pfalz schlossen im Jahr 2020 rund 23 200 junge Menschen einen neuen Ausbildungsvertrag ab. Das waren nach vorläufigen Ergebnissen rund 2 000 Neuabschlüsse weniger als im Jahr zuvor; ein Minus von acht Prozent.

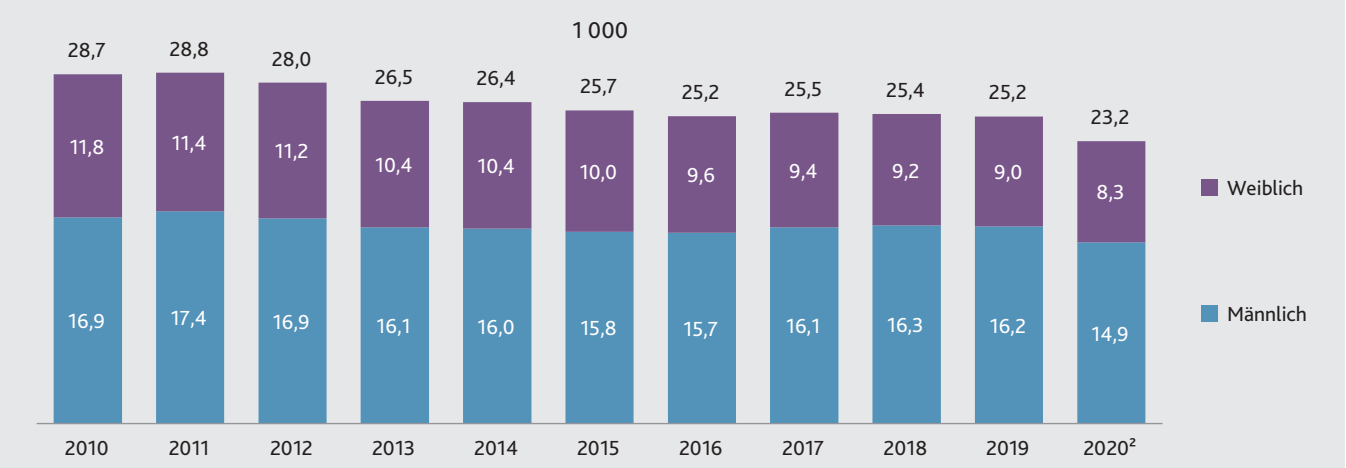
Der Rückgang ist vermutlich auf die Unsicherheiten in den Ausbildungsbetrieben im Kontext der Corona-Maßnahmen zurückzuführen. Das zeigt sich u. a. daran, dass der Ausbildungsbereich „Industrie und Handel", der von coronabedingten Betriebsverboten und -einschränkungen stärker als andere Bereiche betroffen war, mit einem Minus von elf Prozent eine vergleichsweise hohe Abnahme der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge verzeichnete. In absoluten Zahlen ausgedrückt wurden in diesem Bereich etwa 1 600 Ausbildungsverträge weniger als im Vorjahr abgeschlossen. Alle anderen Ausbildungsbereiche verzeichneten deutlich geringere Rückgänge oder teilweise auch Zuwächse wie beispielsweise im öffentlichen Dienst oder in der Landwirtschaft.

Insgesamt befanden sich im Jahr 2020 rund 63 200 Menschen in Rheinland-Pfalz in einer Ausbildung, darunter 34 500 im Bereich Industrie und Handel sowie 19 600 im Handwerk. Der Rückgang der Gesamtzahl der Auszubildenden fiel gegenüber der Entwicklung bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen mit einem Minus von 2,6 Prozent vergleichsweise moderat aus. Eine Ursache für den geringeren Einbruch bei der Zahl der Auszubildenden insgesamt könnte sein, dass Auszubildende aufgrund der Corona-Krise länger als geplant in der Ausbildung verblieben sind.

Zum Jahresbeginn historisch wenige Unfälle

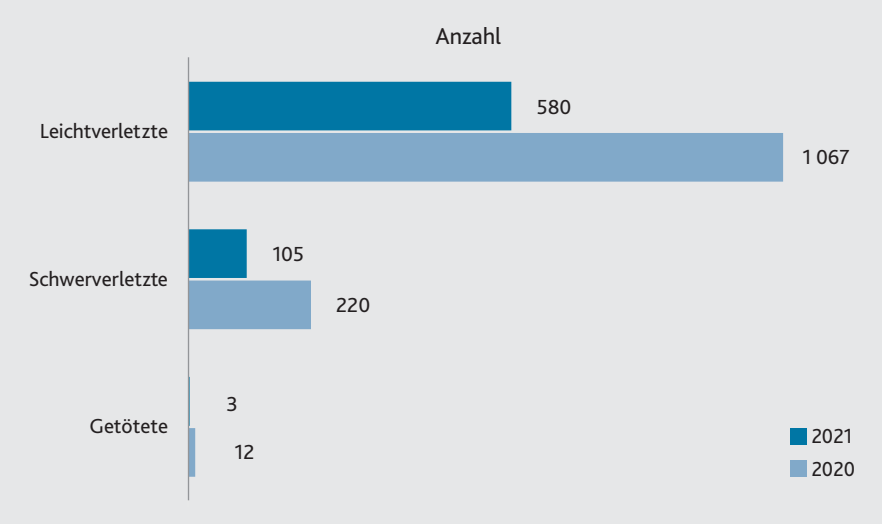
In Rheinland-Pfalz hat es im ersten Monat des Jahres 2021 deutlich weniger Unfälle gegeben als im Januar des Vorjahres. Die Polizei registrierte im Januar 2021 insgesamt 8 170 Unfälle,

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge[1] 2010–2020 nach Geschlecht



1 Aus Geheimhaltungsgründen sind alle Daten (Absolutwerte) jeweils auf ein Vielfaches von drei gerundet. – 2 Vorläufige Ergebnisse.

Verunglückte im Straßenverkehr im Januar 2020 und 2021



26,5 Prozent weniger als im ersten Monat des Vorjahres.

Die Anzahl der Unfälle ist damit nochmals niedriger als zu Beginn der Corona-Pandemie im März und April 2020, als zum damaligen Zeitpunkt historische Tiefstände erreicht wurden. Die erneuten Einschränkungen zur Eindämmung der Infektionszahlen haben sich scheinbar in einer signifikanten Verminderung der Zahl der Verkehrsbewegungen niedergeschlagen.

Drei Menschen verloren bei Verkehrsunfällen ihr Leben. Das waren neun Todesopfer weniger als im Januar 2020. Schwer verletzt wurden 105 Unfallbeteiligte, 115 weniger als im Vorjahresmonat. Die Zahl der Leichtverletzten ging um 487 auf 580 zurück.

Deutlich weniger Steuereinnahmen bei den Kommunen 2020 – Corona-Hilfen sorgen für Ausgleich

Die kassenmäßigen Steuereinnahmen der Kommunen in Rheinland-Pfalz sanken 2020 auf 4,62 Milliarden Euro. Das waren rund 290 Millionen Euro bzw. 5,9 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Damit erreichten die Steuereinnahmen der Kommunen – nach vorläufigen Zahlen – trotz der Corona-Pandemie den dritthöchsten je gemessenen Wert.

Gut 51 Prozent der Steuereinnahmen der Kommunen entfielen auf die Realsteuern. Sie schrumpften um 6,6 Prozent. Durch die darin enthaltene Gewerbesteuer nahmen die Kommunen 1,75 Milliarden Euro ein (–9,6 Prozent). Die Grundsteuer B trug mit 591 Millionen Euro zu den Einnahmen bei; das waren 3,2 Prozent mehr als im Vorjahr.

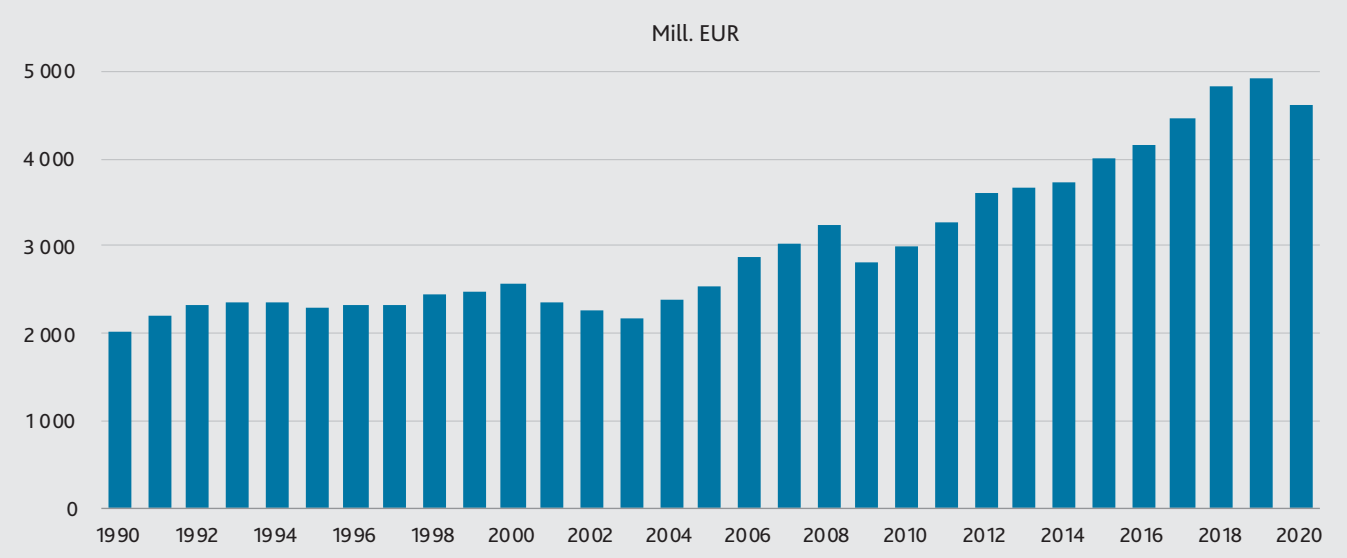
Eine weitere wichtige Einnahmequelle für die Kommunen sind die Gemeindeanteile an den Gemeinschaftssteuern. Hierdurch nahmen die Kommunen 2,18 Milliarden Euro ein (–4,6 Prozent). Der größte Teil stammte aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Die kommunalen Einnahmen aus dieser Quelle gingen um 6,7 Prozent auf 1,81 Milliarden Euro zurück.

Die rheinland-pfälzischen Kommunen erzielten zusammen einen positiven Finanzierungssaldo von 203 Millionen Euro. Der Finanzierungssaldo ist eine wichtige Kenngröße zur Finanzlage der Kommunen. Er ist die Differenz aus Einzahlungen und Auszahlungen und zeigt, ob am Ende des Jahres noch „Geld in der Kasse“ verblieben ist.

Der Finanzierungssaldo fällt in den Gebietskörperschaften unterschiedlich aus. Ein Drittel der kreisfreien Städte verzeichnete einen positiven, zwei Drittel hingegen einen negativen Saldo. Der höchste positive Saldo wurde für Koblenz (+11,7 Millionen Euro), der höchste negative Saldo für Ludwigshafen (–52,6 Million Euro) berechnet. In Relation zur Bevölkerungszahl erzielte Speyer den höchsten positiven Finanzierungssaldo (+130 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner). Am anderen Ende der Skala liegt Ludwigshafen mit einem einwohnerbezogenen Fehlbetrag von 307 Euro.

Mit einem positiven Finanzierungssaldo schlossen 16 der 24 Kreishaushalte ab, die übrigen acht Landkreise kamen auf einen Fehlbetrag. Die höchsten positiven Salden wurden in absoluten Werten für Mainz-Bingen (+37 Millionen Euro) sowie einwohnerbezogen für Neuwied (+191 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner) festgestellt. Für den Kreis Germersheim

Steuereinnahmen der Kommunen 1990–2020



errechnet sich sowohl absolut als auch einwohnerbezogen der höchste Fehlbetrag (–14,2 Millionen Euro bzw. –110 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner).

Werden die Haushalte der kreisangehörigen Gemeinden betrachtet, ergibt sich ein etwas anderes Bild: Bei den absoluten Werten liegt ebenfalls Mainz-Bingen ganz vorne. Die kreisangehörigen Gemeinden kommen dort zusammen auf einen positiven Finanzierungssaldo von 32,2 Millionen Euro. Am anderen Ende der Skala liegen die Gemeinden in Mayen-Koblenz. Sie verbuchten in Summe einen Fehlbetrag von 15,3 Millionen Euro. Einwohnerbezogen wurden für die Kommunen in Bernkastel-Wittlich mit durchschnittlich +235 Euro der höchste positive und für die Kommunen in Kusel mit –80 Euro der höchste negative Wert ermittelt. Von allen kreisangehörigen Kommunen (Ortsgemeinden, verbandsfreie kreisangehörige Gemeinden und Verbandsgemeinden) in Rheinland-Pfalz hatten 1 477 (61 Prozent) einen positiven, 942 (39 Prozent) einen negativen Finanzierungssaldo.

Die Kommunalfinanzen des Jahres 2020 waren von der Corona-Pandemie geprägt. Höheren Ausgaben beispielsweise im Bereich der Gesundheitsvorsorge standen geringere Steuereinnahmen gegenüber. Dass der Finanzierungssaldo der rheinland-pfälzischen Kommunen im Krisenjahr dennoch bei +203 Millionen Euro lag, ist maßgeblich auf die Finanzhilfen des Bundes und des Landes Rheinland-Pfalz zurückzuführen.

So wurden 100 Millionen Euro Corona-Soforthilfen vom Land an die kreisfreien Städte und Landkreise ausgezahlt. Darüber hinaus haben die rheinland-pfälzischen Kommunen im Jahr 2020 vom Bund und dem Land rund 412 Millionen Euro als Ausgleich für entgangene Gewerbesteuereinnahmen erhalten. Durch den Stabilisierungsmechanismus im kommunalen Finanzausgleich wurde zudem eine Reduzierung der Finanzausgleichsmasse für das Jahr 2020 um rund 400 Millionen Euro vermieden, die in nicht-stabilisierten Steuerverbundsystemen aufgrund der Corona-Pandemie bedingten stark verminderten Landessteuereinahmen hinzunehmen gewesen wäre.

Aus der amtlichen Statistik

Analyse beleuchtet Wirtschaftsentwicklung im Corona-Jahr 2020

Titelfoto: © littlewolf1989 – stock.adobe.com

„Die rheinland-pfälzische Wirtschaft wurde durch die Corona-Pandemie und die Schutzmaßnahmen zu ihrer Eindämmung hart getroffen", bilanzierte Marcel Hürter, Präsident des Statistischen Landesamtes, die Wirtschaftsentwicklung anlässlich der Vorstellung des Wirtschaftsberichts für das Corona-Jahr 2020. Das Bruttoinlandsprodukt sank nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" preisbereinigt um 4,5 Prozent (Deutschland: –4,9 Prozent). Das ist ein schwerer Einbruch, der aber geringer ausfiel als in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 (–5 Prozent). „Im Vergleich mit den anderen Bundesländern liegt Rheinland-Pfalz im Mittelfeld", erläuterte Marcel Hürter das Ergebnis. In jeweiligen Preisen verringerte sich die Wertschöpfung um 4,5 Milliarden auf 141,9 Milliarden Euro (–3,0 Prozent).

Vor allem das Verarbeitende Gewerbe hat 2020 spürbar unter der Pandemie und ihren Auswirkungen gelitten. Die Bruttowertschöpfung der Industrie sank preisbereinigt um fast elf Prozent (Deutschland: –10 Prozent). Von den 24 Industriebranchen mussten 22 zum Teil erhebliche Einbußen bei ihrer Wirtschaftsleistung hinnehmen. Durch den kräftigen Rückgang sank der Anteil der Industrie an der gesamten Bruttowertschöpfung auf 22 Prozent; das ist ein historisch niedriger Wert. Vor fünf Jahren lag der Industrieanteil noch bei 27 Prozent, und Anfang der 90er-Jahre hatte er noch bei 32 Prozent gelegen.

Auch die Dienstleistungsbereiche verbuchten durch die Pandemie einen beträchtlichen Rückgang ihrer Wertschöpfung. „Mit –4 Prozent war die Einbuße so hoch wie noch nie in den 30 Jahren, für die es vergleichbare Ergebnisse gibt. Sie fiel aber wesentlich schwächer aus als im Verarbeitenden Gewerbe", stellte Marcel Hürter fest. In Deutschland sank die Bruttowertschöpfung der Dienstleistungsbereiche noch etwas stärker (–4,3 Prozent). Die Dienstleistungen trugen 2020 zwei Drittel zur gesamten Wertschöpfung in Rheinland-Pfalz bei (Deutschland: 70 Prozent).

Das Baugewerbe kam gut durch die Krise; die Bautätigkeit wurde durch Corona nur wenig beeinträchtigt. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung im Baugewerbe wuchs sogar kräftig, und zwar preisbereinigt um 5,5 Prozent (Deutschland: +2,8 Prozent).

Der Außenhandel ist für die rheinland-pfälzische Wirtschaft von großer Bedeutung. Die Industrie erzielt mehr als die Hälfte ihrer Umsätze im Ausland. Der Wert der ausgeführten Waren ging 2020 infolge der Corona-Pandemie stark zurück. Besonders betroffen waren die Exporte von Investitions- und Vorleistungsgütern. Da sich das Coronavirus innerhalb kurzer Zeit weltweit ausbreitete, wurde der Warenaustausch mit der Mehrzahl der Handelspartner in Mitleidenschaft gezogen. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Ausfuhren in die europäischen Länder besonders kräftig gesunken (–10 Prozent; Deutschland: –8,8 Prozent). Die Einbußen bei den Ausfuhren nach Asien und nach Amerika waren geringer. Die Exporte in neun der zehn wichtigsten Abnehmerländer waren rückläufig; nur die Lieferungen in die Volksrepublik China stiegen kräftig (+13,5 Prozent). Dadurch machte das Land in der Rangliste der Handelspartner mit einer Verbesserung vom neunten auf den vierten Platz einen großen Sprung nach vorne. Wachstumstreiber bei den Exporten nach China waren Pharmazeutische Erzeugnisse, Nahrungs- und Futtermittel sowie Maschinen.

Das Preisniveau stieg 2020 nur leicht. Im Jahresdurchschnitt war der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz um 0,6 Prozent höher als 2019. Lag die Teuerungsrate am Anfang des Jahres noch knapp unter der für die Geldpolitik bedeutsamen Zwei-Prozent-Marke, ließ der Preisdruck im Jahresverlauf deutlich nach. Begünstigt durch die temporäre Senkung der Mehrwertsteuer waren die Verbraucherpreise in der zweiten Jahreshälfte sogar etwas niedriger als in den jeweiligen Vorjahresmonaten.

In der Corona-Pandemie endete der langjährige Aufwärtstrend am Arbeitsmarkt. Die Zahl der Erwerbstätigen ging erstmals seit 2009 zurück. Sie sank um 1,4 Prozent auf 2,02 Millionen Personen (Deutschland: –1,1 Prozent). Der schon länger anhaltende Trend sinkender Selbstständigenzahlen hat sich in der Corona-Krise verschärft (–4,2 Prozent; Deutschland: –3,7 Prozent). Die rückläufige Zahl der Erwerbstätigen ist vor allem auf die geringfügige Beschäftigung zurückzuführen. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit sank die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nur wenig (–0,5 Prozent), während die Zahl der geringfügig Beschäftigten um 6,8 Prozent abnahm.

Stabilisiert wurde die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung durch den massiven Einsatz von Kurzarbeit. Im Jahresdurchschnitt befanden sich nach Angaben der Arbeitsagentur 100 900 Personen aus konjunkturellen Gründen in Kurzarbeit. Als Folge des ersten Lockdowns wurde im April konjunkturelle Kurzarbeit für mehr als 218 000 Beschäftigte realisiert. Vor allem die starke Inanspruchnahme von Kurzarbeit trug dazu bei, dass das Arbeitsvolumen deutlich sank. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden verringerte sich 2020 um 129 Millionen auf 2,64 Milliarden (–4,6 Prozent; Deutschland: –4,7 Prozent). Dadurch sanken die geleisteten Arbeitsstunden pro Erwerbstätigen um 45 Stunden auf nur noch 1 307 (–3,3 Prozent; Deutschland: –3,7 Prozent).

Trotzdem stieg im Corona-Jahr auch die Arbeitslosigkeit. Im Jahresdurchschnitt waren nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit rund 117 900 Personen arbeitslos gemeldet – die höchste Zahl seit 2010. Gegenüber dem Vorjahr kam es zu einem starken Anstieg um 20 200 Arbeitslose bzw. 21 Prozent (Deutschland: +19 Prozent). Die Arbeitslosenquote nahm um 0,9 Prozentpunkte auf 5,2 Prozent zu. Sie liegt aber weiterhin deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 5,9 Prozent. Im Ländervergleich weisen bereits seit 2003 nur Bayern und Baden-Württemberg niedrigere Arbeitslosenquoten auf.

Die Nachfrage nach Arbeit sank 2020 spürbar. Der Bundesagentur für Arbeit wurden 31 000 offene Arbeitsstellen gemeldet. Das sind 8 500 Stellen bzw. 22 Prozent weniger als im Vorjahr (Deutschland: –21 Prozent).

Info

Diese und weitere interessante Informationen zum rheinland-pfälzischen Wirtschaftsjahr 2020 finden Sie in der Statistischen Analyse „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2020“. Die Veröffentlichung steht im Internet zum kostenfreien Download zur Verfügung: www.statistik.rlp.de/de/publikationen/analysen/die-wirtschaft-in-rheinland-pfalz

In dieser Ausgabe und in den folgenden Ausgaben des Statistischen Monatsheftes werden die Ergebnisse aus der Analyse vorgestellt.

Konjunktur in Rheinland-Pfalz im vierten Quartal 2020

Wirtschaftsleistung im vierten Quartal sinkt leicht

SDie Wirtschaftsleistung in Rheinland-Pfalz nahm im Schlussquartal 2020 ab. Gegenüber dem Vorquartal schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,6 Prozent. Das zeigen indikatorgestützte Berechnungen des Statistischen Landesamtes in Bad Ems. Trotz der kräftigen Erholung im dritten Quartal bleibt das Bruttoinlandsprodukt am Jahresende deutlich unter dem Vorkrisenniveau (–3,4 Prozent gegenüber dem vierten Quartal 2019).

Die bereinigte Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes nahm im Schlussquartal gegenüber dem Vorquartal preis-, kalender- und saisonbereinigt um 0,5 Prozent ab. Im Vergleich mit dem vierten Quartal 2019 beläuft sich das Minus auf elf Prozent. Ursache für diesen enormen Rückstand ist der kräftige Einbruch der industriellen Wertschöpfung im zweiten Quartal (–10 Prozent), der auch durch die starke Erholung im dritten Quartal (+3,2 Prozent) bei weitem nicht aufgeholt werden konnte.

Die Bruttowertschöpfung in den Dienstleistungsbereichen verringerte sich preis-, kalender- und saisonbereinigt um 1,3 Prozent. Auch in den Dienstleistungsbereichen konnte der pandemiebedingte Einbruch des zweiten Quartals (–7,8 Prozent) trotz des kräftigten Wachstums im dritten Quartal (+7,5 Prozent) nicht aufgeholt werden. Der Rückstand gegenüber dem vierten Quartal 2019 beläuft sich auf drei Prozent.

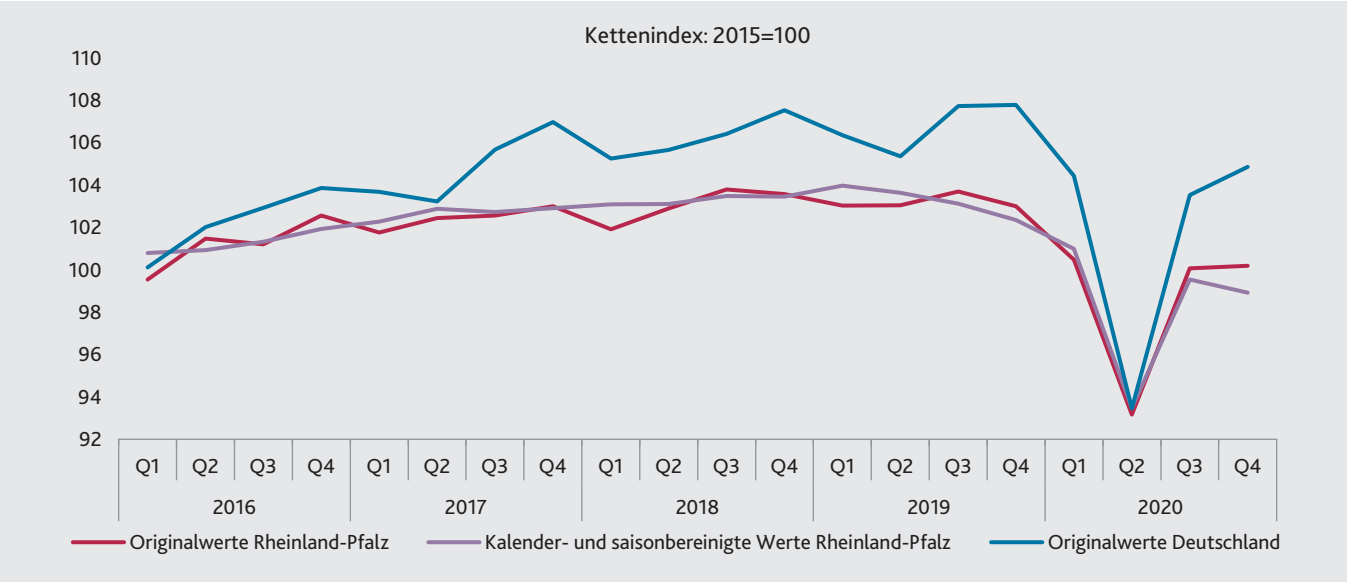
Am besten kam bisher das Baugewerbe durch die Krise; es legte auch im vierten Quartal zu. Die bereinigte Bruttowertschöpfung stieg verglichen mit dem Vorquartal bereinigt um 0,9 Prozent. Lediglich die Wachstumsdynamik ließ im Verlauf des Jahres etwas nach.

Konjunkturberichterstattung

Kern der Konjunkturberichterstattung ist die Quartalswachstumsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts, die mit einem statistischen Verfahren indikatorgestützt geschätzt und anschließend kalender- und saisonbereinigt wird. Jahresergebnisse zum Bruttoinlandsprodukt werden vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" berechnet. Die Quartalsergebnisse zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Rheinland-Pfalz beruhen auf einer ökonometrischen Schätzung, bei der die vom Arbeitskreis ermittelten Jahresergebnisse mithilfe von quartalsweise vorliegenden Indikatoren aus den Unternehmensstatistiken (z. B. Umsätze und Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen) auf die Quartale verteilt werden.

Eine detaillierte Betrachtung der konjunkturellen Lage und Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen (Industrie, Baugewerbe, Handel und ausgewählte sonstige Dienstleistungsbereiche) enthält der Bericht „Konjunktur aktuell". Der Bericht wird vierteljährlich aktualisiert und kann unter www.statistik.rlp.de/konjunktur-aktuell/konjunkturanalyse/ kostenfrei als PDF heruntergeladen werden.

Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt, verkettet) in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2016–2020 nach Quartalen



Daten zur Konjunktur

Indikator	Q2 2020	Q3 2020	Q4 2020	Q2 2020	Q3 2020	Q4 2020
	Veränderung zum **Vorquartal** in %			Veränderung zum **Vorjahresquartal** in %		
Saison- und kalenderbereinigte Werte						
Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt)	-7,4 ↓	6,5 ↑	-0,6 ↘	-9,8 ↓	-3,5 ↓	-3,4 ↓
Erwerbstätige	-1,1 ↘	-0,3 ↘	-0,2 ↘	-1,7 ↘	-1,9 ↘	-1,9 ↘
Originalwerte						
Arbeitsmarkt[1,2]						
Arbeitslose	23,2 ↑	-3,1 ↓	-5,4 ↓	31,5 ↑	28,3 ↑	20,2 ↑
Gemeldete Stellen	-19,5 ↓	8,4 ↑	1,0 ↗	-31,8 ↓	-25,1 ↓	-14,9 ↓
Verbraucherpreisindex[2]						
Insgesamt	0,9	-0,8	-0,3	1,0	-0,1	-0,3
ohne Nahrungsmittel und Energie[3]	1,2	-0,5	-0,5	1,3	0,5	0,2
Betriebe und Unternehmen						
Betriebsgründungen	-23,4 ↓	14,9 ↑	-3,0 ↓	-12,2 ↓	-7,3 ↓	-10,5 ↓
Betriebsaufgaben	-38,4 ↓	5,0 ↑	21,8 ↑	-13,9 ↓	-12,6 ↓	-7,0 ↓
Unternehmensinsolvenzen	-1,7 ↘	-17,0 ↓	-17,1 ↓	2,3 ↑	-19,8 ↓	-22,9 ↓
Außenhandel[4]						
Ausfuhr	-17,9 ↓	12,3 ↑	3,4 ↑	-18,8 ↓	-9,5 ↓	0,7 ↗
Einfuhr	-15,9 ↓	6,6 ↑	6,6 ↑	-19,8 ↓	-12,4 ↓	1,7 ↗
Gästeübernachtungen[5]	-23,1 ↓	214,9 ↑	-61,9 ↓	-65,7 ↓	-10,6 ↓	-49,5 ↓
Saison- und kalenderbereinigte Werte						
Auftragseingänge (preisbereinigt)						
Verarbeitendes Gewerbe	-19,6 ↓	23,9 ↑	2,8 ↑	-26,2 ↓	-4,5 ↓	-0,1 ↘
Inland	-18,7 ↓	22,7 ↑	3,0 ↑	-25,1 ↓	-5,3 ↓	0,1 ↗
Ausland	-20,4 ↓	25,0 ↑	2,6 ↑	-27,0 ↓	-4,0 ↓	-0,1 ↘
Chemische Industrie	-25,4 ↓	32,2 ↑	4,2 ↑	-27,0 ↓	-3,2 ↓	1,6 ↗
Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie	-18,7 ↓	29,9 ↑	-0,2 ↘	-34,9 ↓	-2,7 ↓	0,5 ↗
Maschinenbau	-9,3 ↓	14,4 ↑	4,7 ↑	-23,0 ↓	-6,6 ↓	4,2 ↑
Bauhauptgewerbe[6]	-3,8 ↓	25,7 ↑	-3,5 ↓	-10,7 ↓	28,6 ↑	20,0 ↑
Produktionsindex (preisbereinigt)						
Verarbeitendes Gewerbe	-15,9 ↓	13,5 ↑	1,3 ↗	-21,1 ↓	-7,9 ↓	-3,5 ↓
Chemische Industrie	-6,8 ↓	4,6 ↑	6,9 ↑	-13,4 ↓	-5,7 ↓	5,3 ↑
Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie	-42,2 ↓	62,5 ↑	5,1 ↑	-54,3 ↓	-22,5 ↓	-1,5 ↘
Maschinenbau	-23,4 ↓	27,8 ↑	-1,7 ↘	-30,0 ↓	-8,3 ↓	-6,8 ↓
Umsatz (nominal)						
Bauhauptgewerbe	-1,2 ↘	1,3 ↗	0,5 ↗	5,1 ↑	4,0 ↑	4,3 ↑
Ausbaugewerbe	.	.	.	.	.	.
Sonstige Dienstleistungsbereiche[4]	-2,6 ↓	-1,2 ↘	2,3 ↑	-3,8 ↓	-4,9 ↓	-2,3 ↓
Umsatz (preisbereinigt)[4]						
Großhandel	0,1 ↗	-1,5 ↘	1,3 ↗	0,9 ↗	-2,0 ↓	-1,5 ↘
Einzelhandel	1,3 ↗	1,9 ↗	1,4 ↗	3,8 ↑	5,4 ↑	5,6 ↑
Kfz-Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	-26,2 ↓	39,8 ↑	-1,1 ↘	-25,8 ↓	3,4 ↑	1,9 ↗

1 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. – 2 Veränderung am Quartalsende. – 3 Die Veränderung dieses Index wird auch als Kerninflation bezeichnet. – 4 Vorläufige Ergebnisse. – 5 Einschließlich Privatquartiere, ohne Camping. – 6 Nominale Auftragseingänge.

Die Veränderung beträgt 2% und mehr (↑), zwischen 0 und 2% (↗), zwischen –2 und 0% (↘), –2% und mehr (↓) oder 0 (→).
Stand der Daten: April 2021

Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im März 2021

Der Verbraucherpreisindex lag im März 2021 um 1,8 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Dies ist der höchste Wert seit Februar 2020.

Die Energiepreise waren sechs Prozent höher als ein Jahr zuvor. Insbesondere Mineralölprodukte wurden deutlich teurer (+16 Prozent): Für Kraftstoffe mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher Preissteigerungen von 14 Prozent hinnehmen. Gas (einschließlich Umlage) und Strom verteuerten sich binnen Jahresfrist um 3,3 bzw. 0,8 Prozent. Preissenkungen gab es dagegen bei Fernwärme (–2,5 Prozent).

Die Preise für Nahrungsmittel stiegen um durchschnittlich 2,1 Prozent an. Dazu trugen insbesondere Speisefette und Speiseöle bei. Die Preise von Gemüse sanken unter das Niveau des Vorjahres (–0,7 Prozent).

Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die auch als Kerninflationsrate bezeichnet wird, lag im März wie im Februar 2021 bei +1,2 Prozent. Acht der zwölf Abteilungen verzeichneten Preissteigerungen. Die stärksten Zuwächse waren im Bereich „Verkehr" zu beobachten (+5,2 Prozent). Den stärksten Rückgang gab es bei Bekleidung und Schuhen (–2 Prozent).

Gegenüber dem Vormonat Februar stieg der Verbraucherpreisindex um 0,5 Prozent. Vor allem für Bekleidung und Schuhe sowie im Bereich „Verkehr" mussten die Konsumentinnen und Konsumenten tiefer in die Tasche greifen (jeweils +1,5 Prozent). Preisrückgänge gab es in der Abteilung „Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör" (–0,5 Prozent).

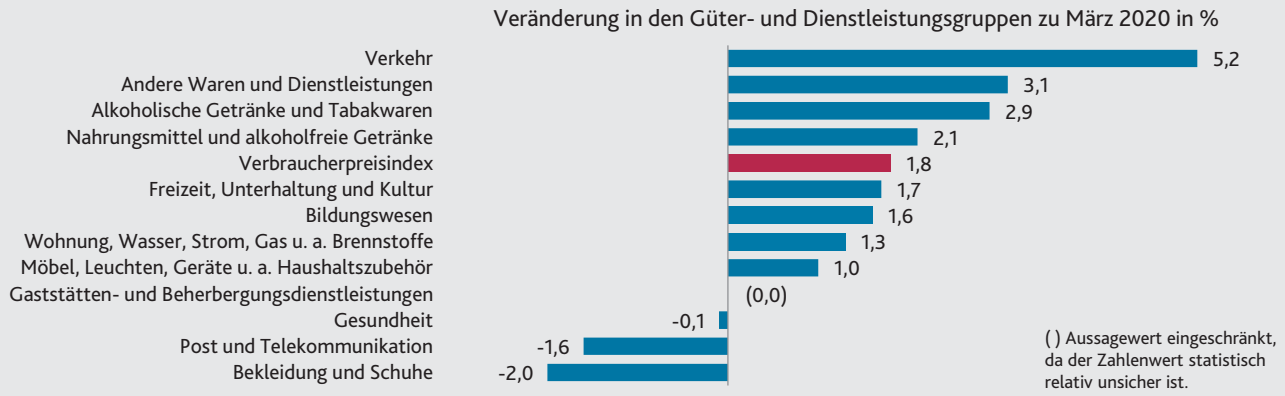
Auch im März 2021 kam es bei der Erhebung der Verbraucherpreise vermehrt zu Einschränkungen aufgrund der Corona-Krise und den damit zusammenhängenden Maßnahmen. In Einzelbereichen müssen daher Einschränkungen in der Aussagefähigkeit in Kauf genommen werden.

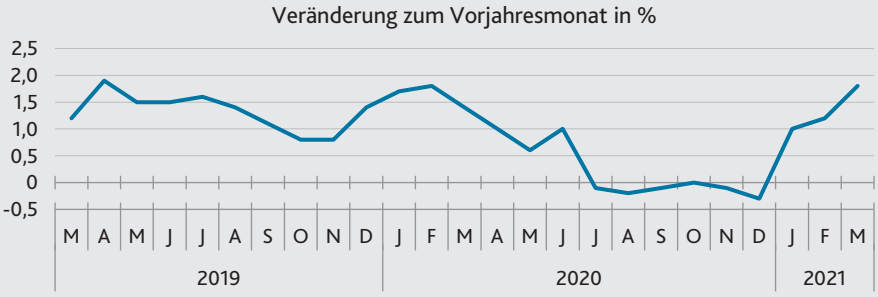
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 18 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) rund 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von 600 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im März 2021





März 2021

- Verbraucherpreisindex: +1,8%
- Ausgewählte Preisentwicklungen:

Schokolade: +10,5%

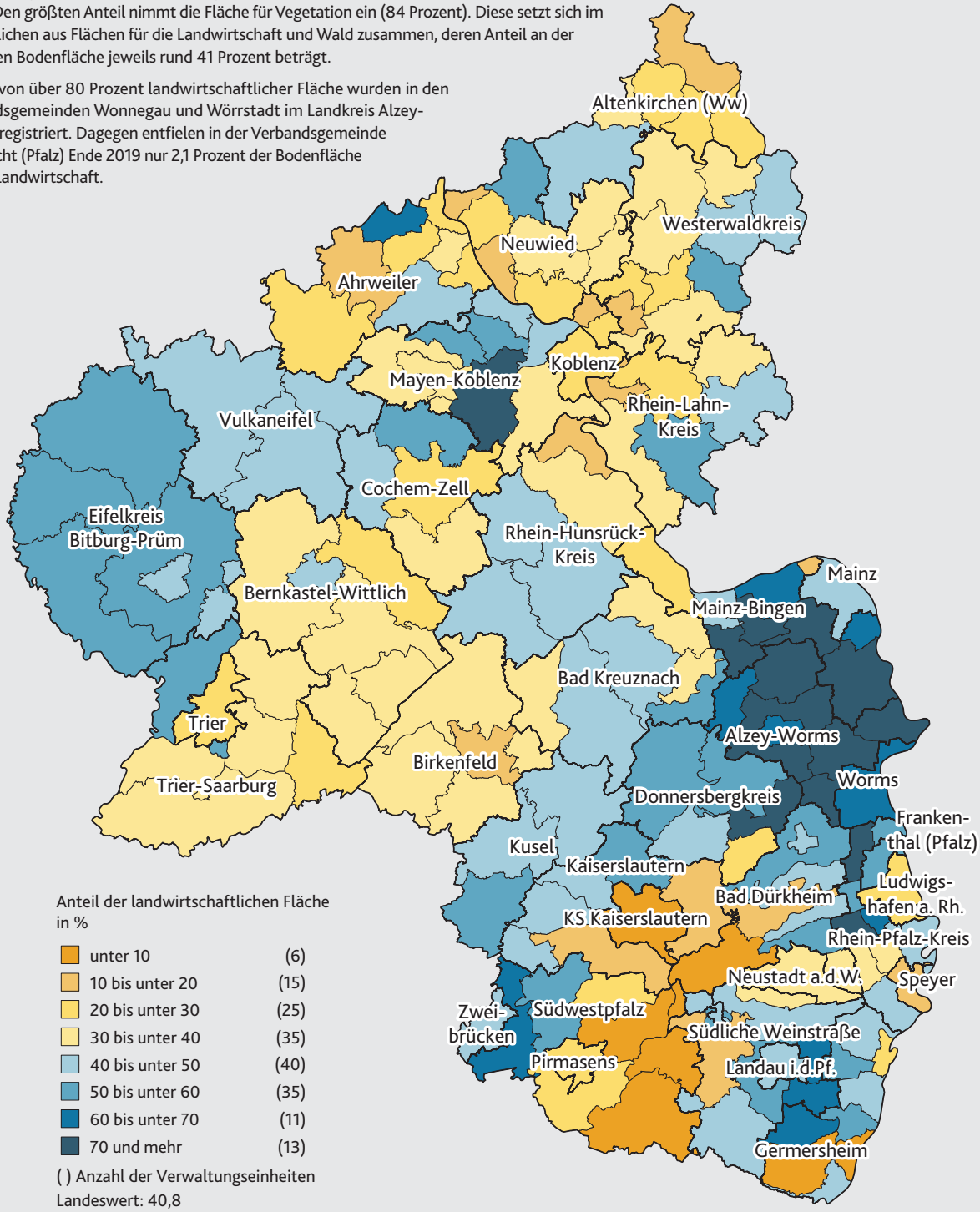
Tomaten: -12,8%

Landwirtschaftliche Fläche 2019

41 Prozent der Bodenfläche entfallen auf die Landwirtschaft

Zum Stichtag 31. Dezember 2019 betrug die Gesamtfläche von Rheinland-Pfalz rund 19 858 Quadratmeter. Den größten Anteil nimmt die Fläche für Vegetation ein (84 Prozent). Diese setzt sich im Wesentlichen aus Flächen für die Landwirtschaft und Wald zusammen, deren Anteil an der gesamten Bodenfläche jeweils rund 41 Prozent beträgt.

Anteile von über 80 Prozent landwirtschaftlicher Fläche wurden in den Verbandsgemeinden Wonnegau und Wörrstadt im Landkreis Alzey-Worms registriert. Dagegen entfielen in der Verbandsgemeinde Lambrecht (Pfalz) Ende 2019 nur 2,1 Prozent der Bodenfläche auf die Landwirtschaft.



Anteil der landwirtschaftlichen Fläche in %

unter 10	(6)
10 bis unter 20	(15)
20 bis unter 30	(25)
30 bis unter 40	(35)
40 bis unter 50	(40)
50 bis unter 60	(35)
60 bis unter 70	(11)
70 und mehr	(13)

( ) Anzahl der Verwaltungseinheiten
Landeswert: 40,8

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2020

Verbraucherpreisindex im Jahresdurchschnitt bei +0,6 Prozent

Von Diane Dammers

Dieser Aufsatz zur Entwicklung der Verbraucherpreise bildet den Auftakt zu einer Reihe von Beiträgen, die über die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz im Corona-Jahr 2020 berichten. Das Preisniveau erhöhte sich 2020 nur leicht. Im Jahresdurchschnitt war der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz, der als Indikator für die gesamtwirtschaftliche Preisentwicklung verwendet wird, um 0,6 Prozent höher als 2019. Lag die Teuerungsrate am Anfang des Jahres noch knapp unter der für die Geldpolitik bedeutsamen Zwei-Prozent-Marke, ließ der Preisdruck im Jahresverlauf deutlich nach. Begünstigt durch die temporäre Senkung der Mehrwertsteuer waren die Verbraucherpreise in der zweiten Jahreshälfte sogar etwas niedriger als in den jeweiligen Vorjahresmonaten.

Teuerung lässt im Jahresverlauf deutlich nach

Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz: +0,6 Prozent

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex lag 2020 im Jahresdurchschnitt um 0,6 Prozent über dem Niveau des Vorjahres (Deutschland: +0,5 Prozent). Damit war die Teuerung deutlich schwächer als im langjährigen Durchschnitt – seit Einführung des Euro-Bargeldes am 1. Januar 2002 erhöhten sich die Verbraucherpreise jährlich im Schnitt um 1,3 Prozent. Gleichzeitig blieb die Teuerungsrate zum achten Mal in Folge unter der für die Geldpolitik wichtigen Zwei-Prozent-Marke. Im Vorjahr waren die Preise um 1,3 Prozent gestiegen; eine niedrigere Inflationsrate als 2020 wurde zuletzt 2016 registriert.

Zu Beginn des Jahres gab es noch moderate Preissteigerungen: Im Januar 2020 war das Preisniveau 1,7 Prozent höher als ein Jahr zuvor, und im Februar erreichte die Inflationsrate mit +1,8 Prozent ihren höchsten Stand im Jahresverlauf. In den Folgemonaten ließ die Teuerung deutlich nach. Im Mai lagen die Preise nur noch um 0,6 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Nach +1 Prozent im Juni wurde die Teuerungsrate im Juli das erste Mal negativ (–0,1 Prozent). Auch in den Monaten August, September, November und Dezember war das Preisniveau etwas niedriger als in den jeweiligen Vorjahresmonaten. Der markante Rückgang der Teuerungsrate in der Jahresmitte hängt mit der temporären Absenkung der Mehrwertsteuersätze ab dem 1. Juli 2020 zusammen (siehe Textkasten „Mehrwertsteuersenkung"). Genau beziffern lässt sich der Effekt der Mehrwertsteuersenkung jedoch nicht, da zugleich zahlreiche andere Faktoren die Preisentwicklung beeinflussten.

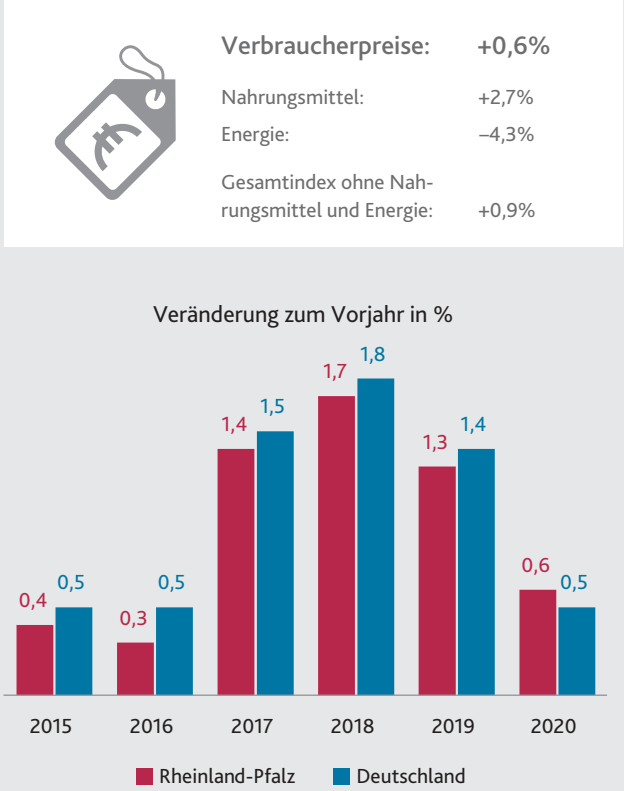
Höchste Teuerungsrate im Februar

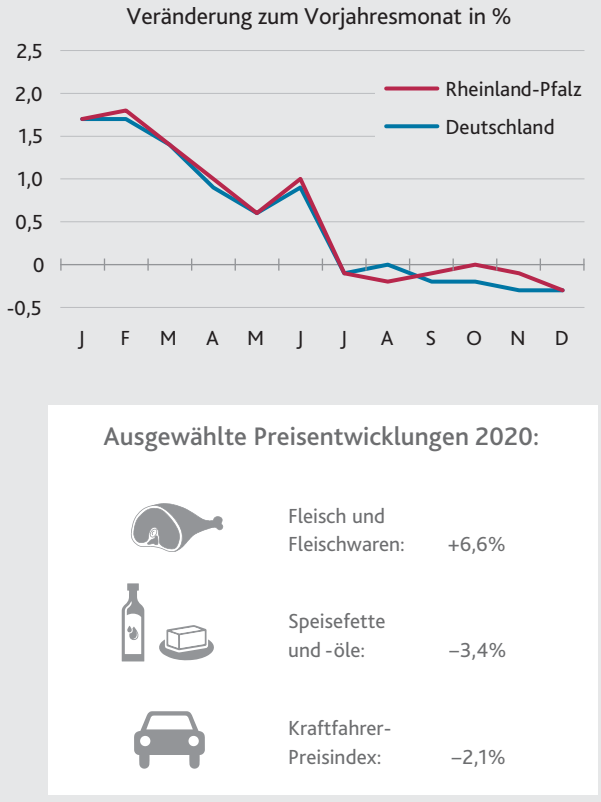
Energiepreise dämpfen Teuerung

Unter anderem hatte die Entwicklung der Energiepreise merkliche Auswirkungen auf den Verbraucherpreisindex. Von März bis Mai gingen die Energiepreise deutlich zurück und wirkten dämpfend auf die Teuerung. Im Mai kostete Energie 8,6 Prozent weniger als im Vorjahresmonat, da vor allem Mineralölprodukte wesentlich günstiger waren als ein Jahr zuvor (–25 Prozent). Darin schlägt sich zeitlich versetzt der Preisverfall bei Rohöl nieder, der Anfang 2020 einsetzte. Außerdem kommt beim Vergleich mit dem Monat

Preise für Mineralölprodukte sinken stark

G1 Verbraucherpreise 2020





Mehrwertsteuersenkung hat Auswirkungen auf die Entwicklung der Verbraucherpreise

Im Rahmen des vom Bundeskabinett am 12. Juni 2020 beschlossenen Konjunkturpakets wurde vom 1. Juli bis 31. Dezember 2020 der reguläre Mehrwertsteuersatz von 19 auf 16 Prozent sowie der ermäßigte Steuersatz von sieben auf fünf Prozent gesenkt. Die Unternehmen waren nicht verpflichtet, die Steuersenkung über einen entsprechenden Preisnachlass an die Verbraucherinnen und Verbraucher weiterzugeben. Nach einer Modellrechnung des Statistischen Bundesamtes wären die Verbraucherpreise unter der Annahme, dass die Unternehmen die Mehrwertsteuersenkung vollständig weitergeben, durch die Steuersenkung 1,6 Prozent niedriger gewesen als ohne Steuersenkung. Die tatsächlichen Auswirkungen auf die Verbraucherpreise lassen sich jedoch nicht genau abschätzen, da davon auszugehen ist, dass die Steuersenkung nicht immer an die Kundinnen und Kunden weitergegeben wurde und die Preisentwicklung gleichzeitig auch von vielen anderen Faktoren beeinflusst wird.

Mai 2019 ein statistischer Basiseffekt zum Tragen, da die Energiepreise im Jahresverlauf 2019 im Mai ihren höchsten Stand erreichten. Im Jahresdurchschnitt mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher für Energie 4,3 Prozent weniger bezahlen als im Vorjahr; Mineralölprodukte waren 13 Prozent billiger.

Nahrungsmittelpreise steigen im Frühjahr 2020 kräftig

Während die Corona-Pandemie durch den starken Einbruch der Wirtschaftsleistung und die verringerte Mobilität der Menschen tendenziell dämpfend auf die Energiepreise gewirkt haben dürfte, sind die Nahrungsmittelpreise vor allem während des ersten Lockdowns im Frühjahr kräftig gestiegen. Waren Nahrungsmittel im Januar noch um 1,5 Prozent teurer als ein Jahr zuvor, lagen die Preise im März um 3,3 Prozent und im April um 6,3 Prozent über dem Niveau des jeweiligen Vorjahresmonats. Bei der Interpretation ist allerdings zu beachten, dass die Preiserhebung im Lockdown nur eingeschränkt möglich war und die Zahlen daher weniger belastbar sind als üblich (siehe Textkasten „Preiserhebung in der Corona-Krise"). Allerdings waren die Nahrungsmittelpreise auch nach dem Ende des ersten Lockdowns im Juni deutlich höher als ein Jahr zuvor (+4,6 Prozent). Dabei könnte die Pandemie sowohl angebots- als auch nachfrageseitig Einfluss auf die Preisentwicklung genommen haben, z. B. durch Lieferengpässe infolge von Produktionsunterbrechungen oder ein geändertes Konsumverhalten. Die Preissteigerungen bei Gemüse im Frühjahr könnten unter anderem mit Verzögerungen bei der Ernte in den südeuropäischen Ländern zusammenhängen, die besonders stark von der Pandemie betroffen waren. Außerdem trugen die „Hamsterkäufe" vor und während des ersten Lockdowns sowie die geringere Nutzung gastronomischer Angebote zu einem Anstieg der Nachfrage im Einzelhandel mit Lebensmitteln bei und könnten damit tendenziell preistreibend gewirkt haben. Im zweiten Halbjahr ließ der Preisdruck bei Nahrungsmitteln begünstigt durch die Mehrwertsteuersenkung nach; im Juli lagen die Preise um 1,9 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Im Jahresdurchschnitt mussten Verbraucherinnen und Verbraucher für Nahrungsmittel 2,7 Prozent mehr bezahlen als 2019.

Preiserhebung in der Corona-Krise eingeschränkt – neue Herausforderungen in der Erhebungspraxis

Die Corona-Pandemie stellte die Verbraucherpreisstatistik vor neue Herausforderungen. Üblicherweise werden viele Einzelpreise, die in den Verbraucherpreisindex einfließen, vor Ort in den Geschäften erhoben. Während die Preisermittlung im März noch ohne größere Einschränkungen erfolgte, war das Erhebungsgeschäft besonders im April und Mai sowie im November und Dezember durch eingeschränkten Zugang zu Ladenlokalen, Angebotseinschränkungen oder Geschäftsschließungen stark beeinträchtigt.

Zwar gelang es zum Teil, die Lücken in den Preisreihen durch den kurzfristigen Umstieg auf alternative Erhebungsmethoden (z. B. Internetrecherchen, Web Scraping, Auswertung von Scannerdaten) zu schließen, vielfach musste die Preisentwicklung jedoch mittels unterschiedlicher Imputationsverfahren geschätzt werden, wodurch die Aussagefähigkeit der Daten in einigen Teilbereichen des Verbraucherpreisindex in diesen Monaten eingeschränkt ist.[1]

1 Für detailliertere Informationen siehe Mai, C.-M./Kretzschmar, M.: Inflationsmessung in Zeiten der Corona-Pandemie. In: Wirtschaft und Statistik 4/2020, S. 107-121.

Kerninflationsrate im Jahresdurchschnitt bei +0,9 Prozent

Die Preise für Nahrungsmittel und Energie schwanken stark. Um längerfristige Trends bei der Preisentwicklung zu erkennen, wird daher die Veränderung des „Gesamtindex ohne Nahrungsmittel und Energie" betrachtet, die auch als Kerninflation bezeichnet wird. Im Jahresdurchschnitt lag die Kerninflationsrate bei +0,9 Prozent (Deutschland: ebenfalls +0,9 Prozent). Sie war damit deutlich niedriger als zuletzt (2019: +1,6 Prozent). Ihren höchsten Stand im Jahresverlauf erreichte die Rate mit +1,6 Prozent im Februar 2020 und ging danach allmählich bis Juni auf +1,3 Prozent zurück. Mit der temporären Senkung der Mehrwertsteuer verringerte sich auch die Kerninflationsrate im Juli deutlich auf nur noch +0,5 Prozent. Bis zum Jahresende schwankte sie zwischen +0,2 und +0,6 Prozent.

Preise für Nahrungs- und Genussmittel ziehen kräftig an

In neun der zwölf Abteilungen des Verbraucherpreisindex stieg 2020 das Preisniveau.

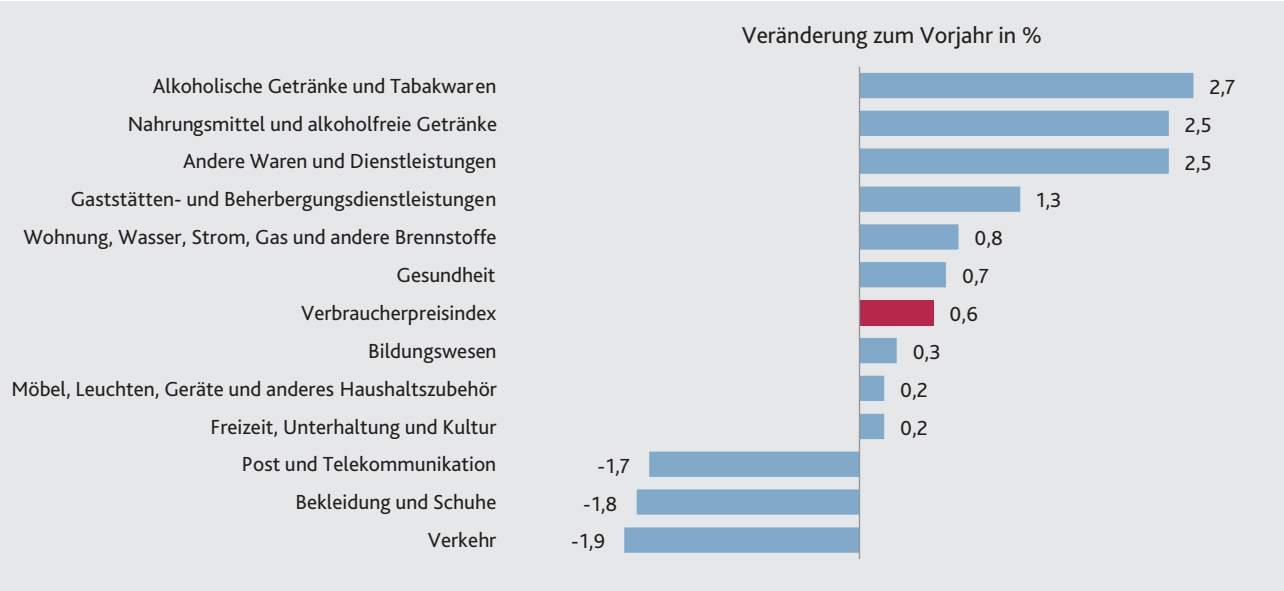
Alkoholische Getränke und Tabakwaren: +2,7 Prozent

Überdurchschnittlich verteuerte sich der Konsum von Nahrungs- und Genussmitteln. In der Abteilung „Alkoholische Getränke und Tabakwaren" war die Teuerung mit +2,7 Prozent am stärksten, was ausschließlich auf Preissteigerungen bei Tabakwaren zurückzuführen ist. Im Jahresdurchschnitt wurden Zigaretten, Zigarren und Zigarillos sowie Tabak um 4,9 Prozent teurer. Auch im zweiten Halbjahr ließ der Preisdruck nicht nach, da diese Produkte von der temporären Mehrwertsteuersenkung ausgenommen waren. Die Preise für Spirituosen blieben im Jahresdurchschnitt unverändert, und für Bier und Wein mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher etwas weniger bezahlen als 2019.

Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke: +2,5 Prozent

In der Abteilung „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke" stiegen die Preise um 2,5 Prozent. Besonders stark verteuerten sich Fleisch und Fleischwaren (+6,6 Prozent). Vor allem die Preise für Schweinefleisch erhöhten sich spürbar (+8,9 Prozent). Hier setzte sich ein Trend fort, der sich schon

G2 Verbraucherpreise 2020 nach Waren- und Dienstleistungsgruppen



Hohe Preissteigerungen bei Fleisch und Fleischwaren sowie Obst

2019 und somit vor der Corona-Pandemie abzeichnete. Ein Auslöser könnte die massiv gestiegene Nachfrage aus China gewesen sein, die bis zum Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest in Deutschland im September 2020 anhielt. Danach verbot China den Import von Schweinefleisch aus Deutschland. Für Obst mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher ebenfalls wesentlich tiefer in die Tasche greifen als im Jahr zuvor (+6,4 Prozent). Dabei fielen insbesondere die starken Preissteigerungen bei Äpfeln ins Gewicht (+14 Prozent), die mit einer durch Frühjahrsfrost geringeren Apfelernte zusammenhängen könnten. Speisefette und -öle wurden hingegen günstiger angeboten als 2019 (–3,4 Prozent), z. B. sanken die Butterpreise um 6,1 Prozent.

Andere Waren und Dienstleistungen: +2,5 Prozent

Die Preise für „Andere Waren und Dienstleistungen“ stiegen im Jahresdurchschnitt um 2,5 Prozent. Zu diesem sehr heterogenen Bereich zählen unter anderem Körperpflege, Dienstleistungen sozialer Einrichtungen sowie Finanz- und Versicherungsdienstleistungen. Vor allem kräftige Preissteigerungen bei Dienstleistungen sozialer Einrichtungen schlugen hier zu Buche, aber auch die Preise für „Friseurleistungen und andere Dienstleistungen für Körperpflege“ zogen merklich an. Dazu könnten unter anderem die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns ab Januar 2020 und der Aufwand für Hygienemaßnahmen zur Vermeidung von Corona-Infektionen beigetragen haben.

Auswirkung der Preisentwicklung hängt auch von der Verbrauchsbedeutung ab

Wie sich die Preisentwicklung in einer Abteilung des Verbraucherpreisindex auf den Gesamtindex auswirkt, hängt neben der prozentualen Preisveränderung auch von ihrer Bedeutung für den Verbrauch ab. Aufgrund der höheren Verbrauchsbedeutung ist der Anteil der Abteilung „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ an der Gesamtteuerung mit +0,24 Prozentpunkten wesentlich größer als der Beitrag der Abteilung „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (+0,1 Prozentpunkte). Die Abteilung „Andere Waren und Dienstleistungen“ trug 0,19 Prozentpunkte zum Anstieg des Verbraucherpreisindex bei.

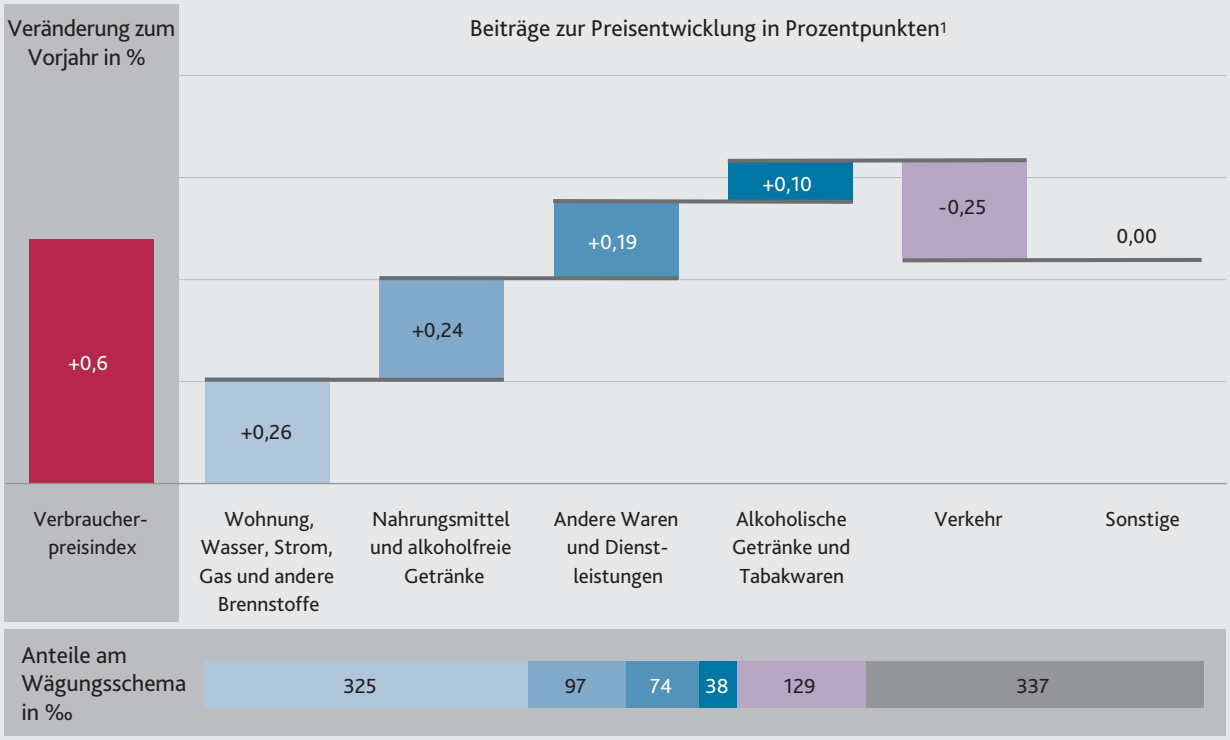
Waren und Dienstleistungen rund ums Wohnen: +0,8 Prozent

Am höchsten ist die Verbrauchsbedeutung der Abteilung „Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe“. Die Waren und Dienstleistungen rund ums Wohnen haben einen Anteil von fast einem Drittel am Warenkorb, der dem Verbraucherpreisindex zugrunde liegt. Daher hat die Abteilung mit +0,26 Prozentpunkten den größten Einfluss auf die Gesamtteuerung, obwohl die Preise in diesem Bereich nur um 0,8 Prozent stiegen. Die Wohnungsmiete wurde um 1,4 Prozent und die Instandhaltung und Reparatur der Wohnung um 1,6 Prozent teurer. Für Haushaltsenergie mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher hingegen 1,1 Prozent weniger bezahlen als im Vorjahr. Dieser Rückgang ist überwiegend auf die stark gesunkenen Preise für Heizöl (einschließlich Umlage) zurückzuführen (–21 Prozent). Feste Brennstoffe und Fernwärme wurden ebenfalls billiger (–3,7 bzw. –1,4 Prozent). Strom verteuerte sich hingegen merklich (+5,5 Prozent), wozu der Anstieg der Umlage für Strom aus erneuerbaren Energieträgern („EEG-Umlage“) am Jahresanfang beitrug. Die Gaspreise (einschließlich Umlage) legten um 1,8 Prozent zu.

Waren und Dienstleistungen rund um die Mobilität: –1,9 Prozent

In drei der zwölf Abteilungen des Verbraucherpreisindex sank das Preisniveau. Im Bereich „Verkehr“ waren die Preise um 1,9 Prozent niedriger als 2019. Damit wirkte die Preisentwicklung bei Waren und Dienstleistungen rund um die Mobilität dämpfend auf die Teuerung; ihr Inflationsbeitrag belief

G3 Beiträge ausgewählter Abteilungen des Verbraucherpreisindex zur Preisentwicklung 2020



1 Die Summe der Beiträge der Abteilungen zur Preisentwicklung weicht durch Rundung von der Gesamtentwicklung des Index ab.

sich auf –0,25 Prozentpunkte. Ein wesentlicher Grund dafür ist der kräftige Rückgang der Kraftstoffpreise, die im Jahresdurchschnitt um zehn Prozent nachgaben. Der Kraftfahrer-Preisindex, der die Preisentwicklung bei Kraftfahrzeugen sowie den für ihren Betrieb notwendigen Waren und Dienstleistungen zusammenfasst, sank um 2,1 Prozent. Darüber hinaus wurde die Personenbeförderung im Schienenverkehr deutlich günstiger (–12 Prozent). Dieser außergewöhnlich starke Rückgang ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass für Bahnfahrten im Fernverkehr seit Jahresanfang nicht mehr der reguläre, sondern der ermäßigte Mehrwertsteuersatz gilt. Nahverkehrs- und Verbundfahrkarten verteuerten sich hingegen.

Bekleidung und Schuhe wurden 2020 ebenfalls günstiger angeboten als im Vorjahr (–1,8 Prozent). Waren die Preise nach einem Minus zum Jahresauftakt in den Monaten Februar und März noch etwas höher als 2019, lagen sie in den Folgemonaten bis zum Jahresende stets unter dem Niveau des jeweiligen Vorjahresmonats. Der Einzelhandel mit Bekleidung und Schuhen war stark von den Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie betroffen. Die Geschäftsschließungen im ersten Lockdown erschwerten den Absatz der Frühjahrskollektion und der zweite Lockdown am Ende des Jahres verkürzte das Weihnachtsgeschäft. Auch im Sommer kam das Geschäft nicht wieder richtig in Schwung, was die Zahlen der Monatserhebung im Einzelhandel belegen. Die um Preisveränderungen bereinigten Umsätze mit Bekleidung und Schuhen waren auch in den Sommermonaten stets niedri-

Bekleidung und Schuhe: –1,8 Prozent

ger als im Vorjahreszeitraum. Der Nachfragerückgang, der in der Umsatzentwicklung zum Ausdruck kommt, könnte eine Ursache für die Preissenkungen in dieser Abteilung sein. Die Abteilung „Bekleidung und Schuhe" wirkte mit einem Inflationsbeitrag von –0,08 Prozentpunkten leicht dämpfend auf die Teuerung.

Post und Telekommunikation: –1,7 Prozent

Die Preise für Waren und Dienstleistungen aus der Abteilung „Post und Telekommunikation" sanken in den vergangenen Jahren kontinuierlich. Bereits seit 2004 lagen sie stets unter dem Niveau des jeweiligen Vorjahres. Mit –1,7 Prozent war der Rückgang 2020 etwas stärker als in den Jahren zuvor, was mit der Mehrwertsteuersenkung zusammenhängen dürfte. Waren die Preise in der ersten Jahreshälfte zwischen 0,1 und 0,5 Prozent niedriger als im jeweiligen Vorjahresmonat, beliefen sich die Preisnachlässe in den Folgemonaten auf –2,6 bis –3,4 Prozent. Besonders stark sanken die Preise für Telefone und andere Geräte der Telekommunikation (–6,3 Prozent), aber auch Dienstleistungen für die Telekommunikation wurden im Jahresdurchschnitt günstiger angeboten (–1,7 Prozent). Brief- und Paketdienstleistungen verteuerten sich hingegen um 3,4 Prozent, was auf die Anhebung des Briefportos ab Juli 2019 zurückzuführen ist. Insgesamt ging von der Preisentwicklung in der Abteilung „Post und Telekommunikation" ein leicht dämpfender Effekt auf die Teuerung aus, der sich auf –0,05 Prozentpunkte belief.

Starker Preisrückgang bei Telefonen und anderen Geräten der Telekommunikation

Diane Dammers, Diplom-Volkswirtin, Diplom-Kauffrau, leitet das Referat „Analysen Wirtschaft".

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2020

Diese und weitere interessante Informationen zum rheinland-pfälzischen Wirtschaftsjahr 2020 finden Sie in der Statistischen Analyse „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2020". Hier werden in ausführlichen textlichen Analysen die ökonomischen Entwicklungen des abgelaufenen Jahres und ihre möglichen Ursachen dargestellt. Umfangreiche Tabellen und Grafiken ergänzen den Vergleich zum vorangegangenen Wirtschaftsjahr und stellen zusätzlich auch längerfristige Entwicklungen dar.

In dieser Ausgabe und in den folgenden Ausgaben des Statistischen Monatsheftes werden weitere Ergebnisse aus der Analyse vorgestellt.

Titelfoto: © littlewolf1989 – stock.adobe.com

Kindertagesbetreuung 2020

Ausgewählte aktuelle und langfristige Entwicklungen in Rheinland-Pfalz

Von Markus Elz

Die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für die Kindertagesbetreuung sowie deren kontinuierliche Anpassung an die jeweiligen gesellschaftlichen Herausforderungen ist ein zentrales politisches Handlungsfeld mit erheblichen Auswirkungen auf andere gesellschaftliche Felder wie beispielsweise die Arbeitsmarkt- oder die Bildungspolitik. Die amtliche Statistik liefert mit den jährlichen Erhebungen über die Personen und Kinder in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege die erforderliche Entscheidungsgrundlage für die verantwortlichen Akteurinnen und Akteure. In diesem Beitrag werden anhand dieser Datenbasis ausgewählte aktuelle und langfristige Entwicklungen der Kindertagesbetreuung in Rheinland-Pfalz vorgestellt.

Ausbau der Kindertagesbetreuung als zentrales familienpolitisches Thema

Wichtiges politisches Handlungsfeld

Kindertagesstätten und Tagespflegepersonen spielen für die Bildung und Erziehung der Kinder eine große Rolle und sollen zudem ihren Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern. Der bedarfsgerechte und qualitative Ausbau des Angebots der Kindertagesbetreuung ist daher ein zentrales familienpolitisches Thema, dessen Ausgestaltung auch in andere gesellschaftliche Felder wie die Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik hineinwirkt und somit letztlich auch Einfluss auf Fragen der Gleichstellung sowie sozialen Teilhabe jeder bzw. jeden Einzelnen in der Gesellschaft hat.

Kontinuierliche Anpassung des Betreuungsangebots an familienpolitische Anforderungen ...

Um den wachsenden Anforderungen gerecht zu werden, wurde in den zurückliegenden Jahren insbesondere das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren sukzessive ausgebaut. Nachdem bereits seit 1996 ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt besteht, wurde dieser ab dem Jahr 2010 auf das vollendete zweite und schließlich ab August 2013 auf das vollendete erste Lebensjahr ausgedehnt.

... mit Auswirkungen auf Einrichtungen sowie Zahl und Ausgestaltung der Betreuungsverhältnisse

Die mit dem im Herbst 2019 verabschiedeten Kita-Zukunft-Gesetz eingeführte Beitragsfreiheit ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr zum 1. Januar 2020 könnte in den kommenden Jahren die Nachfrage nach Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren weiter stimulieren und somit auch zusätzliche Anforderungen an Personal und Ausstattung der Einrichtungen schaffen.

Statistiken zur Kindertagesbetreuung

Vor dem Jahr 2006 wurden im Bereich der Kindertagesbetreuung lediglich alle vier Jahre Angaben zu den genehmigten Plätzen sowie dem eingesetzten Personal in Kindertageseinrichtungen erhoben.

Nach dem aktuellen Konzept erfolgt eine Vollerhebung zum Stichtag 1. März (zwischen 2006 und 2009 Stichpunkt 15. März) sowohl bei allen Kindertageseinrichtungen als auch – zur Ermittlung von Informationen der öffentlich geförderten Kindertagespflege – bei den Jugendämtern des Landes. Rechtsgrundlage sind die §§ 98 – 103 des Sozialgesetzbuches Achtes Buch (SGB VIII), die den Rahmen der Erhebungen regeln.

Statistik der Kinder und tätigen Personen in Tageseinrichtungen

Die Erhebung bietet einen Überblick über das Angebot verschiedener Formen der Betreuung in Tageseinrichtungen für Kinder sowie die personellen Voraussetzungen für den bedarfsgerechten Ausbau dieses Angebots. Sie liefert somit die erforderlichen Grunddaten für die Planung von Tageseinrichtungen für Kinder auf örtlicher und überregionaler Ebene. Erfasst werden u. a. folgende Angaben:

Kindertageseinrichtungen

- Art und Rechtsform des Trägers
- Öffnungszeiten
- Anzahl der Gruppen und der genehmigten Plätze

Betreute Kinder

- Alter und Geschlecht
- Eintrittsdatum in die Tagesbetreuungseinrichtung
- Zeitlicher Umfang der Betreuung
- Mittagsverpflegung
- Migrationshintergrund und vorrangig gesprochene Sprache
- Bezug von Eingliederungshilfe und Bezugsgrund
- Schulbesuch

Pädagogisches und Verwaltungspersonal

- Alter und Geschlecht
- Stellung im Beruf
- Höchster Berufsausbildungsabschluss
- Arbeitsbereiche und Wochenstunden

Hauswirtschaftliches und technisches Personal

- Geschlecht
- Wochenstunden

Statistik der Kinder und tätigen Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege

Seit 2006 werden auch Angaben über nach § 23 SGB VIII öffentlich durch die Jugendämter geförderte Kindertagespflegeverhältnisse ermittelt. Rein privat organisierte Betreuungsverhältnisse werden nicht erfasst. Die Erhebung umfasst Angaben zu den betreuten Kindern und den betreuenden Tagespflegepersonen. Sie ergänzt die Statistik über Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen für eine umfassende Grundlage der örtlichen und überörtlichen Planung der Kindertagesbetreuung. Erfasst werden u. a. folgende Angaben:

Betreute Kinder

- Alter und Geschlecht
- Beginn der Tagespflege
- Verwandtschaftsverhältnis zur Tagespflegeperson
- Zeitlicher Umfang der Betreuung
- Mittagsverpflegung
- Migrationshintergrund und vorrangig gesprochene Sprache
- Bezug von Eingliederungshilfe und Bezugsgrund
- Umfang der öffentlichen Förderung
- gleichzeitig bestehende andere Betreuungsarrangements
- Schulbesuch des Kindes (seit 2009)

Tagespflegepersonen

- Alter und Geschlecht,
- Art und Umfang der Qualifikation (Abschluss, Qualifizierung)
- Zahl der betreuten Kinder (öffentlich geförderte Betreuungsverhältnisse)
- Ort der Betreuung

T1 Kindertagesbetreuung 2020

Betreute Kinder insgesamt[1]	171 039
In Tageseinrichtungen betreute Kinder	167 217
0 – 3 Jahre	32 829
3 – 6 Jahre	108 153
6 – 14 Jahre	26 235
Personal in Tageseinrichtungen	41 263
Pädagogisches und Verwaltungspersonal	33 895
davon weiblich	31 902
Hauswirtschaftliches und technisches Personal	7 368
Zahl der Tageseinrichtungen	2 572
Öffentliche Träger	1 251
Freie Träger	1 321
privat-gemeinnützig	1 290
darunter:	
Caritasverband / sonstige katholische Träger	667
Diakonisches Werk / sonstige evangelische Träger	422
privat-nichtgemeinnützig	31
In Tagespflege betreute Kinder	4 822
0 – 3 Jahre	3 125
3 – 6 Jahre	663
6 – 14 Jahre	1 034
Tagespflegepersonen	1 505
darunter: weiblich	1 459

1 Sowohl in Tagespflege als auch in einer Tageseinrichtung bzw. Ganztagsschule wurden 1 000 Kinder betreut.

Anpassung des Angebots für das klassische Kindergartenalter

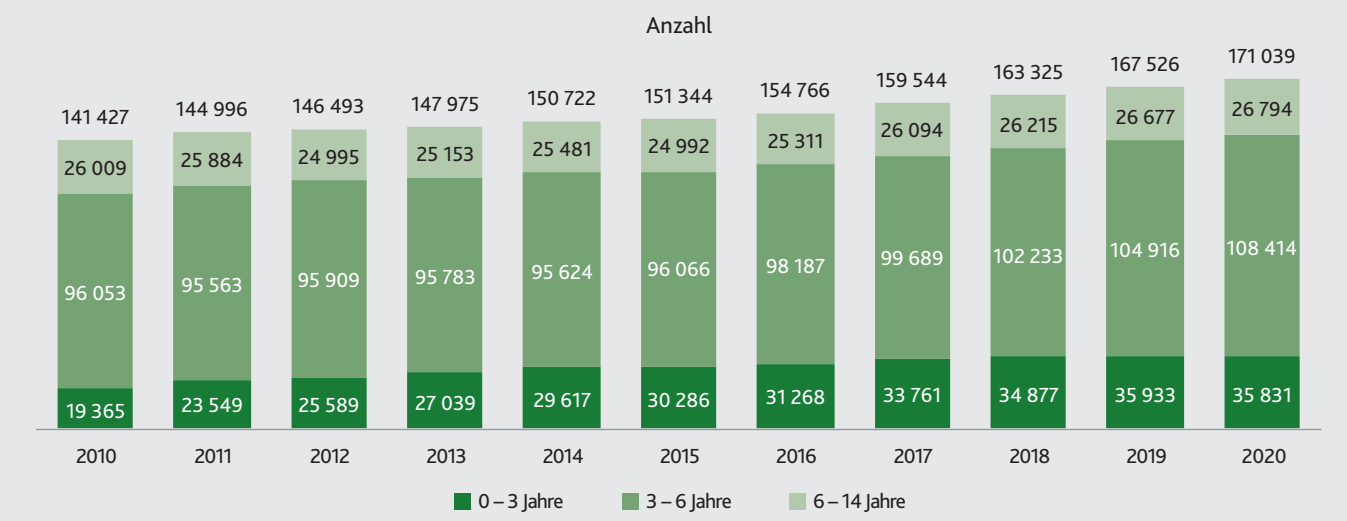
Aber auch mit Blick auf die nach wie vor größte Altersgruppe der Kinder im klassischen Kindergartenalter zwischen drei und unter sechs Jahren wurden und werden regelmäßig Anstrengungen unternommen, um das Betreuungsangebot an die heutigen Anforderungen anzupassen und dessen Qualität zu verbessern. Zuletzt wurde im Rahmen des Kita-Zukunft-Gesetzes ein Veränderungsprozess eingeleitet, der u. a. Investitionen in Ausstattung und Räumlichkeiten, die Gewinnung von qualifizierten Fachkräften, die Schaffung neuer Förderangebote sowie einen erweiterten Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung umfasst.

Langfristiger Zuwachs der Betreuungsverhältnisse

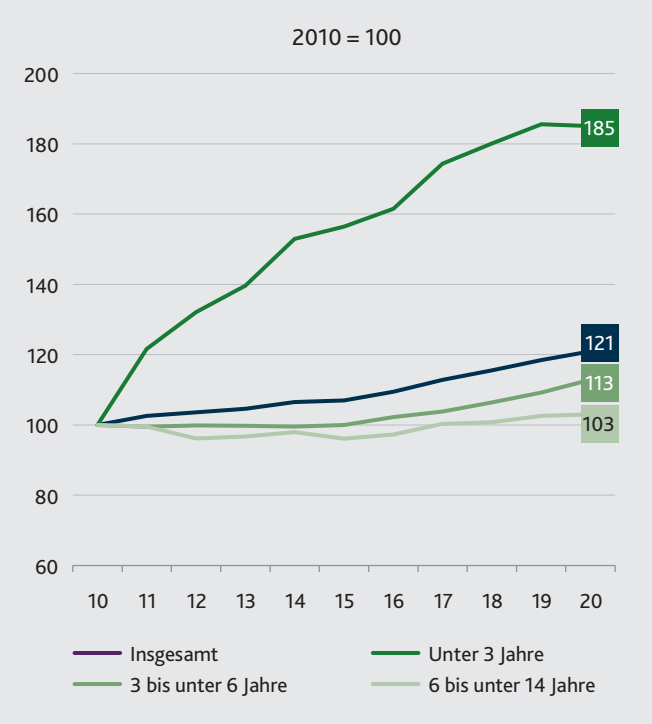
Zuwachs um 29 600 Betreuungsverhältnisse bzw. 21 Prozent in zehn Jahren

Zum Stichtag 1. März 2020 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 171 039 Mädchen und Jungen unter 14 Jahren in Kindertagesstätten oder durch Tagespflegepersonen betreut. Dies ist ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um rund 3 500 Kinder bzw. 2,1 Prozent. Der Aufbau von Betreuungsverhältnissen außerhalb des Elternhauses setzte sich somit wei-

G1 Betreute Kinder 2010–2020 nach Altersgruppen



G2 Betreute Kinder 2010–2020 nach Altersgruppen



ter fort. Alleine in den zurückliegenden zehn Jahren hat sich deren Anzahl kontinuierlich um insgesamt rund 29 600 Kinder bzw. 21 Prozent erhöht.

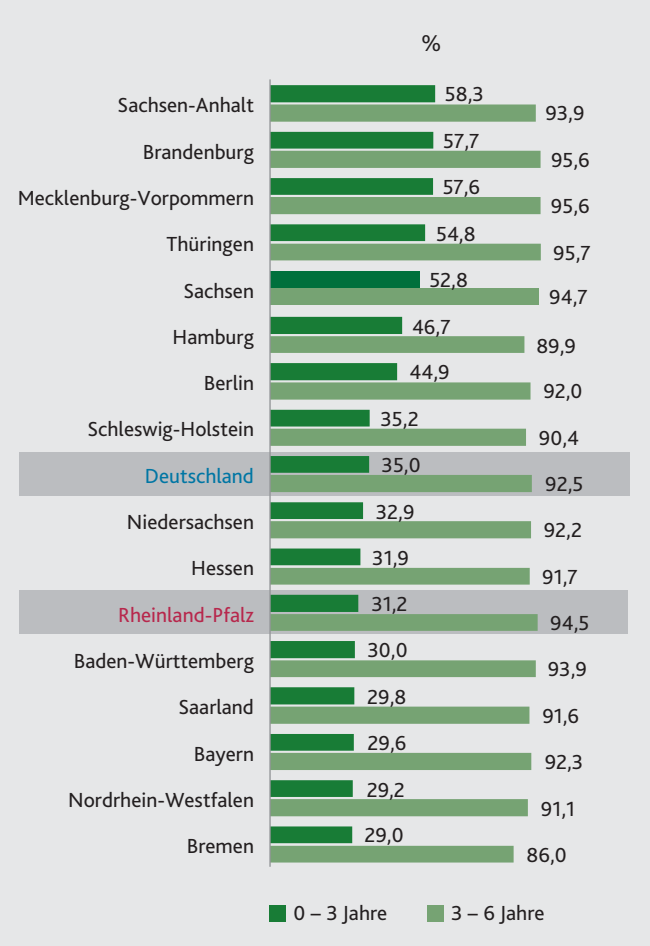
Ausbau des U3-Angebots trägt langfristig maßgeblich zum Wachstum bei

Aufgrund des fortschreitenden Ausbaus der Kapazitäten zur Betreuung von Kindern vor Vollendung des dritten Lebensjahres trug diese Altersgruppe maßgeblich zu dieser Wachstumsdynamik bei. Alleine in den vergangenen zehn Jahren war ein deutlicher Anstieg um knapp 16 500 betreute Kinder bzw. 85 Prozent zu beobachten. Zuletzt hat sich dieser Trend allerdings verlangsamt (Veränderung 2020 gegenüber 2019: –102 Kinder bzw. –0,3 Prozent).

U3-Betreuungsquote stagniert seit einigen Jahren bei rund 30 Prozent

Anfang März 2020 gab es in Rheinland-Pfalz insgesamt 35 800 Betreuungsverhältnisse für Kinder unter drei Jahren. Bezogen auf alle Kinder dieses Jahrgangs entspricht dies einer Quote von 31,2 Prozent; zehn Jahre zuvor lag dieser Wert erst bei 20,1 Prozent. Bereits vor rund fünf Jahren hat sich diese Kennzahl – trotz zunehmender Betreuungsverhältnisse – auf dem aktuellen Niveau nahe 30 Prozent eingependelt. Rheinland-Pfalz liegt damit im Mittelfeld der westdeutschen Flächenländer und unterhalb des Bundesdurchschnitts von 35 Prozent. Grund für die Seitwärtsbewegung ist ein mit dem Jahr

G3 Betreuungsquoten 2020 nach Bundesländern



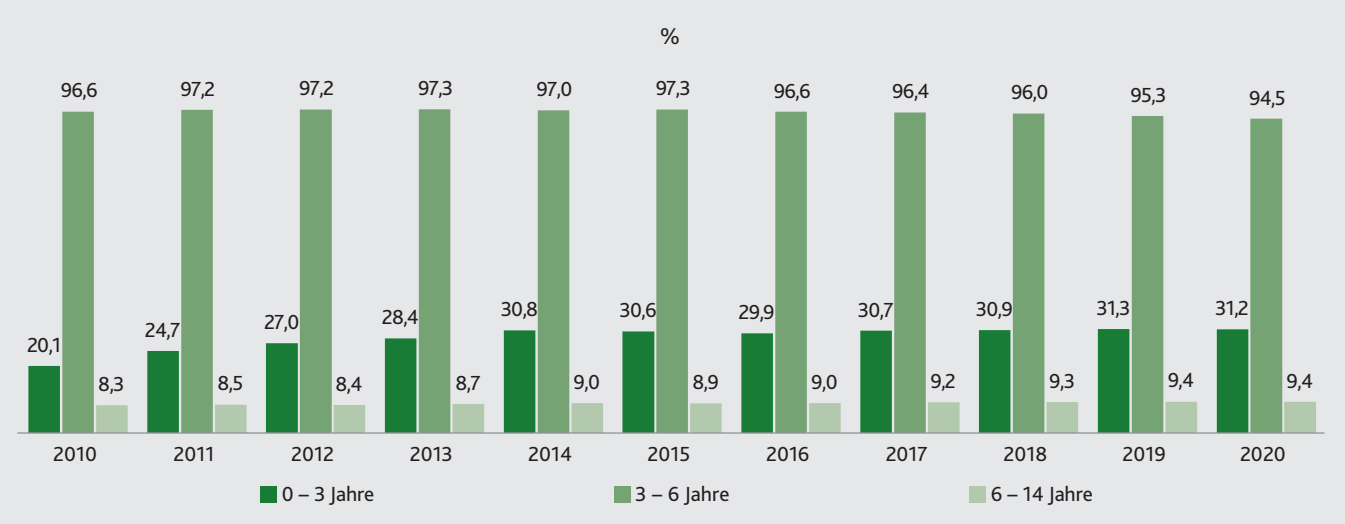
2015 einsetzendes Wachstum der Bevölkerung in dieser Altersgruppe – u. a. eine Folge gestiegener Geburtenzahlen durch erhöhte Zuwanderung.

Nur selten außerhäusliche Betreuung im ersten Lebensjahr

Eine Betrachtung der einzelnen Altersjahre zeigt, dass die beschriebene Entwicklung vor allem aus einer zunehmenden Betreuung der Kinder im dritten Lebensjahr resultiert. In dieser Altersgruppe lag die Betreuungsquote im März 2020 bei 70,9 Prozent und damit rund 24 Prozentpunkte über dem Wert von 2010. Aber auch Eltern von Kindern im zweiten Lebensjahr nehmen Angebote der Kinderbetreuung vermehrt wahr; die Betreuungsquote stieg in dieser Gruppe im gleichen Zeitraum von 10,9 Prozent auf aktuell 19,8 Prozent. Weiterhin selten findet hingegen eine außerhäusliche Betreuung von Kindern im ersten Lebensjahr statt (Betreuungsquote: 1,2 Prozent).

Die Mehrheit der außerfamiliär betreuten Kinder sind nach wie vor Jungen und Mädchen im klassischen Kindergartenalter, d. h. die 3- bis unter 6-Jährigen. Im Berichtsjahr 2020 befanden sich in Rheinland-Pfalz rund 108 400 Kinder dieses Alters in Tagesbe-

G4 Betreuungsquote 2010–2020 nach Altersgruppen



treuung. Dies entspricht einem Anteil von rund 63 Prozent an allen Betreuungsverhältnissen.

Seit fünf Jahren steigende Zahl betreuter Kinder im klassischen Kindergartenalter

Deren absolute Zahl war bis zum Jahr 2011 rückläufig. Nach einer kurzen Phase der Stagnation setzte auch in dieser Altersgruppe seit dem Jahr 2015 eine Wachstumsdynamik ein, sodass im Rückblick auf die letzten zehn Jahre in Summe ein Anstieg um 13 Prozent zu verzeichnen ist. Im Vergleich zum Vorjahr ist eine Zunahme um 3 500 Jungen und Mädchen bzw. 3,3 Prozent zu beobachten, sodass die Dynamik – relativ betrachtet – am aktuellen Rand erstmals seit Beginn der Erhebung stärker ausgeprägt ist als im Bereich der U3-Betreuung.

Bezogen auf die Bevölkerung gleichen Alters ergibt sich im Jahr 2020 eine Betreuungsquote von 94,5 Prozent.

Während der Indikator in vielen westdeutschen Flächenländern vor zehn Jahren noch unterhalb von 90 Prozent lag, schwankte dieser in Rheinland-Pfalz bis ins Jahr 2015 um den Wert von 97 Prozent. Weil die Anzahl der Kinder in dieser Altersgruppe zuletzt ebenfalls stieg, ging die Betreuungsquote – trotz absoluter Zunahme der Betreuungsverhältnisse – leicht zurück.

Rückgang der Betreuungsquote infolge verstärkten Bevölkerungswachstums

Alle Kinder, die bis zum 31. August das sechste Lebensjahr vollenden, sind im gleichen Jahr schulpflichtig. Ergänzend zum Schulbesuch nimmt ein Teil der unter 14-jährigen Kinder Tagesbetreuung in einer Tageseinrichtung oder in Tagespflege in Anspruch.

Im März 2020 nutzten in Rheinland-Pfalz von den 6- bis unter 14-Jährigen insgesamt knapp 26 800 Kinder ein Angebot der Tagesbetreuung und damit nur unwesentlich mehr als im Jahr davor (+117 Kinder bzw. +0,4 Prozent). Nachdem die Anzahl der Betreuungsverhältnisse in dieser Altersgruppe zwischen 2012 und 2016 rückläufig war, ist sie in den

Betreute Kinder, Besuchsquote und Betreuungsquote

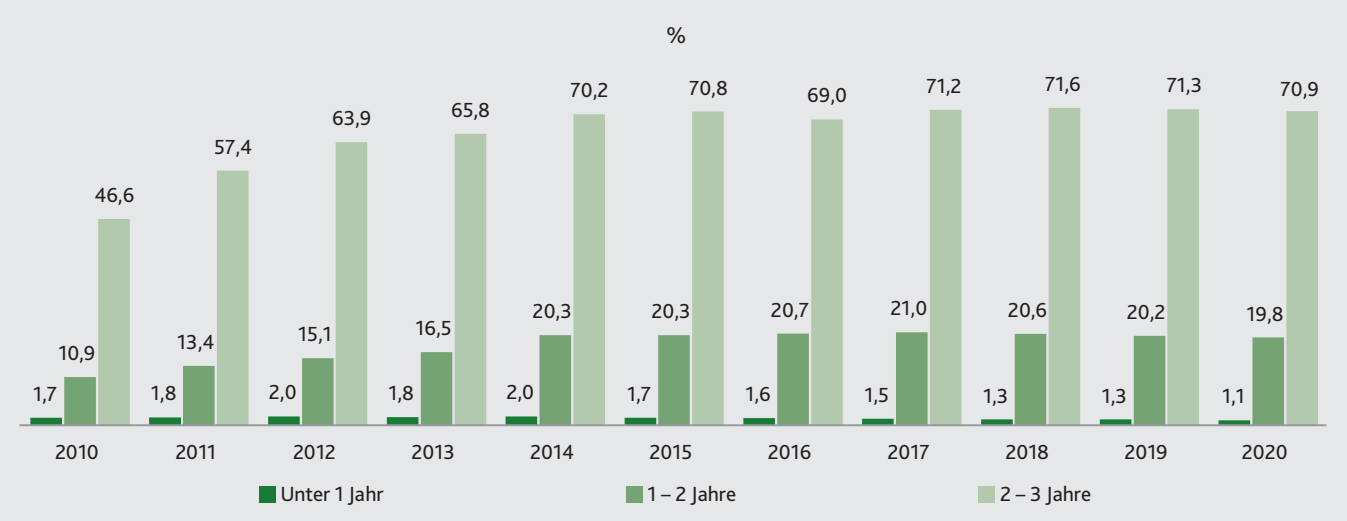
Die **Gesamtzahl der betreuten Kinder** setzt sich zusammen aus allen in Tageseinrichtungen betreuten Kindern sowie Kindern, die in einem oder mehreren Tagespflegeverhältnissen betreut werden, darüber hinaus jedoch kein weiteres Angebot der Kindertagesbetreuung (z. B. Krippe, Kita, Hort, Ganztagsschule) wahrnehmen. Diese Vorgehensweise soll Doppelzählungen vermeiden, die durch die beiden getrennten Erhebungen in Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege bei den Jugendämtern entstehen können. Die Gesamtzahl ist daher stets größer (oder zumindest genauso groß) wie die Summe aller Betreuungsverhältnisse in den Statistiken zu den Tageseinrichtungen sowie der Tagespflege.

Die **Besuchsquote** ist der Anteil der Kinder, die in einer Tageseinrichtung betreut werden, an der Gesamtzahl der Kinder des entsprechenden Alters.

Die **Betreuungsquote** bezieht darüber hinaus auch solche Kinder ein, die in öffentlich geförderter Tagespflege durch eine Tagesmutter oder einen Tagesvater betreut werden. Die Betreuungsquote ist damit stets größer (oder zumindest genauso groß) wie die Besuchsquote.

Üblicherweise werden die Kinder bei beiden Quoten zum Stichtag der Erhebung (1. März) auf die Bevölkerung zum 31. Dezember des Vorjahres bezogen.

G5 Betreuungsquote der unter-3-Jährigen 2010–2020 nach Altersjahren



Fast jedes zehnte Kind ab sechs Jahren in Kindertagesbetreuung

Folgejahren wieder leicht gestiegen, sodass unterm Strich seit 2010 ein Zuwachs von drei Prozent zu verbuchen ist. Die Betreuungsquote der 6- bis unter 14-Jährigen lag im März 2020 bei 9,4 Prozent.

Knapp ein Drittel der betreuten Kinder mit Migrationshintergrund

Im Jahr 2020 hatten rund 54 500 Jungen und Mädchen in der Kindertagesbetreuung mindestens einen Elternteil mit ausländischer Herkunft. Bezogen auf alle betreuten Kinder entsprach dies einem Anteil von 32 Prozent. Differenziert nach Altersgruppen lag dieser Wert für Kinder über drei Jahren bei rund einem Drittel; im U3-Bereich hatte jedes vierte Kind mindestens einen aus dem Ausland stammenden Elternteil. Die Werte sind im Zeitverlauf gestiegen. Im Jahr 2010 lag die Zahl der betreuten Kinder mit Migrationshintergrund noch bei rund 41 300; ihr Anteil betrug gut 29 Prozent.

Werden nur die Kinder betrachtet, die ausschließlich durch eine Tagespflegeperson betreut werden, liegt der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund bei nur 20,5 Prozent.

Langfristig in allen Altersgruppen stärkerer Zuwachs bei Kindern mit Migrationshintergrund

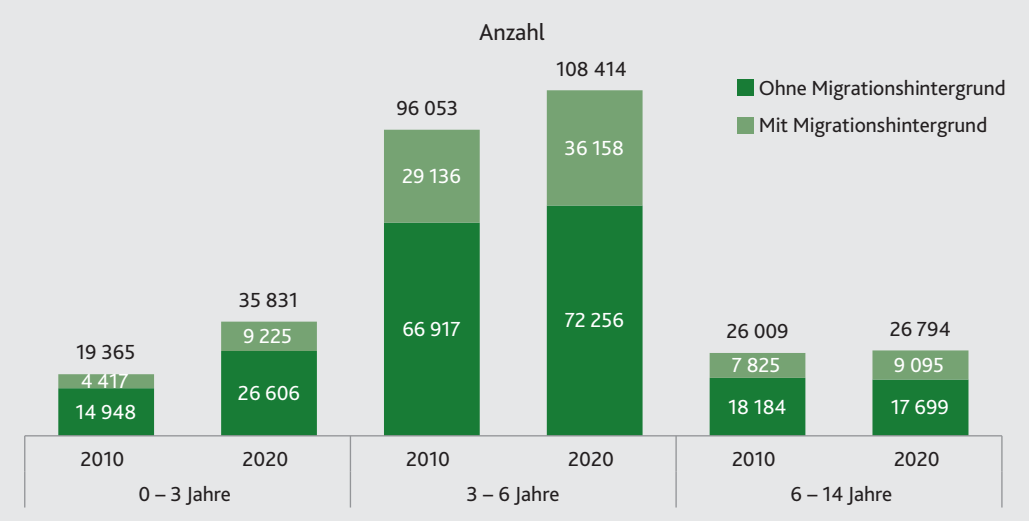
Relativ gesehen fallen die zuvor beschriebenen Zuwächse der Betreuungsverhältnisse bei Kindern mit Migrationshintergrund für alle Altersgruppen – insbesondere im U3-Bereich – stärker aus als in der Gesamtbevölkerung (32 gegenüber 21 Prozent seit 2010). Allerdings ist auch hier eine Abschwächung der Dynamik am aktuellen Rand erkennbar. Sowohl bei den Kindern unter drei Jahren (–3,4 Prozent) als auch für Kinder ab dem siebten Lebensjahr (–0,6 Prozent) waren zwischen 2019 und 2020 rückläufige Fallzahlen zu beobachten.

Ausbau der Kita-Infrastruktur schreitet voran

Kinderbetreuung überwiegend in Kindertagesstätten

Die außerhäusliche Kinderbetreuung findet in Rheinland-Pfalz nach wie vor überwiegend in einer Kindertagesstätte statt. Über alle Jahrgänge hinweg sind knapp 98 Prozent aller betreuten Kinder (167 200) in deren Obhut. Insbesondere im klassischen Kindergartenalter zwischen drei und sechs Jahren sind die Kindertagesstätten die dominierende Variante der Tagesbetreuung.

G6 Kinder in Tagesbetreuung 2010 und 2020 nach Migrationshintergrund



Anzahl der Kindertagesstätten wächst kontinuierlich

Im März 2020 gab es in Rheinland-Pfalz insgesamt 2 572 Kindertagesstätten; das ist ein Anstieg um 17 Einrichtungen bzw. 0,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. In den vergangenen zehn Jahren ist deren Zahl insgesamt um 154 bzw. 6,4 Prozent gewachsen.

Jede zweite Kindertagesstätte in öffentlicher Trägerschaft

Zum Stichtag befanden sich knapp 49 Prozent aller Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft von Gemeinden, Gemeindeverbänden oder dem Jugendamt. Rund 26 Prozent der Tageseinrichtungen wurden von der Caritas oder einem anderen katholischen Träger und gut 16 Prozent von der Diakonie bzw. einem anderen evangelischen Träger geführt. Die übrigen Einrichtungen (neun Prozent) verteilen sich auf verschiedene private gemeinnützige und nicht-gemeinnützige Träger, darunter auch Elterninitiativen.

Ausweitung des Personals um 48 Prozent in zehn Jahren

In den Kindertageseinrichtungen waren im März 2020 insgesamt knapp 41 300 Personen beschäftigt. In den zurückliegenden zehn Jahren wurde das Personal in Kindertageseinrichtungen somit um knapp 13 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bzw. 48 Prozent aufgestockt. Alleine zwischen 2019 und 2020 wurden gut 1 400 Stellen geschaffen.

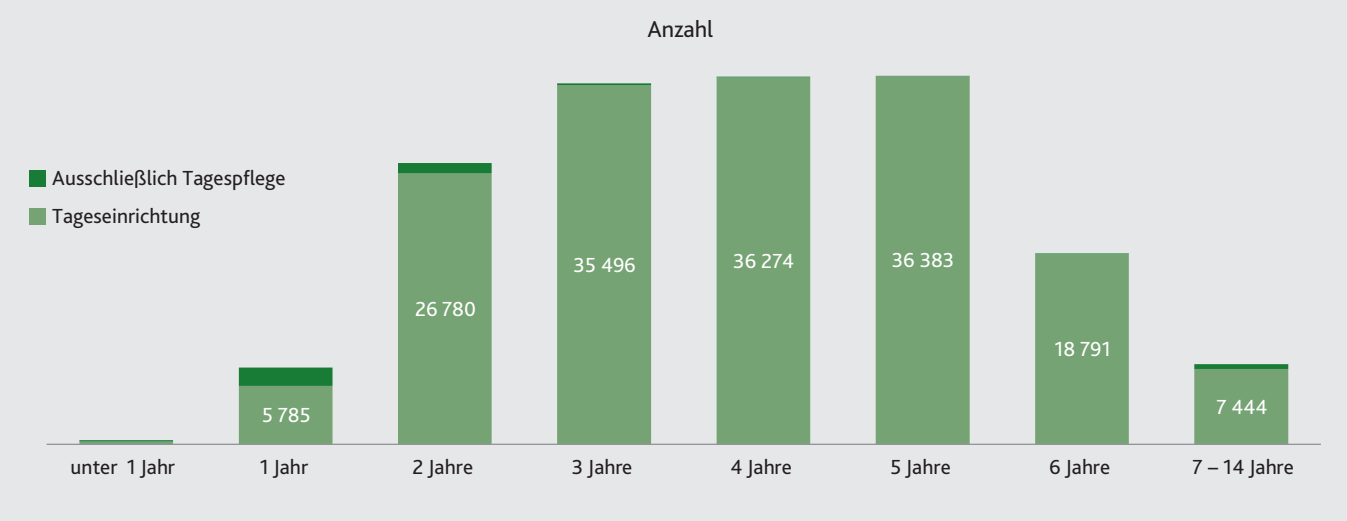
Größte Zuwächse beim pädagogischen Personal

Rund 82 Prozent der Beschäftigten (33 900) waren als pädagogisches Personal oder in Leitungs- bzw. Verwaltungspositionen tätig; davon knapp 5,9 Prozent Männer (2010: 3,5 Prozent). Seit dem Jahr 2010 ist hier ein Zuwachs von rund 11 300 Stellen bzw. 50 Prozent zu beobachten. Diese Entwicklung vollzog sich dabei keineswegs primär aufgrund einer Substitution von Vollzeit- durch Teilzeitarbeitsverhältnisse. So hat die Summe der zu leistenden Wochenstunden im selben Zeitraum nahezu im Gleichklang um ebenfalls 50 Prozent zugelegt.

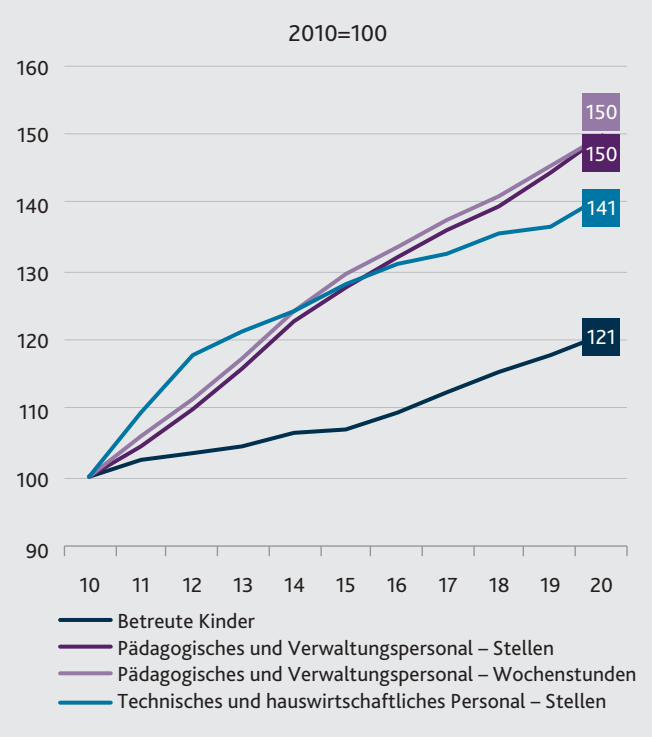
Weitere 7 400 Frauen und Männer arbeiteten im hauswirtschaftlichen oder technischen Bereich (z. B. als Küchen-, Reinigungspersonal oder Hausmeisterin bzw. Hausmeister). Das waren 2 100 bzw. 41 Prozent mehr als vor zehn Jahren.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass der Zuwachs an personellen Kapazitäten im zurückliegenden Jahrzehnt den Anstieg der

G7 Altersstruktur der betreuten Kinder 2020 nach Art der Betreuung



G8 Betreute Kinder und Personal in Kindertageseinrichtungen 2010–2020



Betreuungsverhältnisse (+21 Prozent seit 2010) deutlich übertroffen hat.

Im stark wachsenden U3-Bereich konnte der Betreuungsschlüssel durch diesen zusätzlichen Personaleinsatz unter vier Kinder je Erzieherin bzw. Erzieher gedrückt werden. Aber auch die Relation von älteren Kindern zu ihren Betreuungspersonen hat sich seit 2012[1] verbessert. Für Kinder von zwei bis unter acht Jahren sank der Betreuungsschlüssel von 8,6 auf 7,8.

Personalaufbau für wachsenden U3-Bereich und Verbesserung des Personalschlüssels

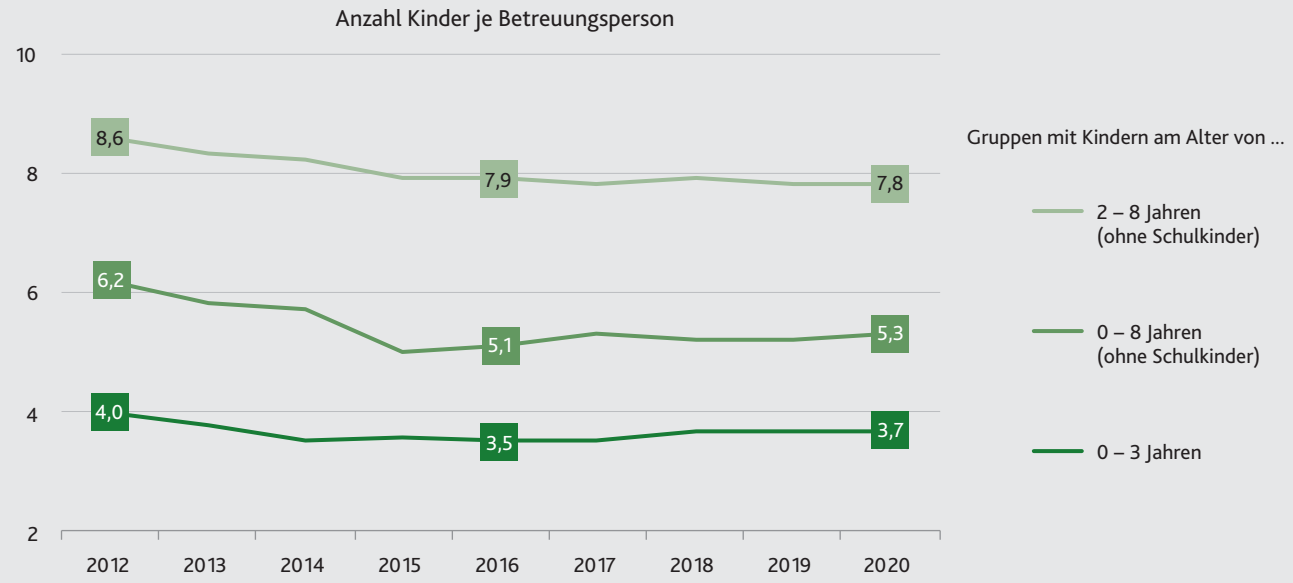
Tagespflege als alternatives oder ergänzendes Angebot

Alternativ oder in Ergänzung zur Unterbringung in einer Tageseinrichtung besteht die Möglichkeit der Betreuung durch eine Tagesmutter oder einen Tagesvater. Im März 2020 waren in Rheinland-Pfalz insgesamt mehr als 4 800 Kinder in der Obhut einer öffentlich geförderten Tagespflegeperson. Ein Teil dieser Kinder (1 000) besuchte zusätzlich eine Tageseinrichtung oder eine Ganztagsschule; ausschließlich in Tagespflege waren 3 800 Kinder, was einem

Tagespflege umfasst 2,2 Prozent aller Betreuungsverhältnisse

1 Die Berechnungen können ausschließlich für Einrichtungen mit fester Gruppenstruktur durchgeführt werden. Aufgrund einer Anpassung in der Berechnungsmethodik sind die Daten erst ab dem Jahr 2012 vergleichbar und werden daher – abweichend von den sonstigen Zeitreihen in diesem Beitrag – erst ab diesem Zeitpunkt publiziert.

G9 Entwicklung des Personalschlüssels in Kindertageseinrichtungen 2012–2020[1]



1 Ausschließlich Einrichtungen mit fester Gruppenstruktur; Daten wegen methodischer Anpassung erst ab 2012 vergleichbar.

Anteil von 2,2 Prozent an allen in Rheinland-Pfalz betreuten Kindern entspricht.

3- bis 6-Jährige beanspruchen selten Tagespflege

Die öffentlich geförderte Kindertagespflege wird insbesondere für die Betreuung der Kleinsten in Anspruch genommen. Während der Anteil der Kinder, die ausschließlich in Kindertagespflege betreut werden, im Alter zwischen drei und sechs Jahren jeweils deutlich unter einem Prozent liegt, wird im ersten Lebensjahr noch jede dritte außerhäusliche Kinderbetreuung (35,3 Prozent) über Pflegeeltern organisiert; im zweiten Lebensjahr trifft dies immer noch auf fast jeden vierten Fall (23,9 Prozent) zu. Aber auch für Kinder im Schulalter ab sieben Jahren hat die Tagespflege mit einem Anteil von sieben Prozent eine gewisse Bedeutung (siehe G7).[2]

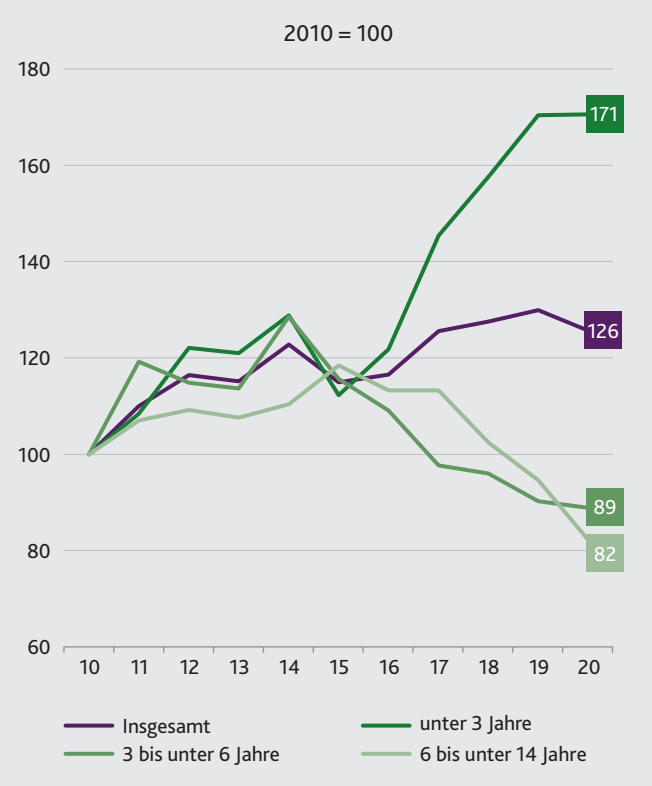
2 Die Verhältnisse verändern sich nur unwesentlich, wenn zu den Kindern in ausschließlicher Tagespflege auch die 1 000 Kinder hinzugerechnet werden, die neben der Tagespflege zusätzlich eine Kindertagesstätte oder eine Ganztagsschule besuchen. Ausnahme in der Altersgruppe ab sieben Jahre, dort steigt der Anteil von 6,1 auf 10,7 Prozent.

U3-Bereich wächst langfristig, seit 2016 weniger ältere betreute Kinder

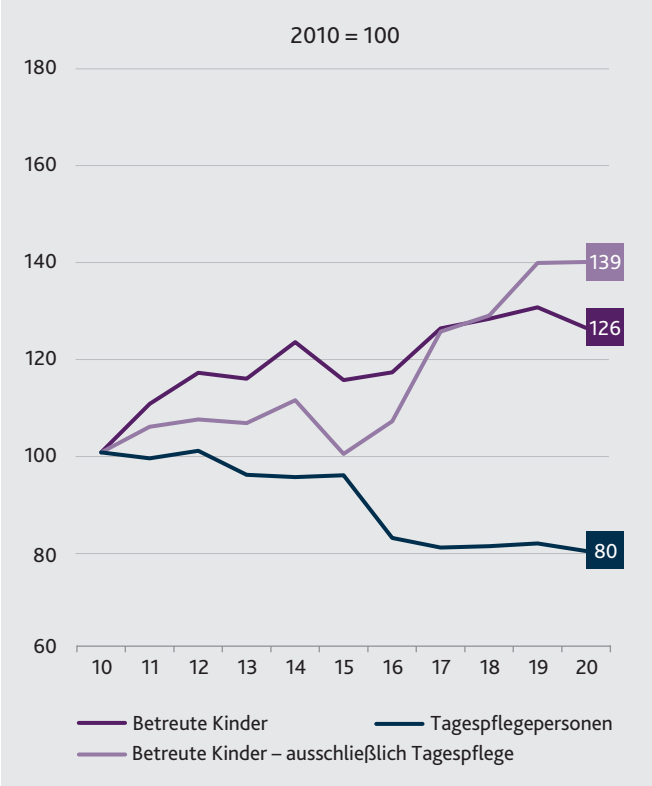
Wird die Entwicklung der Betreuungsverhältnisse nach Altersgruppen betrachtet, stechen die sehr unterschiedlichen Dynamiken ab den Jahr 2016 ins Auge. Die Anzahl der Kinder unter drei Jahren, die von einer Tagesmutter oder einem Tagesvater betreut werden, ist seither – aufbauend auf einem längerfristigen Wachstumstrend – kontinuierlich gestiegen und lag im März 2020 um 71 Prozent über dem Niveau von 2010. Die Fallzahlen für Kinder ab sechs Jahren waren hingegen seit diesem Zeitpunkt rückläufig und unterschreiten den Stand des Jahres 2010 mittlerweile deutlich (drei bis unter sechs Jahre: –11 Prozent; sechs Jahre und mehr: –18 Prozent).

Per Saldo verbleibt ein Anstieg um knapp 1 000 Kindern (+26 Prozent) in Betreuung von Tagespflegeeltern, der jedoch – anders als in den Kindertagesstätten – nicht durch zusätzliche Betreuungskräfte aufgefangen wurde. Vielmehr waren Anfang März nur

G10 Betreute Kinder in der Kindertagespflege 2010–2020 nach Alter



G11 Betreute Kinder und betreuende Personen in der Kindertagespflege 2010–2020



noch gut 1 500 Tagespflegepersonen bei den rheinland-pfälzischen Jugendämtern registriert und damit 20 Prozent weniger als 2010.

Immer mehr Betreuungsverhältnisse pro Tagespflegeperson

Möglich war diese Entwicklung, weil jede Tagespflegeperson im Mittel für eine immer größere Anzahl Kinder die Betreuung übernommen hat. Während der Anteil derjenigen, die drei oder weniger Kinder betreuten, im Jahr 2010 noch bei 88 Prozent lag, ist dieser im Jahr 2020 bis auf knapp 63 Prozent geschrumpft. Jede zehnte Tagespflegeperson (zwölf Prozent) betreute zuletzt sechs und mehr Kinder (2010: 2,3 Prozent).

Große regionale Unterschiede

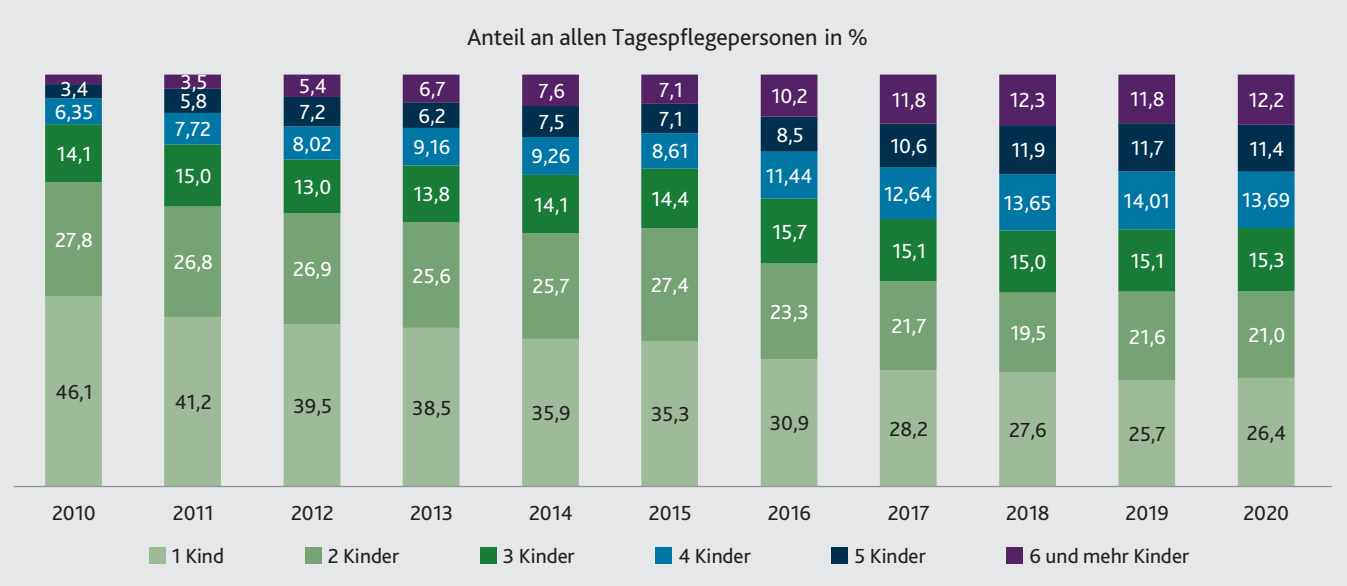
Die Betrachtung der Betreuungsquoten auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise zeigt insbesondere bei Kindern unter drei Jahren große regionale Unterschiede.[3] Demnach werden in den Landkreisen – relativ betrachtet – mehr Kinder dieser Altersgruppe außerhalb des Elternhauses betreut (32,5 Prozent) als in den kreisfreien Städten (27,6 Prozent). Die Spanne reicht bei den kreisfreien Städten von 18,2 Prozent in Frankenthal bis zu 36,8 Prozent in Speyer. Die niedrigste Betreuungsquote bei den Landkreisen ist in Birkenfeld mit 24,1 Prozent zu beobachten; an der Spitze liegt die Südwestpfalz mit 41,3 Prozent.

Größte Differenzen bei Betreuungsquoten der Kinder unter drei Jahren

Auch in der zeitlichen Entwicklung zeigen sich regional große Unterschiede. Im

3 Bei der Interpretation der Zahlen ist zu beachten, dass die Betreuungseinrichtungen auch von Kindern aus anderen (benachbarten) kreisfreien Städten und Landkreisen aufgesucht werden können. Die Berechnung der Quoten bezieht sich aber auf die Bevölkerung des jeweiligen Gebietes, sodass sich auch Quoten von mehr als 100 Prozent ergeben können (siehe auch T2).

G12 Geförderte Betreuungsverhältnisse je Tagespflegeperson 2010–2020



Auch in der zeitlichen Entwicklung große regionale Unterschiede

Zehn-Jahres-Vergleich ist die Betreuungsquote der unter 3-Jährigen in nahezu allen 36 Verwaltungsbezirken des Landes deutlich gestiegen.

Die größte Zunahme zwischen 2010 und 2020 gab es unter den Landkreisen in Cochem-Zell; hier stieg die Betreuungsquote um 16,5 Prozentpunkte. Schlusslicht ist der Landkreis Kaiserslautern mit einem Plus von 0,1 Prozentpunkten.

In den kreisfreien Städten reicht die Entwicklung von einer Zunahme um lediglich 1,8 Prozentpunkte in der Stadt Frankenthal bis hin zu einem Zuwachs um 16,5 Prozentpunkte in Zweibrücken.

Geringere Spannweite bei den 3- bis unter 6-Jährigen

In der Gruppe der 3- bis unter 6-Jährigen ist die Spannweite der Betreuungsquoten geringer. Sie liegt zwischen 84,7 Prozent in der Stadt Ludwigshafen und 102,5 Prozent in der Stadt Landau; bei den 6- bis unter 14-Jährigen reicht sie von 5,9 Prozent im Landkreis Birkenfeld bis hin zu 18,6 Prozent in der Stadt Speyer.

Covid-19-Pandemie und Datenqualität

Erhebung 2020 während der „1. Corona-Welle" mit Lockdown

Die Erhebung zum Stichtag 1. März 2020 fiel unmittelbar in die erste Welle der Covid-19-Pandemie, die als solche am 11. März 2020 von der WHO eingestuft wurde. Bereits zum 16. März 2020 erfolgte in allen Bundesländern eine Umstellung von Kindertagesstätten und Schulen auf einen Notbetrieb. Im Erhebungsgeschäft machte sich dies zunächst durch eine vergleichsweise hohe Anzahl von Meldestellen bemerkbar, die um eine Fristverlängerung bei der Beantwortung der Statistik baten.

Lediglich leichte Verzögerungen im Meldeprozess

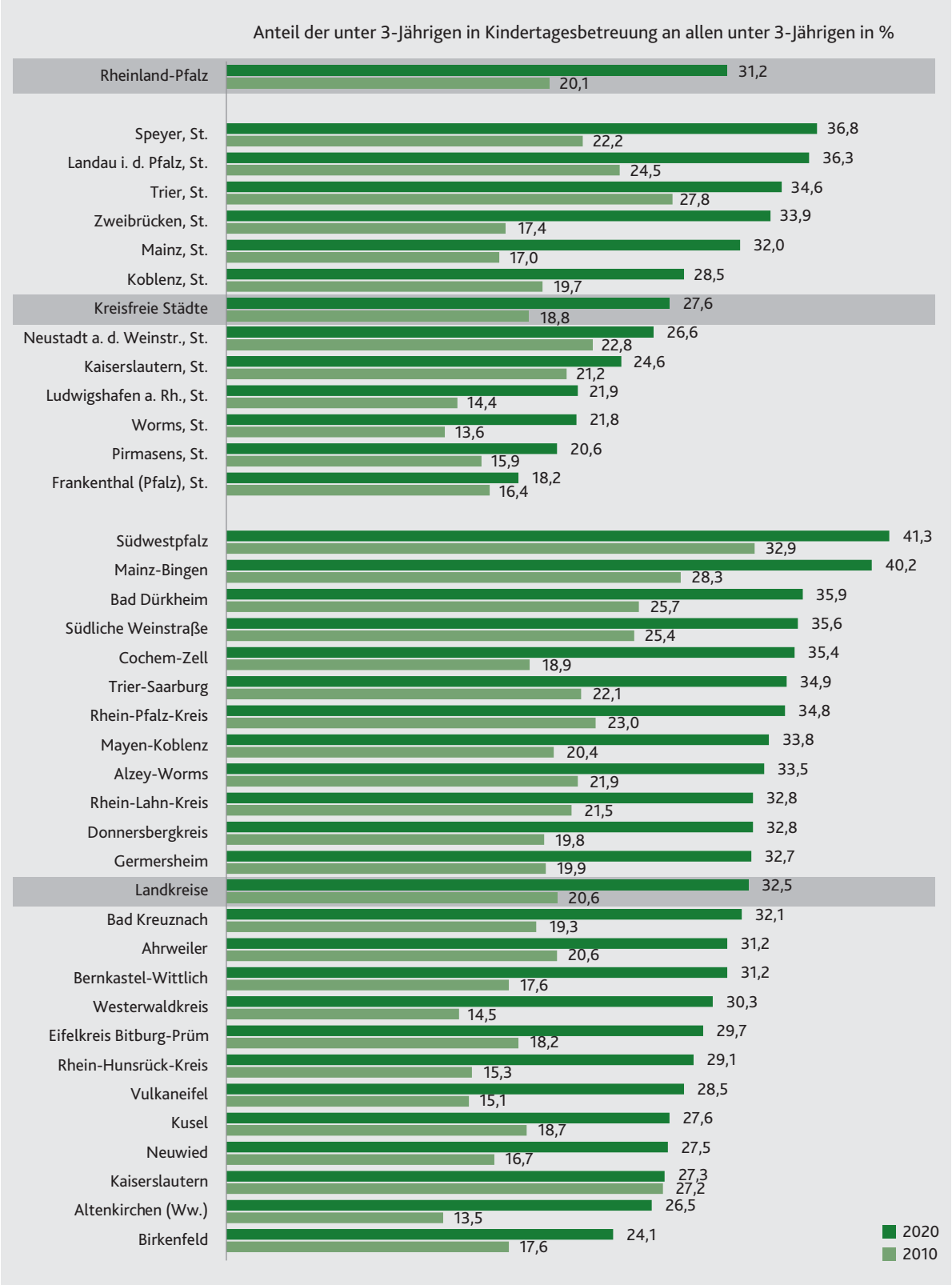
Letztlich waren die pandemiebedingten Verzögerungen im Bereich der Datenlieferungen jedoch nur marginal, da sich das Antwortverhalten in der Folgezeit normalisierte. Zum Teil konnte das zuständige Personal die Datenlieferung nach erfolgreichem Anlaufen des Notbetriebs sogar zügiger als unter Vollauslastung bearbeiten. Mit Abschluss der Erhebung lag von allen rheinland-pfälzischen Kindertagesstätten ein vollständiger

T2 Betreute Kinder, Kindertageseinrichtungen und Tagespflegepersonen 2020 nach Verwaltungsbezirken

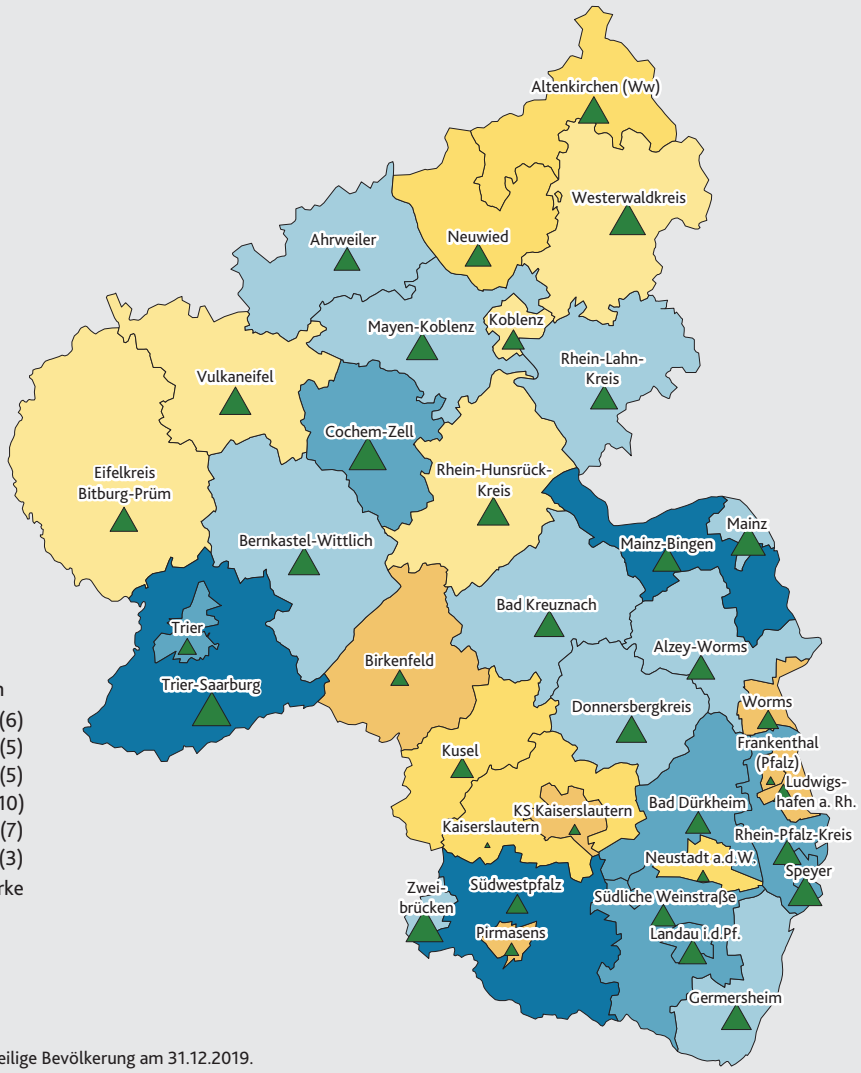
Verwaltungsbezirk	Betreute Kinder insgesamt	Alter in Jahren						Darunter ausschließlich in Tagespflege	Tageseinrichtungen	Tagespflegepersonen
		0 – 3		3 – 6		6 – 14				
		zusammen	Betreuungsquote[1]	zusammen	Betreuungsquote[1]	zusammen	Betreuungsquote[1]			
	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%	Anzahl	
Frankenthal (Pfalz), St.	1 921	269	18,2	1 319	86,9	333	9,4	2,3	26	15
Kaiserslautern, St.	3 690	717	24,6	2 275	87,3	698	11,3	2,1	59	26
Koblenz, St.	4 551	897	28,5	2 773	93,7	881	12,3	3,9	64	63
Landau i. d. Pfalz, St.	2 045	454	36,3	1 250	102,5	341	11,3	2,3	34	18
Ludwigshafen a. Rh., St.	7 954	1 272	21,9	4 860	84,7	1 822	13,5	3,3	94	91
Mainz, St.	9 101	2 002	32,0	5 437	95,1	1 662	12,1	3,6	130	83
Neustadt a. d. Weinstr., St.	2 259	394	26,6	1 487	97,8	378	10,6	1,6	37	13
Pirmasens, St.	1 506	209	20,6	988	88,6	309	11,5	0,9	33	9
Speyer, St.	2 443	505	36,8	1 281	96,0	657	18,6	6,1	35	48
Trier, St.	4 851	1 002	34,6	2 721	95,2	1 128	16,5	6,6	69	158
Worms, St.	3 499	570	21,8	2 312	92,1	617	9,9	6,5	54	60
Zweibrücken, St.	1 461	301	33,9	810	90,5	350	15,0	2,0	28	16
Ahrweiler	4 951	1 102	31,2	3 240	94,5	609	7,1	2,7	70	38
Altenkirchen (Ww.)	4 844	956	26,5	3 276	92,3	612	6,6	3,2	80	67
Alzey-Worms	5 852	1 274	33,5	3 736	97,6	842	8,8	2,6	84	46
Bad Dürkheim	5 620	1 224	35,9	3 423	97,1	973	11,0	2,2	91	32
Bad Kreuznach	6 515	1 401	32,1	4 212	97,6	902	8,0	0,4	102	14
Bernkastel-Wittlich	4 489	956	31,2	2 992	95,0	541	7,0	0,7	76	19
Birkenfeld	2 803	548	24,1	1 940	90,1	315	5,9	0,2	49	6
Cochem-Zell	2 264	534	35,4	1 459	98,7	271	6,9	0,9	44	25
Donnersbergkreis	3 040	689	32,8	1 983	97,3	368	6,9	0,5	51	11
Eifelkreis Bitburg-Prüm	3 991	873	29,7	2 646	91,7	472	6,6	1,6	58	45
Germersheim	6 118	1 246	32,7	3 722	97,4	1 150	12,2	1,9	85	39
Kaiserslautern	4 495	970	27,3	3 024	94,9	501	6,4	1,6	70	35
Kusel	2 503	532	27,6	1 664	91,6	307	6,7	1,0	47	28
Mainz-Bingen	10 293	2 389	40,2	6 122	96,8	1 782	11,0	2,2	149	78
Mayen-Koblenz	9 294	2 024	33,8	5 837	94,9	1 433	9,5	1,8	132	62
Neuwied	7 010	1 471	27,5	4 643	89,6	896	6,7	1,5	96	38
Rhein-Hunsrück-Kreis	4 072	809	29,1	2 753	96,6	510	7,3	0,2	61	21
Rhein-Lahn-Kreis	4 929	1 052	32,8	3 218	94,8	659	7,8	1,4	86	42
Rhein-Pfalz-Kreis	7 285	1 585	34,8	4 559	96,1	1 141	10,3	2,9	101	78
Südliche Weinstraße	4 522	1 013	35,6	2 899	97,3	610	8,0	3,6	74	58
Südwestpfalz	3 875	905	41,3	2 248	97,9	722	12,3	1,0	73	27
Trier-Saarburg	6 636	1 608	39,4	4 262	98,0	766	6,8	1,7	80	59
Vulkaneifel	2 127	411	28,5	1 442	94,7	274	6,9	1,7	29	19
Westerwaldkreis	8 230	1 667	30,3	5 601	96,7	962	6,5	0,4	121	18
Rheinland-Pfalz	171 039	35 831	31,2	108 414	94,5	26 794	9,4	2,2	2 572	1 505
kreisfreie Städte	45 281	8 592	27,6	27 513	91,7	9 176	12,7	3,8	663	600
Landkreise	125 758	27 239	32,5	80 901	95,4	17 618	8,3	1,7	1 909	905

1 Kinder in Kindertageseinrichtungen oder Kindertagespflege am 1. März 2020 bezogen auf die Bevölkerung entsprechenden Alters am 31. Dezember 2019.

G13 Betreuungsquote der unter 3-Jährigen 2010 und 2020 nach Verwaltungsbezirken



K1 Betreuungsquote der unter 3-Jährigen am 1. März 2020[1] nach Verwaltungsbezirken



Anteil an allen unter 3-Jährigen

	unter 25%	(6)
	25 bis unter 28%	(5)
	28 bis unter 31%	(5)
	31 bis unter 34%	(10)
	34 bis unter 37%	(7)
	37% und mehr	(3)

( ) Anzahl der Verwaltungsbezirke
Landeswert: 31,2%

Veränderung zu 2010
▲ Zunahme
▼ Abnahme

1 Im Jahr 2020 bezogen auf die jeweilige Bevölkerung am 31.12.2019.

Datensatz vor. Eine Verzerrung der Ergebnisse durch Antwortausfälle infolge der Pandemie ist daher nicht gegeben.

Keine Anhaltspunkte für statistische Untererfassung

Im Rahmen der Plausibilitätsprüfung durch das Statistische Landesamt erfolgten zudem im Rahmen eines Vorjahresvergleiches Nachfragen bei sämtlichen Einrichtungen, bei denen sich die Anzahl von Personal oder betreuten Kindern im Vergleich zum Vorjahr merklich verändert hat. Somit kann ebenfalls ausgeschlossen werden, dass Einrichtungen – anders als im Erhebungskonzept vorgegeben – nicht die Vertragsverhältnisse zum Stichtag, sondern die Anzahl von Personal und Kindern im Rahmen der Notbetreuung meldeten.

Markus Elz, Volkswirt M. Sc., leitet das Referat „Soziales, Gesundheit, Rechtspflege“.

Zensus 2022

Gesetzliche Grundlagen für die abschließende Vorbereitung und die Durchführung in Rheinland-Pfalz

Von Britta Müller

Die im Jahr 2021 geplante Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung wird angesichts der Auswirkungen der Corona-Pandemie in das Jahr 2022 verschoben. Der Bundesgesetzgeber hat diesbezüglich das Zensusgesetz geändert. Nach dieser Rechtsgrundlage können die Länder Erhebungsstellen einrichten und Erhebungsbeauftragte einsetzen. Das daran anknüpfende Landesgesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2022 regelt, auf welche Weise die kommunale Ebene bei der Organisation und Durchführung von Vor-Ort-Befragungen im Rahmen des Zensus eingebunden wird. In den Verwaltungen der kreisfreien Städte und Landkreise in Rheinland-Pfalz werden Erhebungsstellen eingerichtet, die diese Aufgaben als Auftragsangelegenheit übernehmen.

Nächste Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung in das Jahr 2022 verschoben

15. Mai 2022 ist neuer Zensusstichtag

Aufgrund der Corona-Pandemie findet die nächste Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung (Zensus) in Deutschland erst im Jahr 2022 statt. Das ist ein Jahr später als ursprünglich geplant. Im Gesetz zur Verschiebung des Zensus in das Jahr 2022, das am 10. Dezember 2020 in Kraft getreten ist, wird der 15. Mai 2022 als neuer Zensusstichtag benannt. Zu diesem Termin führen die statistischen Ämter des Bundes und der Länder die überwiegend registergestützte Zählung durch. Nur bei einem Teil der Bürgerinnen und Bürger sind zusätzliche Befragungen erforderlich. Bei der Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis und den Erhebungen an Anschriften mit Sonderbereichen, zu denen Wohnheime und Gemeinschaftsunterkünfte zählen, ist der Einsatz von Interviewerinnen und Interviewern vorgesehen, die die auskunftspflichtigen Personen zuhause aufsuchen. Dieses Vorgehen wäre in der aktuellen Pandemiesituation nicht angemessen.

Registergestütztes Erhebungsverfahren mit ergänzenden Befragungen

Ermittlung von Einwohnerzahlen als zentrales Ziel

Ein zentrales Ziel des Zensus ist es, die Einwohnerzahlen für Bund, Länder und Gemeinden zu ermitteln. Diese dienen als Bemessungsgröße u. a. für den Bund-Länder-Finanzausgleich, für die Festlegung der Stimmenanzahl der Länder im Bundesrat sowie für die Wahlkreiseinteilung. Darüber hinaus liefert der Zensus vernetzte Strukturdaten aus den Bereichen Bevölkerung, Haushalte, Erwerbstätigkeit, Bildung und Gebäude, die

als Grundlage für politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Planungen und Entscheidungen genutzt werden.

Wie bereits der Zensus 2011 wird die Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung im Jahr 2022 erneut registergestützt durchgeführt. Dabei werden – soweit möglich und qualitativ vertretbar – Daten aus Verwaltungsregistern genutzt und durch Angaben aus primärstatistischen Erhebungen ergänzt.[1]

Grundlage für die Ermittlung der Bevölkerungszahlen zum Zensusstichtag bilden Personendaten aus den dezentral vorgehaltenen Melderegisterbeständen.

Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis

Um die Qualität dieser Zahlen zu sichern, werden an repräsentativ ausgewählten Anschriften in sämtlichen Haushalten die dort am Stichtag Wohnenden von geschulten Interviewerinnen und Interviewern erfasst. In Rheinland-Pfalz werden im Zuge dieser Erhebung etwa 400 000 Personen befragt. Die Ergebnisse dieser sogenannten „Existenzfeststellung" werden mit den in den Melderegistern registrierten Personen abgeglichen. Dabei festgestellte Unter- und Übererfassungen in den Melderegisterbeständen werden zur Ermittlung der Einwohnerzahlen hochgerechnet. Die Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis dient auch dazu, Informationen zu gewinnen, die nicht in den Verwaltungsregistern verfügbar sind (z. B. Bildungsstand). Diese weiteren Angaben melden die Auskunftspflichtigen möglichst über einen Online-Fragebogen.

Erhebungen an Anschriften mit Sonderbereichen

In Wohnheimen (z. B. Studierendenwohnheime) und Gemeinschaftsunterkünften (z. B. Senioren- und Pflegeheime), den sogenannten Sonderbereichen, ist erfahrungsgemäß mit einer überproportional hohen Anzahl von Über- und Untererfassungen in den Melderegisterbeständen zu rechnen. Gründe hierfür sind u. a. ein unzureichendes Meldeverhalten und häufige Bewohnerwechsel. Zur Ermittlung der Einwohnerzahl müssen diese Über- und Untererfassungen gezielt bereinigt werden. Deshalb werden alle an diesen Anschriften wohnenden Personen in die Zensus-Erhebung einbezogen. In Wohnheimen werden, wie bei der Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis, die Bewohnerinnen und Bewohner durch geschulte Interviewerinnen und Interviewer persönlich befragt. Die Erfassung von Personen in Gemeinschaftsunterkünften erfolgt über die jeweiligen Einrichtungsleitungen per Online-Fragebogen. An zufällig ausgewählten Anschriften mit Sonderbereichen, an denen sich keine Gemeinschaftsunterkünfte befinden, werden wie in der Haushaltebefragung noch zusätzliche Angaben (z. B. zu Bildungsstand und Erwerbstätigkeit) erhoben.

Angepasstes Erhebungsverfahren im Pandemiefall

Im Falle eines weiterhin andauernden ernsten Pandemiegeschehens sind bei der Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis und der Erhebung an Anschriften mit Sonderbereichen Telefoninterviews anstelle von persönlichen Befragungen vorgesehen. Zudem erarbeiten die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zurzeit ein Hygienekonzept für den Einsatz von Erhebungsbeauftragten bei Face-to-face-Kontakt.

Kommunen unterstützen die Zensusvorbereitung und -durchführung

Bereits in der Vorbereitungsphase des Zensus sind die Kommunalverwaltungen aktiv

1 Für eine detaillierte Beschreibung der verschiedenen Erhebungsteile des Zensus vgl. Heßberger, A.: Zensus 2021 – nächster Zensusstichtag am 16. Mai 2021. In: Statistisches Monatsheft, 73. Jg. (2020), S. 47–52.

in die Arbeiten eingebunden. Beispielsweise übermitteln sie Daten aus den Melderegistern, die zum Aufbau des sogenannten anschriftenbezogenen Steuerungsregisters verwendet werden. In dieses Register sind alle potentiellen Wohnanschriften in Rheinland-Pfalz aufzunehmen. Es dient u. a. zur Koordinierung sämtlicher Erhebungsteile des Zensus und als Auswahlgrundlage für die Stichprobe der Haushaltebefragung.[2] Zudem klären die Kommunalverwaltungen Zweifelsfälle im Rahmen der Ermittlung zählungsrelevanter Anschriften auf.

Bei der Organisation und Durchführung der primärstatistischen Vor-Ort-Erhebungen, insbesondere der Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis und der Erhebung an Anschriften mit Sonderbereichen, spielt die kommunale Ebene ebenfalls eine essentielle Rolle. Vor-Ort-Kenntnisse und die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern sind Voraussetzungen dafür, dass die Zählungen gelingen und die erforderliche Ergebnisqualität erreicht wird.

Einrichtung von Erhebungsstellen in den Landkreisen und kreisfreien Städten

In allen 24 Landkreisen und in jeder der zwölf kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz ist eine kommunale Erhebungsstelle vorgesehen. Die Einrichtung und die Aufgabenbereiche dieser Erhebungsstellen sind im Landesgesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2022 (AGZensG 2022) geregelt. Die Fachaufsicht über die Erhebungsstellen obliegt dem Statistischen Landesamt.

Erhebungsstellen als abgeschottete Verwaltungseinheiten

Sämtliche im Zensus erhobene und verarbeitete Daten unterliegen dem Statistikgeheimnis. Einzelangaben über persönliche und sachliche Verhältnisse werden deshalb ausschließlich für statistische Zwecke genutzt. Aus diesem Grund werden die Erhebungsstellen in den jeweiligen Kommunalverwaltungen der kreisfreien Städte und Landkreise als eigene Verwaltungsstellen eingerichtet. Sie sind räumlich, organisatorisch und personell von anderen Verwaltungsbereichen getrennt, um eine Verwendung der Einzelangaben in den Verwaltungen zu verhindern (Rückspielverbot). Deshalb nutzen die Erhebungsstellen eigene Räume und richten eine eigene Postanschrift, eigene E-Mail-Adressen und eigene Telefonnummern ein. Der Zutritt zu den Räumlichkeiten der Erhebungsstelle wird geregelt, überwacht und protokolliert.

Statistikgeheimnis gewährleistet

Die in der Erhebungsstelle beschäftigten Personen müssen zur Sicherung des Statistikgeheimnisses Gewähr für die Zuverlässigkeit und Verschwiegenheit bieten. Während der Tätigkeit in der Erhebungsstelle dürfen sie folglich nicht mit anderen Aufgaben des Verwaltungsvollzugs betraut werden. Sie sind bei Aufnahme ihrer Tätigkeit schriftlich auf die Wahrung des Statistikgeheimnisses, die Sicherstellung des Datengeheimnisses sowie die Einhaltung sonstiger datenschutzrechtlicher Vorgaben zu verpflichten. Die Verpflichtung auf Geheimhaltung gilt weiter fort, wenn sie ihre Tätigkeit in der Erhebungsstelle beendet haben. Verstöße gegen die Geheimhaltungspflicht können mit mehrjährigen Freiheitsstrafen geahndet werden.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Erhebungsstellen müssen sicherstellen, dass sämtliche Erhebungs- und Arbeitsunterlagen sowie sonstige Datenträger mit Einzelangaben in der Erhebungsstelle Unbefugten nicht zugänglich sind. Nicht mehr benötigte

2 Zu Aufbau und Bedeutung des Steuerungsregisters vgl. Reh, G.: Zensus 2021 – Vorbereitungsgesetz verabschiedet. In: Statistisches Monatsheft, 70. Jg. (2017), S. 289–294.

Unterlagen mit Einzelangaben und Einzelangaben auf elektronischen Datenträgern sind datenschutzgerecht zu vernichten bzw. zu löschen. Auch an die IT-Sicherheit bestehen besondere Ansprüche, die den hohen Anforderungen an den Datenschutz und das Statistikgeheimnis Rechnung tragen.

Aufgaben der Erhebungsstellen

Die Erhebungsstellen nehmen zum 1. September 2021 ihren Betrieb auf. Sie sind für die Vorbereitung und Durchführung folgender primärstatistischer Erhebungen verantwortlich:

- Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis,
- Erhebung an Anschriften mit Sonderbereichen,
- Wiederholungsbefragung zur Qualitätsbewertung, bei der maximal vier Prozent der an den Stichprobenanschriften und Anschriften mit Wohnheimen wohnenden Personen noch einmal zu wenigen demografischen Merkmalen befragt werden,
- Ersatzbefragung zur Gebäude- und Wohnungszählung, bei der durch bloße Inaugenscheinnahmen von außen Merkmale zu Wohngebäuden, für die kein Auskunftspflichtiger ermittelt werden konnte, erhoben werden sowie
- gegebenenfalls notwendige Nacherhebungen zur Klärung von Unstimmigkeiten.

Anwerbung von Erhebungsbeauftragten

Bis zum Zensusstichtag sind die Erhebungsstellen dafür zuständig, ehrenamtliche Interviewerinnen und Interviewer (sogenannte Erhebungsbeauftragte) für die verschiedenen Befragungen anzuwerben, auszuwählen und zu schulen. Bei der Auswahl geeigneter Personen ist besonders auf Vertrauenswürdigkeit, Zuverlässigkeit, freundliches Auftreten und Verschwiegenheit zu achten. Die Tätigkeit kann Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung, aber auch allen interessierten volljährigen Bürgerinnen und Bürgern übertragen werden. Beim Zensus 2011 wurden rund 38 Prozent der seinerzeit etwa 5 700 eingesetzten Erhebungsbeauftragten aus der öffentlichen Verwaltung und etwa 62 Prozent aus der Bevölkerung gewonnen. Die Erhebungsbeauftragten werden vor Aufnahme ihrer Tätigkeit ebenfalls auf das Statistikgeheimnis und den Datenschutz verpflichtet.

Die Erhebungsstellen weisen die zu erhebenden Anschriften den Erhebungsbeauftragten zu. Dabei ist darauf zu achten, dass Erhebungsbeauftragte nicht in unmittelbarer Umgebung ihrer Wohnung eingesetzt werden. Die Erhebungsbeauftragten erhalten von den Erhebungsstellen zusammengestellte Erhebungs- und Arbeitsunterlagen für die Befragungen.

Aufgrund der Corona-Pandemie sollen die persönlichen Befragungen kontaktreduziert erfolgen, um weder die Erhebungsbeauftragten noch die Auskunftspflichtigen zu gefährden. Beispielsweise ist die Auskunft zu den zusätzlichen Merkmalen in der Haushaltebefragung vorrangig online zu erteilen. Je nach Pandemieverlauf sollen die persönlichen Befragungen durch Telefoninterviews ersetzt werden. Derzeit erarbeiten die statistischen Ämter des Bundes und der Länder hierzu entsprechende Konzepte.

Aufgaben während der Erhebungsphase

Ab dem Zensusstichtag müssen die Erhebungsstellen die vollzählige Erfassung und vollständige Befragung der Erhebungseinheiten sicherstellen. Dazu prüfen sie die von den Erhebungsbeauftragten und den Auskunftspflichtigen ausgefüllten Erhebungs- und Arbeitsunterlagen auf Vollständigkeit und Vollzähligkeit, klären dabei auftretende

Unstimmigkeiten und erfassen die Erhebungsunterlagen in einem IT-Verwaltungsverfahren, das bundesweit für alle Erhebungsstellen zentral vom Statistischen Bundesamt entwickelt wird.[3] Zudem sind die Erhebungsstellen gefordert, bei unwilligen und säumigen Auskunftspflichtigen die im Zensus geltende Auskunftspflicht nach den Vorschriften des Landesverwaltungsvollstreckungsgesetzes durchzusetzen. So kann Auskunftspflichtigen, die auch nach mehrmaliger Aufforderung ihrer Auskunftspflicht nicht nachgekommen sind, ein Zwangsgeld zur Erteilung der Auskünfte auferlegt werden. Dieses Zwangsmittel ist notwendig, um Ergebnisse in der notwendigen Qualität und Genauigkeit zu erhalten.

Des Weiteren fungieren die Erhebungsstellen als erste Ansprechpartner sowohl für die Auskunftspflichtigen zu den oben genannten Personenerhebungen als auch für die Erhebungsbeauftragten. Auch die Berechnung und Auszahlung der Aufwandsentschädigungen für die Erhebungsbeauftragten übernehmen die Erhebungsstellen.

Mehrbelastungsausgleich

Im Hinblick auf die Ausgaben, die den kreisfreien Städten und Landkreisen durch die Aufgaben für den Zensus 2022 entstehen, sieht das AGZensG 2022 einen finanziellen Ausgleich in Höhe von rund 11,6 Millionen Euro durch das Land Rheinland-Pfalz vor (Mehrbelastungsausgleich).

Unterstützung durch die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden

Das AGZensG 2022 regelt weiterhin, dass die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden die jeweilige Erhebungsstelle im Landkreis bei der Erfüllung ihrer Aufgaben auf Anforderung personell und sachlich unterstützen. Dadurch werden die besonderen Ortskenntnisse der Verwaltungen der verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden genutzt und eine rationelle Aufgabenerledigung ermöglicht. Die Unterstützung durch Gemeindeverwaltungen kann beispielsweise darin bestehen, Räumlichkeiten für die Erhebungsstelle zur Verfügung zu stellen. Zudem sollen in der jeweiligen Kommunalverwaltung beruflich Tätige als Erhebungsbeauftragte mit Koordinationsaufgaben benannt werden. Diese wirken u. a. bei der Klärung zensusrelevanter Anschriften und der Durchführung der Vor-Ort-Erhebungen mit.

Fazit

Mit dem Landesgesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2022 wurden im Wesentlichen die gesetzlichen Grundlagen für die Mitwirkung der kommunalen Ebene bei der Organisation und Durchführung der Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis, der Erhebung an Anschriften mit Sonderbereichen sowie weiterer Vor-Ort-Erhebungen des Zensus geschaffen. Es regelt die Einrichtung und die Aufgaben der auf der Kreisebene angesiedelten Erhebungsstellen. Für die Aufgabenwahrnehmung bestehen hohe Ansprüche an die Geheimhaltung. Die Erhebungsstellen setzen für die Vor-Ort-Befragungen ehrenamtliche Erhebungsbeauftragte ein, die ebenfalls das Statistikgeheimnis wahren und sonstige datenschutzrechtliche Vorgaben befolgen müssen. Daher müssen die Erhebungsbeauftragten besonders sorgfältig ausgewählt und geschult werden. Die Erhebungsstellen der Landkreise werden bei ihren Aufgaben durch die verbandsfreien

3 Die Papierfragebogen zur Erfassung zusätzlicher Merkmale, die nicht in den Verwaltungsregistern verfügbar sind, werden von den Erhebungsstellen nur eingangsregistriert und dann zur elektronischen Erfassung (Beleglesung) an einen externen Dienstleister übermittelt.

Gemeinden und Verbandsgemeinden unterstützt. Die Mitarbeit der kommunalen Ebene ist sowohl für die Vorbereitung als auch für die Durchführung des Zensus 2022 unverzichtbar.

Britta Müller, Politik- und Verwaltungswissenschaftlerin M.A., ist Referentin im Referat „Bevölkerung, Zensus, Verwaltungsstelle Mortalität“.

Info

Zum nächsten Zensus sind bereits folgende Aufsätze in den Statistischen Monatsheften Rheinland-Pfalz erschienen:

- 01/2020 Zensus 2021 – Nächster Zensusstichtag am 16. Mai 2021
- 05/2017 Zensus 2021 – Vorbereitungsgesetz verabschiedet
- 04/2016 Zensus 2021 – Aktueller Planungsstand

Weitere Informationen finden Sie auch unter: www.zensus2022.de

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 079 [1,2]	4 089 [1,2]	4 094	4 096	4 095	4 096	4 098	4 099	4 100
darunter Ausländer/-innen[3]	1 000	442 [1,2]	461 [1,2]	468	470	471	478	480	482	484
Natürliche Bevölkerungsbewegung[4]										
* Eheschließungen[5]	Anzahl	1 888	1 736	2 503	1 891	1 129	2 552	2 187	2 151	1 116
* Lebendgeborene[6]	Anzahl	3 137	3 098	3 328	3 194	2 955	3 445	3 372	3 215	2 939
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	9,2	9,1	9,9	9,2	8,8	9,9	10,0	9,2	8,7
* Gestorbene (ohne Totgeborene)[7]	Anzahl	4 025	3 968	3 626	3 885	4 012	3 945	3 775	3 988	4 232
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	11,8	11,7	10,8	11,2	11,9	11,3	11,2	11,5	12,6
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene[7]	Anzahl	11	9	11	6	11	14	17	5	13
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,4	3,0	3,3	1,9	3,7	4,1	5,0	1,6	4,4
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-888	-870	-298	-691	-1 057	-500	-403	-773	-1 293
je 1 000 Einwohner/-innen	Anzahl	-2,6	-2,6	-0,9	-2,0	-3,1	-1,4	-1,2	-2,2	-3,8
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	12 414	12 440	14 619	15 563	10 736	13 575	13 130	14 021	11 160
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	6 411	6 347	7 576	7 463	5 364	6 106	6 271	6 495	5 111
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	10 575	10 837	12 931	12 948	9 892	11 381	11 158	11 758	9 629
* darunter in das Ausland	Anzahl	4 702	4 921	5 324	4 989	4 607	4 342	4 188	4 074	3 669
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	1 839	1 603	1 688	2 615	844	2 194	1 972	2 263	1 531
* Innerhalb des Landes Umgezogene[8]	Anzahl	13 982	13 922	14 188	15 089	12 361	15 470	14 066	14 956	13 587

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[9,10,11]	Einheit	2017	2018		2019				2020	
		30.06.		31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort[12]	1 000	1 389	1 412	1 431	1 431	1 435	1 462	1 447	1 441	1 429
* Frauen	1 000	648	656	667	666	667	679	677	673	667

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte[1, 2, 3]	Einheit	2017	2018		2019				2020	
		30.06.		31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
* Ausländer/-innen	1 000	141	155	158	164	170	177	170	173	174
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	400	410	416	417	422	427	428	427	423
* darunter Frauen	1 000	328	334	340	340	342	346	347	347	343
davon nach Wirtschaftsbereichen[4]										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	14	11	13	14	15	11	13	14
* produzierendes Gewerbe	1 000	430	434	441	442	442	449	442	440	436
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	304	312	319	316	319	325	323	319	316
* Erbringung von Unternehmens-dienstleistungen	1 000	221	227	225	225	225	230	225	225	223
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	420	425	436	435	435	443	445	444	440

Arbeitsmarkt[5]	Einheit	2019	2020				2021		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Arbeitslose	Anzahl	97 717	117 912	106 830	105 642	102 628	115 845	125 665	125 811	122 614
* Frauen	Anzahl	43 707	51 857	45 953	45 445	44 420	51 364	55 202	54 955	54 172
Männer	Anzahl	54 010	66 055	60 876	60 196	58 207	64 481	70 463	70 856	68 442
SGB III (Arbeitslosengeld I)[6]	Anzahl	41 433	55 862	49 745	49 198	46 800	55 614	62 052	60 667	56 537
SGB II (Arbeitslosengeld II)[7]	Anzahl	56 284	62 051	57 085	56 444	55 828	60 231	63 613	65 144	66 077
* Arbeitslosenquote[8]	%	4,3	5,2	4,7	4,7	4,6	5,1	5,6	5,6	5,4
* Frauen	%	4,1	4,9	4,3	4,3	4,2	4,8	5,2	5,2	5,1
* Männer	%	4,5	5,5	5,1	5,0	4,9	5,4	5,9	5,9	5,7
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,0	5,0	4,1	4,3	4,1	4,3	4,7	4,9	4,7
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,0	3,5	2,9	2,9	2,8	3,0	3,2	3,4	3,2
Ältere von 50–65 Jahren	%	4,2	4,9	4,6	4,5	4,4	5,0	5,4	5,4	5,3
Ältere von 55–65 Jahren	%	4,7	5,4	5,1	5,1	4,9	5,5	6,0	6,0	5,9
* Ausländer/-innen	%	11,3	13,1	12,6	12,4	12,1	12,4	13,6	13,8	13,7
Deutsche	%	3,5	4,2	3,8	3,8	3,6	4,2	4,5	4,5	4,3
* Kurzarbeiter/-innen[9]	Anzahl	5 728	...	15 472	18 118	105 979	...	...	...	...
* Gemeldete Arbeitsstellen[10]	Anzahl	39 492	30 971	34 839	34 906	34 661	30 560	30 245	31 071	32 844

Soziales

Leistungsbezug nach SGB II[11]	Einheit	2018	2019			2020				2021
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	240 488	227 968	221 080	220 285	221 260	224 377	223 331	223 655	...
* darunter Frauen	Anzahl	118 759	113 208	110 112	109 766	110 058	111 408	110 997	111 297	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	161 337	151 888	146 575	145 934	146 981	150 118	149 414	149 834	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs-berechtigte	Anzahl	66 455	63 706	62 346	62 341	61 722	61 585	61 038	60 946	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	64 479	61 813	60 417	60 406	59 738	59 613	59 063	58 999	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Einschließlich witterungsbedingter Saisonarbeit. – 10 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 11 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

Bautätigkeit
(Baugenehmigungen)

Baugenehmigungen für Wohngebäude	Einheit	2018	2019			2020				2021
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Wohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	510	515	480	377	484	544	562	531	575
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	446	453	410	319	426	496	501	485	527
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	5	4	6	3	4	3	5	2	4
Unternehmen	Anzahl	68	57	66	36	73	48	76	41	37
private Haushalte	Anzahl	437	454	408	338	407	493	481	488	534
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 174	1 119	1 273	885	978	976	1 172	909	935
* Umbauter Raum	1 000 m^3	701	702	772	548	607	632	741	609	659
* Wohnfläche	1 000 m^2	130	130	144	102	112	118	139	114	122
Wohnräume	Anzahl	5 171	5 113	5 309	3 977	4 280	4 650	5 406	4 456	4 655
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	230	237	251	194	210	224	260	215	233
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	122	113	108	93	90	106	104	70	109
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	14	12	14	6	10	12	15	4	8
Unternehmen	Anzahl	80	77	70	68	66	64	65	55	68
private Haushalte	Anzahl	27	24	24	19	14	30	24	11	33
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	23	18	9	5	54	34	9	23	2
* Umbauter Raum	1 000 m^3	892	675	1 093	520	668	820	688	359	715
* Nutzfläche	1 000 m^2	134	106	159	88	88	116	89	521	88
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	125	108	253	64	72	136	88	77	75
Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 350	1 245	1 381	1 166	1 245	1 257	1 419	1 125	1 154
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	5 927	5 788	5 856	4 712	5 278	5 575	6 343	5 345	5 507

Landwirtschaft

	Einheit	2018	2019			2020				2021
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Schlachtmengen (ohne Geflügel)[1]	t	11 625	11 591	12 688	10 385	12 637	12 651	12 298	10 946	11 075
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 859	1 636	2 258	1 523	1 968	1 863	1 931	1 534	1 132
darunter										
* Kälber	t	8	8	11	14	7	10	9	18	5
* Jungrinder	t	9	7	9	11	10	9	16	11	10
* Schweine	t	9 714	9 825	10 381	8 812	10 635	10 742	10 317	9 360	9 914
* Eiererzeugung[2]	1 000	16 822	18 991	19 398	20 225	19 909	20 616	18 108	19 792	21 183

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[3]

* Betriebe	Anzahl	1 041	1 037	1 042	1 041	1 022	1 044	1 044	1 042	1 000
* Beschäftigte[4]	Anzahl	260 572	262 937	263 190	261 895	260 201	257 345	256 648	255 671	253 513
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	32 905	32 881	33 405	28 971	34 164	32 827	32 988	28 731	31 569
* Entgelte	Mill. EUR	1 145	1 176	1 474	1 116	1 097	1 076	1 464	1 117	1 053
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	8 361	7 711	7 329	6 573	7 231	7 389	7 538	7 203	6 706
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie[5]	Mill. EUR	4 372	4 164	3 932	3 219	4 251	3 974	4 027	3 548	3 925
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 282	2 310	2 209	2 173	1 832	2 226	2 373	2 481	1 792
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	86	82	77	71	65	94	99	87	72
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 620	1 156	1 111	1 110	1 084	1 096	1 040	1 087	918
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 462	2 323	2 120	1 815	2 424	2 043	2 095	1 964	2 248
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	1 091	1 133	1 036	968	856	1 223	1 237	1 212	793
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	4 813	4 349	3 979	3 617	4 134	4 094	4 182	3 966	3 846
Exportquote[6]	%	57,6	56,4	54,3	55,0	57,2	55,4	55,5	55,1	57,4
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2015=100	119,5	101,8	95,0	93,2	109,5	106,6	114,3	106,6	111,4
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2015=100	110,8	106,4	99,2	89,3	120,6	110,8	117,8	102,4	125,8
Investitionsgüterproduzenten	2015=100	114,0	96,2	93,7	100,4	101,3	105,7	117,7	114,4	101,1

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden[1]	Einheit	2018	2019			2020				2021
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
Gebrauchsgüterproduzenten	2015=100	150,1	148,9	109,8	134,0	127,7	203,5	193,5	202,2	...
Verbrauchsgüterproduzenten	2015=100	173,1	101,0	81,9	78,4	94,0	85,7	81,8	87,2	...
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2015=100	110,0	106,9	96,6	90,9	123,2	107,2	116,6	102,3	...
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2015=100	115,0	89,4	77,7	90,3	83,7	89,9	105,9	104,4	...
Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen[2]										
* Betriebe[3]	Anzahl	173	172	171	171	173	169	169	169	171
* Beschäftigte[3,4]	Anzahl	9 807	9 898	9 983	9 982	10 048	10 216	10 210	10 188	10 068
* Geleistete Arbeitsstunden[3]	1 000 h	1 186	1 195	1 244	1 031	1 312	1 280	1 304	1 084	1 281
* Entgelte[3]	Mill. EUR	45	46	62	44	42	55	66	46	42
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung[5]										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	271	346	368	314	480	259	365	424	465
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	257	333	355	300	463	246	351	408	449
Baugewerbe										
Bauhauptgewerbe[6]										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	20 563	21 518	21 874	21 657	22 208	22 758	22 768	22 618	24 024
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	2 039	2 131	2 328	1 707	1 795	2 568	2 526	1 835	1 573
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	355	379	401	316	376	475	478	357	300
* gewerblicher Bau[7]	1 000 h	667	696	741	592	642	830	817	620	701
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 017	1 056	1 187	800	777	1 263	1 232	859	517
darunter Straßenbau	1 000 h	555	577	651	436	372	688	679	450	254
* Entgelte	Mill. EUR	71	76	97	75	71	81	100	80	69

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe

Bauhauptgewerbe[1]

	Einheit	2018	2019			2020				2021
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	321	339	402	400	222	401	451	492	190
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	59	61	65	73	44	75	79	128	29
* gewerblicher Bau[2]	Mill. EUR	107	120	145	130	75	136	166	152	86
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	155	158	192	198	103	190	205	212	76
darunter Straßenbau	Mill. EUR	81	83	106	108	47	101	110	102	34

Ausbaugewerbe (Bauinstallation und sonstiger Ausbau)[3]

	Einheit	2018	2019			2020			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
Betriebe[4]	Anzahl	379	405	408	403	401	389	387	383	379
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)[4]	Anzahl	15 929	16 810	16 861	16 986	16 794	16 724	16 500	16 635	16 235
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 896	5 075	5 099	5 207	4 931	4 962	4 815	4 949	4 712
* Entgelte	Mill. EUR	136	148	146	148	161	145	147	148	155
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	473	527	469	559	667	433	483	527	706

Handel[5]

Großhandel[p, 6]

	Einheit	2018	2019			2020				2021
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Beschäftigte	2015=100	102,8	102,7	103,1	102,6	102,5	102,9	103,1	102,5	102,2
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	96,8	97,4	97,0	96,9	95,7	94,2	95,3	94,7	94,2
* Umsatz nominal [7]	2015=100	102,9	109,7	108,6	101,4	102,3	117,7	109,9	109,2	95,7
* Umsatz real [7]	2015=100	99,4	105,7	105,4	98,6	99,0	114,8	107,0	105,8	91,9

Einzelhandel[p, 8]

* Beschäftigte	2015=100	103,0	104,0	106,1	106,1	105,2	106,3	105,8	106,2	103,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	103,6	104,8	106,6	106,8	105,8	106,1	105,4	106,2	102,7
* Umsatz nominal [7]	2015=100	107,6	111,3	117,0	123,0	106,0	126,1	123,4	129,2	94,4
* Umsatz real [7]	2015=100	104,2	107,1	112,1	118,0	101,6	119,4	117,1	122,5	88,9

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Vor 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Ab 2018 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 23 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel[1]

Kfz-Handel[p, 2]

	Einheit	2018	2019			2020				2021
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Beschäftigte	2015=100	106,6	108,5	110,1	109,4	109,9	107,6	108,1	107,2	106,1
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	107,9	109,8	110,6	110,4	110,7	107,6	108,6	108,1	107,2
* Umsatz nominal[3]	2015=100	113,7	119,1	123,3	104,0	108,7	133,5	132,4	121,7	80,7
* Umsatz real[3]	2015=100	110,1	113,2	116,7	97,8	102,5	124,6	123,1	112,4	75,2

Gastgewerbe[p]

* Beschäftigte	2015=100	100,3	100,1	101,9	99,6	95,1	90,8	74,6	68,1	65,2
darunter Teilzeitbeschäftigte	2015=100	101,0	100,4	102,6	99,9	94,4	86,9	65,8	59,3	57,2
* Umsatz nominal[3]	2015=100	112,9	114,6	106,5	111,4	87,9	102,7	31,7	28,9	25,3
* Umsatz real[3]	2015=100	106,1	105,1	96,9	101,4	79,9	88,8	27,3	24,9	22,2

Tourismus[4]

* Gästeankünfte	1 000	753	760	601	502	391	644	95	60	56
* darunter von Auslandsgästen	1 000	160	160	99	95	61	42	11	9	9
* Gästeübernachtungen	1 000	1 884	1 918	1 361	1 226	963	1 888	380	279	263
* darunter von Auslandsgästen	1 000	442	445	243	239	147	131	43	34	32

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2018	2019			2020			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden[5]	Anzahl	1 814	1 777	2 014	1 766	1 686	1 937	1 666	1 341	1 283
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 247	1 203	1 287	1 135	1 031	1 469	1 111	872	752
* Getötete Personen	Anzahl	14	13	11	10	7	13	12	5	5
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	7	6	4	4	5	4	7	1	3
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	3	4	3	1	-	6	1	3	-
Radfahrer	Anzahl	1	2	2	3	-	2	4	1	1
Fußgänger	Anzahl	2	1	-	2	2	-	-	-	-
* Verletzte Personen	Anzahl	1 616	1 546	1 697	1 494	1 349	1 851	1 413	1 088	973

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr

Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
schwer verletzte Personen	Anzahl	301	291	320	243	204	390	196	172	140
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	131	132	175	144	111	134	95	82	83
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	82	71	56	31	25	109	46	34	11
Radfahrer	Anzahl	47	49	46	27	25	103	33	30	19
Fußgänger	Anzahl	29	27	26	34	34	29	16	18	19

Kraftfahrzeuge[1]

	Einheit	2018	2019			2020				2021
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 420	13 937	12 874	12 147	11 255	13 231	13 819	14 279	...
darunter										
Krafträder	Anzahl	696	733	224	136	348	643	574	747	...
* Personenkraftwagen[2]	Anzahl	11 174	11 573	11 079	10 722	9 469	11 094	11 534	11 975	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	1 090	1 137	1 165	942	1 067	1 003	1 218	1 013	...
Zugmaschinen	Anzahl	357	394	270	247	310	387	339	357	...

Personenbeförderung

	Einheit	2018	2019			2020			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	67 851	58 509	58 733	55 869	58 730	...	...	...	...
Personenkilometer[3]	Mill.	746	649	652	637	630	...	...	...	...

Binnenschifffahrt

	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Güterempfang	1 000 t	947	1 053	955	921	926	909	1 169	936	884
* Güterversand	1 000 t	713	858	940	858	680	966	964	842	735

Außenhandel[4]

Ausfuhr (Spezialhandel)[5]

* Insgesamt	Mill. EUR	4 991	4 445	4 706	4 205	3 560	4 320	4 481	4 316	3 820
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	316	324	357	315	264	312	340	319	268
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	4 618	4 061	4 270	3 812	3 232	3 930	4 048	3 910	3 432

1 Quelle: Kaftfahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel[1]

Ausfuhr (Spezialhandel)[2]

	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Rohstoffe	Mill. EUR	26	27	34	27	18	32	29	31	17
* Halbwaren	Mill. EUR	158	152	140	137	114	164	175	156	144
* Fertigwaren	Mill. EUR	4 434	3 883	4 096	3 648	3 100	3 733	3 843	3 724	3 271
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	1 017	988	1 024	863	707	961	893	862	809
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	3 418	2 895	3 073	2 785	2 393	2 773	2 950	2 862	2 463
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	3 547	3 002	3 183	2 867	2 298	2 962	3 044	3 026	2 495
darunter in/nach										
EU-Länder (28)	Mill. EUR	3 211	2 688	2 849	2 548	2 060	-	-	-	-
EU-Länder (27)	Mill. EUR	2 926	2 416	2 544	2 314	1 870	2 426	2 503	2 462	2 074
Belgien	Mill. EUR	205	202	192	173	161	179	214	250	190
Luxemburg	Mill. EUR	57	54	60	54	47	50	52	50	37
Dänemark	Mill. EUR	49	50	49	46	38	51	48	46	41
Finnland	Mill. EUR	33	32	32	26	21	32	32	25	26
Frankreich	Mill. EUR	470	447	438	438	378	412	447	411	374
Griechenland	Mill. EUR	34	44	69	45	23	135	72	72	82
Irland	Mill. EUR	403	35	41	20	17	16	35	32	26
Italien	Mill. EUR	273	251	270	243	191	240	257	248	207
Niederlande	Mill. EUR	332	270	277	279	201	261	272	281	263
Österreich	Mill. EUR	180	181	194	184	141	199	201	185	133
Schweden	Mill. EUR	86	79	82	73	57	80	75	72	60
Spanien	Mill. EUR	222	212	223	193	164	189	193	181	155
Portugal	Mill. EUR	36	27	28	23	20	32	31	34	33
Großbritannien	Mill. EUR	286	272	305	234	189	239	242	274	167
* Afrika	Mill. EUR	119	126	120	114	109	84	96	101	97
* Amerika	Mill. EUR	635	624	742	591	552	574	690	483	606
darunter nach USA	Mill. EUR	443	431	551	410	394	413	507	307	418
* Asien	Mill. EUR	635	651	629	598	565	652	608	663	566
darunter nach China	Mill. EUR	187	200	188	172	185	268	232	251	187
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	55	42	32	35	36	49	43	43	55

Einfuhr (Generalhandel)[2]

* Insgesamt	Mill. EUR	3 793	3 272	3 268	3 036	2 657	2 903	3 130	3 091	2 922
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	275	283	304	254	290	291	315	323	294
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 326	2 756	2 688	2 505	2 124	2 439	2 600	2 517	2 357
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	37	38	36	37	27	31	33	33	29
* Halbwaren	Mill. EUR	288	255	208	224	203	166	203	189	201
* Fertigwaren	Mill. EUR	3 001	2 463	2 445	2 244	1 895	2 242	2 364	2 295	2 127

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel[1]

Einfuhr (Generalhandel)[2]

	Einheit	2018	2019			2020			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	1 015	579	539	519	428	462	489	452	428
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 986	1 883	1 905	1 725	1 467	1 780	1 875	1 844	1 699
davon aus										
* Europa	Mill. EUR	2 879	2 421	2 423	2 290	1 897	2 136	2 242	2 313	2 089
darunter aus										
EU-Ländern (28)	Mill. EUR	2 627	2 174	2 195	2 081	1 723	-	-	-	-
EU-Ländern (27)	Mill. EUR	2 498	2 071	2 092	1 995	1 644	1 815	1 891	1 954	1 749
Belgien	Mill. EUR	274	234	239	220	202	174	197	200	196
Luxemburg	Mill. EUR	53	50	51	51	41	44	41	44	36
Dänemark	Mill. EUR	22	23	32	31	29	42	39	44	44
Finnland	Mill. EUR	14	14	15	14	9	15	13	11	14
Frankreich	Mill. EUR	314	293	316	296	249	295	300	314	275
Griechenland	Mill. EUR	10	17	12	28	27	11	29	9	13
Irland	Mill. EUR	231	99	110	85	77	35	65	51	32
Italien	Mill. EUR	415	221	225	231	200	201	206	227	167
Niederlande	Mill. EUR	329	289	263	234	201	263	250	271	265
Österreich	Mill. EUR	123	127	164	177	119	145	147	146	169
Schweden	Mill. EUR	50	36	35	28	27	32	23	24	26
Spanien	Mill. EUR	194	208	139	130	109	117	127	149	131
Portugal	Mill. EUR	21	20	22	21	18	18	22	24	20
Großbritannien	Mill. EUR	129	103	102	86	78	80	93	101	93
* Afrika	Mill. EUR	47	56	57	57	65	35	51	34	55
* Amerika	Mill. EUR	296	278	271	241	265	205	277	244	219
darunter aus USA	Mill. EUR	238	213	198	188	226	165	228	194	183
* Asien	Mill. EUR	561	507	506	439	419	514	546	485	543
darunter aus China	Mill. EUR	230	239	257	217	223	262	273	253	259
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	6	7	5	6	8	8	9	8

Gewerbeanzeigen[3]

	Einheit	2018	2019			2020				2021
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 664	2 614	2 228	2 147	3 448	2 688	2 573	2 446	3 194
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	461	467	466	447	611	410	446	398	497
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 725	1 702	1 383	1 250	2 205	1 820	1 689	1 510	2 072
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 671	2 496	2 332	3 034	3 461	2 267	2 285	3 130	3 008
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	394	382	399	441	615	290	355	451	430
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 791	1 650	1 531	2 080	2 197	1 533	1 475	2 146	1 909

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2018	2019			2020				2021
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Insgesamt	Anzahl	404	390	434	320	382	195	188	203	451
davon										
* Unternehmen	Anzahl	60	58	59	44	57	41	39	41	37
* Verbraucher	Anzahl	238	229	272	175	219	88	98	103	322
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	88	86	83	88	87	44	36	44	71
* sonstige natürliche Personen,[1] Nachlässe	Anzahl	18	17	20	13	19	22	15	15	21
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	59	57	69	73	81	31	41	147	318

Handwerk[2]

	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Beschäftigte[3]	2009=100[4]	99,6	99,8	99,1	101,1	99,5	98,6	97,2	98,7	97,5
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)[5]	2009=100[6]	115,2	121,3	122,7	125,8	133,5	106,2	113,1	127,5	147,1

Preise

	Einheit	2019	2020					2021		
		Durchschnitt		Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2015=100	104,7	105,3	104,7	105,3	105,2	105,0	105,7	106,6	107,1
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2015=100	104,5	106,0	105,6	105,6	105,7	106,4	106,4	106,6	106,7

Verdienste[7]

	Einheit	2019	2020	2019			2020			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Bruttomonatsverdienste[8] der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer[9] im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	4 213	4 186	3 850	3 895	3 900	3 865	3 715	3 858	3 919
* Frauen	EUR	3 704	3 761	3 432	3 474	3 484	3 517	3 398	3 528	3 548
* Männer	EUR	4 423	4 360	4 022	4 069	4 072	4 005	3 846	3 993	4 072
* Leistungsgruppe 1[10]	EUR	7 874	7 891	6 912	7 058	7 017	7 013	6 907	7 020	7 072
* Leistungsgruppe 2[10]	EUR	4 880	4 932	4 480	4 576	4 556	4 580	4 437	4 561	4 611
* Leistungsgruppe 3[10]	EUR	3 612	3 569	3 341	3 352	3 367	3 318	3 182	3 321	3 379
* Leistungsgruppe 4[10]	EUR	2 981	2 888	2 767	2 800	2 798	2 752	2 516	2 707	2 757
* Leistungsgruppe 5[10]	EUR	2 549	2 450	2 388	2 404	2 406	2 349	2 226	2 371	2 369

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.

noch: Verdienste[1]

	Einheit	2019	2020	2019			2020			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	4 524	4 391	4 031	4 032	4 066	3 966	3 750	3 917	4 034
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 960	4 039	3 624	3 673	3 688	3 709	3 604	3 761	3 857
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 738	4 567	4 187	4 181	4 213	4 139	3 837	4 026	4 152
* Energieversorgung	EUR	5 801	5 790	5 161	5 144	5 185	5 060	5 089	5 156	5 130
* Wasserversorgung[2]	EUR	3 619	3 846	3 387	3 431	3 466	3 546	3 545	3 580	3 652
* Baugewerbe	EUR	3 648	3 744	3 364	3 419	3 435	3 343	3 360	3 494	3 586
* Dienstleistungsbereich	EUR	4 007	4 048	3 731	3 804	3 791	3 796	3 692	3 818	3 842
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 866	3 826	3 538	3 571	3 532	3 529	3 311	3 511	3 491
* Verkehr und Lagerei	EUR	3 139	3 100	2 893	2 932	2 972	2 921	2 815	2 905	2 961
* Gastgewerbe	EUR	2 324	1 977	2 282	2 235	2 228	2 109	1 534	2 164	(1 871)
* Information und Kommunikation	EUR	5 385	5 396	4 991	5 032	5 057	4 975	4 893	4 955	4 994
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	5 564	5 645	4 779	4 810	4 860	4 892	4 760	4 847	4 861
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	4 382	(4 408)	3 781	(3 850)	(3 906)	(3 822)	3 833	3 859	(4 056)
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	5 067	4 969	4 540	4 533	4 567	4 559	4 448	4 462	4 609
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	2 774	2 914	2 636	2 667	2 711	2 773	2 632	2 854	2 876
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	4 048	4 175	3 903	4 042	3 957	4 027	4 042	4 070	4 070
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 556	4 752	4 338	4 608	4 456	4 578	4 569	4 645	4 659
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	4 087	4 192	3 846	3 886	3 925	3 883	3 862	3 995	4 034
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 432	2 939	3 277	3 249	3 299	3 142	(2 515)	2 882	(2 633)
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 818	3 871	3 598	3 656	3 650	3 594	3 589	3 670	3 718

Geld und Kredit[3]

	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	122 926	126 521	126 385	126 217	127 856	118 155	119 551	121 456	121 852
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	9 899	10 028	10 537	9 749	9 668	8 906	7 821	7 586	7 260

1 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit[1]

	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
Kredite an Nichtbanken										
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	10 143	9 990	10 142	9 845	9 751	7 655	7 661	7 774	7 769
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	102 884	106 504	105 706	106 623	108 437	101 594	104 069	106 096	106 823
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	117 826	120 662	120 473	120 564	122 256	115 364	117 069	118 828	118 999
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	109 659	113 091	112 924	113 202	114 562	107 652	109 466	111 115	111 247
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	8 167	7 571	7 549	7 362	7 694	7 712	7 603	7 713	7 752
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	5 101	5 860	5 912	5 653	5 600	2 791	2 482	2 628	2 853
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	118 264	123 655	122 498	125 079	126 587	124 057	129 114	131 266	133 504
Sichteinlagen	Mill. EUR	73 846	79 307	78 109	80 523	82 309	81 309	86 830	89 074	90 972
Termineinlagen	Mill. EUR	15 798	16 087	15 933	16 409	16 432	15 438	15 148	15 186	15 545
Sparbriefe	Mill. EUR	2 577	2 251	2 292	2 205	2 110	2 021	1 964	1 870	1 772
Spareinlagen	Mill. EUR	26 043	26 011	26 164	25 942	25 736	25 289	25 172	25 136	25 215
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	116 479	121 699	120 611	123 129	124 467	122 141	127 324	129 474	131 613
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	113 362	118 494	117 609	119 860	120 885	118 688	123 880	126 041	127 164
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	3 117	3 205	3 002	3 269	3 582	3 453	3 444	3 433	4 449
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	1 785	1 957	1 887	1 950	2 120	1 916	1 790	1 792	1 891

Steuern

	Einheit	2018	2019		2020				2021	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	4 573	4 731	5 638	3 770	4 548	4 044	5 315	1 738	2 514
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	1 374	1 470	2 299	995	1 522	1 231	2 470	1 088	1 511
Lohnsteuer	Mill. EUR	951	1 000	1 178	831	1 458	1 195	1 245	792	1 335
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	185	197	-	-	621	499	-	-	579
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	207	240	729	49	3	64	783	74	21
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	101	98	78	48	19	48	113	42	27

1 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

	Einheit	2018	2019		2020				2021	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Gemeinschaftsteuern										
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	26	19	5	21	46	55	6	21	59
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	20	14	-	-	40	51	-	-	47
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	89	114	309	46	-4	-132	323	160	69
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	-31	-2	-	-	-32	-128	-	-	-16
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	3 199	3 261	3 339	2 775	3 025	2 812	2 845	649	1 003
Umsatzsteuer	Mill. EUR	552	579	637	516	733	571	497	503	748
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	2 647	2 683	2 702	2 259	2 292	2 241	2 348	146	256
Zölle	Mill. EUR	226	231	204	178	260	214	209	192	234
Bundessteuern	Mill. EUR	89	91	188	60	64	74	195	56	29
darunter										
Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	31	30	68	12	20	38	66	12	4
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	58	61	121	48	45	36	129	44	25
Landessteuern	Mill. EUR	87	95	116	93	89	95	134	94	100
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	24	25	38	21	23	24	40	25	22
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	44	50	55	51	49	53	65	47	57
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	15	15	19	17	13	13	23	20	15
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	2	1	2	1	2	1	2
Biersteuer	Mill. EUR	2	2	2	3	1	4	4	0	4

	Einheit	2018	2019				2020			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
Gemeindesteuern	Mill. EUR	789	753	757	700	818	718	570	595	722
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	5	6	4	5	5	6	4
Grundsteuer B	Mill. EUR	142	143	150	154	132	139	154	163	135
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	615	581	577	514	658	550	394	406	564
sonstige Gemeindesteuern[1]	Mill. EUR	26	25	26	26	24	24	17	20	20

1 Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern

Steuerverteilung

	Einheit	2018	2019			2020			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. EUR	1 206	1 229	1 214	1 188	1 766	721	1 112	1 034	1 759
Gewerbesteuer (netto)[1]	Mill. EUR	504	488	480	418	504	508	344	370	490
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	454	483	470	501	929	44	507	400	899
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	75	86	84	84	173	2	85	75	211

	Einheit	2018	2019		2020				2021	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	1 064	1 161	1 676	996	1 272	1 064	1 527	1 034	1 119
Landessteuern	Mill. EUR	87	95	116	93	89	95	134	94	100
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	529	565	858	428	578	407	927	480	574
Lohnsteuer	Mill. EUR	336	351	356	353	549	402	374	338	493
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	88	102	310	21	1	27	333	31	9
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	48	48	36	22	9	20	57	21	12
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	12	8	2	9	20	24	3	9	26
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	44	57	155	23	-2	-66	161	80	35
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	418	478	637	470	588	561	444	454	441
Umsatzsteuer	Mill. EUR	296	358	450	334	474	369	237	316	470
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	121	121	187	137	115	192	207	138	-28
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	8	7	19	2	5	0	15	4	3
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	Mill. EUR	16	13	38	3	10	-	-	-	-
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	3	3	8	1	2	0	6	2	1
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	2 216	2 255	2 759	1 856	2 491	1 966	2 698	792	1 079
Bundessteuern	Mill. EUR	89	91	188	60	64	74	195	56	29
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	598	640	1 005	429	648	517	1 082	477	649
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 521	1 517	1 547	1 365	1 774	1 374	1 406	254	398
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	8	7	19	2	5	0	15	4	3

1 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im März 2021

Statistische Berichte

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Anbau und Ernte von Strauchbeeren 2020
Kennziffer: C1113 202000

Aquakultur in Rheinland-Pfalz 2019
Kennziffer: C3113 201900

Weinmosternte 2020
Kennziffer: C2053 202000

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im Januar 2021
Kennziffer: D1023 202101

Gewerbeanzeigen 2020
Kennziffer: D1013 202000

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Bauhauptgewerbe im Januar 2020 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 202101

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe im Januar 2021
Kennziffer: E1113 202101

Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe im Januar 2021
Kennziffer: E1033 202101

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Januar 2021 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 202101

Beschäftigte und Umsatz im Handwerk im 4. Vierteljahr 2020
Kennziffer: E5023 202044

Beschäftigte und Umsatz im Handwerk 2020
Kennziffer: E5013 202000

Unternehmen und Investitionen im Ausbaugewerbe 2019 – Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe
Kennziffer: E3043 201900

Unternehmen und Investitionen im Bauhauptgewerbe 2019 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2043 201900

Ausbaugewerbe im 4. Vierteljahr 2020 (Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe) Ergebnisse der vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E3023 202044

Ausbaugewerbe 2020 – Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe (vierteljährliche Erhebung)
Kennziffer: E3013 202000

Bauhauptgewerbe 2020 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2013 202000

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im Dezember 2020
Kennziffer: E4023 202012

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2020 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1043 202000

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Januar 2021
Kennziffer: F2033 202101

Baugenehmigungen 2020
Kennziffer: F2023 202000

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Aus- und Einfuhr im Januar 2020
Kennziffer: G3023 202101

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im Gastgewerbe 2020
Kennziffer: G1013 202000

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im Gastgewerbe im Dezember 2020
Kennziffer: G1023 202012

Aus- und Einfuhr 2020 (vorläufiges Ergebnis)
Kennziffer: G3033 202000

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Dezember 2020
Kennziffer: H1023 202012

Dienstleistungen, Geld, Kredit

Beschäftigte und Umsatz in ausgewählten Dienstleistungsbereichen im 4. Quartal 2020
Kennziffer: J1033 202044

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Die Umsätze und ihre Besteuerung 2016 – Veranlagungen
Kennziffer: L4023 201600

Gemeindefinanzen für das 4. Vierteljahr 2020 – Kassenergebnisse
Kennziffer: L2023 202044

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Dezember 2020
Kennziffer: Z1013 202012

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Arbeitnehmerentgelt, Bruttolöhne und -gehälter in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2020 – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 2 (Berechnungsstand: August 2020/Februar 2021)
Kennziffer: P1225 202000

Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2020 – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 1 (Berechnungsstand: August 2020/Februar 2021)
Kennziffer: P1215 202000

Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2008 bis 4. Vierteljahr 2020 – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 3 (Berechnungsstand: Februar 2021)
Kennziffer: A6235 202044

Arbeitsvolumen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2020 – Reihe 1 Länderergebnisse, Band 2 (Berechnungsstand: Februar 2021)
Kennziffer: A6225 202000

Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2020 – Reihe 1, Band 1 (Berechnungsstand: Februar 2021)
Kennziffer: A6215 202000

Sonstige Veröffentlichungen

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2020
(Statistische Analysen N° 55)
Kennziffer: Z2048 202000

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2020 – Tabellenanhang
Kennziffer: Z2048 202000

Landtagswahl 2021 – Teil 1: Analyse der Ergebnisse in der Wahlnacht (Statistische Analysen N° 54)
Kennziffer: Z2018 202101

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz – Ausgabe März 2021
Kennziffer: Z2201 202003

Faltblatt: Frauen in Rheinland-Pfalz 2021

Verzeichnisse und Adressarien

Verzeichnis der Kommunalverwaltungen – Oberbürgermeister, Landräte und Bürgermeister
Stand: März 2021
Kennziffer: A5034E202100

Amtliches Verzeichnis der Gemeinden und Gemeindeteile – Stand: Januar 2021
Kennziffer: A1132 202101

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Hier können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Jeanette Vogel

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Titelfoto: © Funtap – stock.adobe.com

Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2021

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.